

Stenographisches Protokoll

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 14. Dezember 1984

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Inhalt

Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 6688)

Personalien

Entschuldigungen (S. 6607)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 6607)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatter: Scheucher (S. 6607)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatter: Veleta (S. 6609)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Generalberichterstatter: Remplbauer (S. 6610)

Redner:

Ing. Sallinger (S. 6611),
Mühlbacher (S. 6616),
Grabher-Meyer (S. 6621),
Vizekanzler Dr. Steger (S. 6627),
Staudinger (S. 6632),
Dr. Heindl (S. 6636),
Eigruber (S. 6641),
Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 6645),
Elfriede Karl (S. 6650),
Bundesminister Dr. Vranitzky (S. 6653),
Dr. Steidl (S. 6656),
Haigermoser (S. 6658),
Landgraf (S. 6661),
Köck (S. 6664),
Dr. Frizberg (S. 6667),
Resch (S. 6670),
Franz Stocker (S. 6672),
Auer (S. 6674),
Hietl (S. 6678),
Westreicher (S. 6680) und
Graf (S. 6682)

Generalberichterstatter Remplbauer (Schlußwort) (S. 6686)

Annahme der Beratungsgruppen IX und XI (S. 6687)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1985 (S. 6688)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz betreffend Nichtbeantwortung eines Schreibens des Familienbundes über den Familienhärteausgleichsfonds (1073/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Heeres-, Sport- und Nahkampfschule (1074/J)

Posch, Gärtner, Dr. Gradenegger, Dr. Gradischnik, Dr. Helga Hieden, Schober, Fister, Roppert und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend das Werk der Austria-Draht Ges.m.b.H. Ferlach (1075/J)

Hubert Huber und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die Durchführung von Tiertransporten in Österreich (1076/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Benützung von Militärluftfahrzeugen durch Politiker von SPÖ und FPÖ (1077/J)

Dr. Lanner und Genossen an den Bundeskanzler betreffend konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation im Raume Brixlegg (1078/J)

Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation im Raume Brixlegg (1079/J)

Hubert Huber und Genossen an den Bundes-

minister für Verkehr betreffend die Erlassung von Rechtsvorschriften zur Regelung von Tiertransporten (1080/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Pischl und Genossen (938/AB zu 965/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (939/AB zu 967/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (940/AB zu 977/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Deutschmann und Genossen (941/AB zu 984/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen (942/AB zu 1008/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 72. Sitzung vom 12. und 13. Dezember 1984 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Steinbauer und Koppensteiner.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 938/AB bis 942/AB eingelangt sind.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 125/A der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über den Schutz und die Förderung von Ehe und Familie und die Achtung des Elternrechtes weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen IX: Handel, Gewerbe, Industrie und XI: Finanzen sowie den Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind, zusammengefaßt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe und Industrie

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben

Kapitel 53: Finanzausgleich

Kapitel 54: Bundesvermögen

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Kapitel 57: Staatsvertrag

Kapitel 59: Finanzschuld

Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)

Kapitel 75: Branntwein (Monopol)

Kapitel 76: Hauptmünzamt

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe IX ist der Herr Abgeordnete Scheucher. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Scheucher**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlags für das Jahr 1985 in seiner Sitzung am 22. November 1984 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie sind für das Jahr 1985 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 2 668 299 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Kapitels 63
455

Scheucher

beträgt 295 500 000 S. Er ist gegenüber dem Jahre 1984 um 24 620 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 2 372 799 000 S, das sind um 136 722 000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 1 612 208 000 S vorgeschätzt und damit um 65 101 000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1984.

In der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages 1985 sind für das Kapitel 63 keine Kredite enthalten.

Der Personalaufwand beträgt rund 11,1 Prozent des Gesamtbudgets des Ressorts, wobei der Personalstand der Zentralleitung um 19 Planstellen und des Österreichischen Patentamtes um 2 Planstellen gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde. Die Vermehrung der Planstellen ist im wesentlichen auf den Ausbau der Informations- und Serviceleistungen des Ressorts zurückzuführen.

Zum Sachaufwand ist folgendes zu bemerken:

Die Anlagenkredite des Ressorts, welche lediglich 0,1 Prozent des Gesamtressortkredits ausmachen, sind gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben.

Die für das Jahr 1985 veranschlagten Förderungskredite mit einem Anteil von 75,5 Prozent am Ressort-Budget sind gegenüber dem Jahre 1984 um 97,4 Millionen Schilling höher veranschlagt. Die Erhöhungen betreffen den Fremdenverkehr mit 13,9 Millionen Schilling, die sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen mit 38,5 Millionen Schilling und dem erstmals beim Ressort veranschlagten Preisausgleich in der Zuckerwirtschaft mit 61,2 Millionen Schilling. Demgegenüber ergibt sich eine Verminderung der Ausgaben für die Bergbauförderung um 16 Millionen Schilling und bei verschiedenen kleineren Förderungsmaßnahmen um 0,2 Millionen Schilling.

Die Kredite für Aufwendungen, die zirka 13,3 Prozent des Ressort-Gesamtkredites darstellen, sind gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 um 39,3 Millionen Schilling höher veranschlagt. Diese Erhöhung ergibt sich einerseits durch die Veranschlagung der Zahlungen an die Innovationsagentur von 22,0 Millionen Schilling, eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für den Verein „Österrei-

chische Fremdenverkehrswerbung“ um 13,7 Millionen Schilling und eine Erhöhung der Aufwendungen bei den Dienststellen um 3,6 Millionen Schilling.

Die Einnahmen des Ressorts wurden für das Rechnungsjahr 1985 um 65,1 Millionen Schilling höher als für 1984 veranschlagt. Die Mehreinnahmen ergeben sich bei den Patentgebühren um 3,9 Millionen Schilling und bei den zweckgebundenen Einnahmen für den Preisausgleich in der Zuckerwirtschaft im Betrage von 61,2 Millionen Schilling.

Von den Abgeordneten Dr. Heindl und Grabher-Meyer wurde ein Abänderungsantrag eingebracht. Dieser Abänderungsantrag wurde wie folgt begründet:

Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich einzelner Bundesministerien getroffen werden, geht unter anderem die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und Genossenschaften vom Bundesministerium für Finanzen auf jene Bundesministerien über, die nach dem Teil 2 der Anlage zu § 2 zur Besorgung jener Angelegenheiten zuständig sind, auf deren Sachgebiet die Gesellschaften und Genossenschaften tätig sind.

Der Abänderungsantrag trägt dieser Kompetenzänderung Rechnung.

Bei der Abstimmung am 23. November 1984 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unter Berücksichtigung des oberwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Veleta. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Veleta

Spezialberichterstatte**r Veleta:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XI.

Die Gruppe Finanzen umfaßt elf Kapitel. Im Grundbudget 1985 sind für diese Gruppe Ausgaben in Höhe von rund 141,7 Milliarden Schilling oder rund 30,6 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und Einnahmen in Höhe von rund 230,8 Milliarden Schilling oder 62,6 Prozent der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes vorgesehen.

Zu den einzelnen Kapiteln wäre zu bemerken:

Kapitel 50 „Finanzverwaltung“

Im Bundesvoranschlag 1985 sind Ausgaben in Höhe von 8 951 Millionen Schilling gegenüber 9 042 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag 1984 und Einnahmen in Höhe von 1 729 Millionen Schilling gegenüber 1 881 Millionen Schilling im Jahre 1984 vorgesehen. Die Münzregalgebarung bedingt die niederen Einnahmen.

Kapitel 51 „Kassenverwaltung“

Bei diesem Kapitel sind Ausgaben in Höhe von 9 038 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 4 364 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“

Die Bruttoeinnahmen an Öffentlichen Abgaben für das Jahr 1985 werden mit 335,7 Milliarden Schilling geschätzt, von welchen dem Bund 206,9 Milliarden Schilling verbleiben.

Den Einnahmensätzungen wurde ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 7 Prozent zugrunde gelegt.

Kapitel 53 „Finanzausgleich“

Für das Jahr 1985 sind Ausgaben in Höhe von 3 388 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 300 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 54 „Bundesvermögen“

Die Ausgaben für das Jahr 1985 sind in Höhe von 12 983 Millionen Schilling und die Einnahmen in Höhe von 10 487 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Erhöhung der Ausgaben und Einnah-

men ist zum größten Teil durch die höhere Veranschlagung von Kapitalbeteiligungen beziehungsweise von Erträgen bedingt.

Kapitel 55 „Pensionen“

Der Bundesvoranschlag 1985 sieht Ausgaben in Höhe von 28 909 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 2 699 Millionen Schilling vor.

Kapitel 57 „Staatsvertrag“

Hier sind für 1985 Ausgaben in Höhe von 57 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 55 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 59 „Finanzschuld“

Die Ausgaben des Bundes für die Finanzschuld sind für 1985 in Höhe von 74 788 Millionen Schilling veranschlagt.

Für Zinsen sind 39 202 Millionen Schilling, für Kapitalrückzahlungen 33 817 Millionen Schilling und für den sonstigen Aufwand 1 769 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 74 „Glücksspiele“

Den Betriebsausgaben in Höhe von rund 2 407 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen in Höhe von rund 2 679 Millionen Schilling gegenüber. Der Überschuß wird daher beinahe 272 Millionen Schilling betragen und rund 56 Millionen Schilling über dem des Bundesvoranschlages 1984 liegen.

Kapitel 75 „Branntwein“

Im Bundesvoranschlag 1985 sind Betriebsausgaben in Höhe von 443 Millionen Schilling und -einnahmen in Höhe von 1 011 Millionen Schilling veranschlagt. Der Monopolertrag wird daher 668 Millionen Schilling betragen und knapp über dem des Bundesvoranschlages 1984 liegen.

Kapitel 76 „Hauptmünzamt“

Bei diesem Kapitel sind 1985 Betriebsausgaben in der Höhe von rund 431 Millionen Schilling und Betriebseinnahmen in Höhe von rund 560 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Betriebsüberschuß beträgt daher rund 129 Millionen Schilling und liegt knapp unter dem des Voranschlages des Jahres 1984.

In der Debatte am 23. November 1984 ergrif-

Veleta

fen die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dr. Nowotny, Grabher-Meyer, Dr. Schüssel, Teschl, Dr. Steidl, Elfriede Karl, Hietl, Dr. Feurstein, Dkfm. Dr. Keimel, Dr. Veselsky, Dkfm. DDr. König, Auer und Koppensteiner das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Dr. Vranitzky nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlags in der von den Abgeordneten Dr. Nowotny und Grabher-Meyer vorgeschlagenen Fassung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,

dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,

dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,

dem Kapitel 53: Finanzausgleich,

dem Kapitel 54: Bundesvermögen,

dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),

dem Kapitel 57: Staatsvertrag,

dem Kapitel 59: Finanzschuld,

dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),

dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol),

dem Kapitel 76: Hauptmünzamt

des Bundesvoranschlags für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich bitte nunmehr den Herrn Generalberichterstatter, Abgeordneten Remplbauer, um seinen Bericht.

Generalberichterstatter **Remplbauer**: Herr

Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1985, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Stellenplan gemeinsam mit der Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlags in der Ausschlußsitzung am 23. November 1984 in Verhandlung genommen.

Das Bundesfinanzgesetz sowie die mit dem Text des Bundesfinanzgesetzes verhandelten Systemisierungspläne wie auch der Stellenplan wurden jeweils unter Berücksichtigung von Abänderungsanträgen mit Stimmenmehrheit angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1985 in der vom Ausschluß beschlossenen Fassung sowie dessen Anlagen mit Ausnahme der Anlagen I und II, die bereits Gegenstand der Anträge des Ausschusses in den Spezialberichten waren, und zwar

Anlagen I a bis I c — Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Abänderungen,

Anlage II a — summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlags, ebenfalls unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Abänderungen,

Anlage III — Stellenplan, in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, in der Fassung des Ausschlußberichtes, und

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes, in der Fassung des Ausschlußberichtes,

wird im Sinne des Ausschlußantrages in 470 der Beilagen, Seite 10, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, falls Wortmeldungen vorliegen, den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke

Präsident Mag. Minkowitsch

dem Herrn Generalberichterstatter und den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Sallinger. Ich erteile es ihm.

10.31

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am letzten Tag der Budgetdebatte stehen heute die Kapitel Finanzen und Handel für den Bundesvoranschlag 1985 zur Diskussion.

Wir haben im Laufe dieser Debatte viel Kritik, viele Anregungen und auch grundsätzliche Stellungnahmen gehört.

Ich möchte heute noch einmal die große Bedeutung der Budgetpolitik für die Wirtschaft aufzeigen. Es steht außer Streit, daß der Staatshaushalt viele Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen und auch zu finanzieren hat. Ich glaube aber, daß die Budgetpolitik in erster Linie wirtschaftsgerecht sein muß. Und dieses Erfordernis ist in den letzten Jahren viel zuwenig beachtet worden. In dieser Hinsicht ist leider auch 1985 keine grundlegende Wende eingetreten. Es wurde neuerlich die Gelegenheit versäumt, das Defizit des Staatshaushaltes entscheidend zu verringern und den Spielraum für produktive Ausgaben zu vergrößern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Defizit ist sowohl brutto als auch netto fast gleich hoch geblieben wie 1984; der Schuldendienst ist höher als je zuvor. Immer mehr Steuermittel müssen natürlich dafür verwendet werden; die Zinsen und Spesen sind bereits wesentlich höher als die Schuldentilgung selbst.

Andererseits steht für wichtige Staatsaufgaben weniger Geld zur Verfügung. Der Anteil der Investitionen am Gesamtbudget erreicht nun einen neuen Tiefpunkt. Die Förderungen für Gewerbe und Fremdenverkehr sind nur auf den ersten Blick etwas höher wie 1984.

Wenn man nämlich bedenkt, daß die Inflation stärker steigt und die Förderungsausgaben eigentlich gleich hoch bleiben, so stehen für die kleinen und mittleren Betriebe im nächsten Jahr weniger Mittel zur Verfügung.

Es wird allerdings dauernd davon geredet, man müsse die Staatsfinanzen finanzieren und den Mittelstand, die kleinen und mittleren Betriebe, mehr fördern als bisher. Es ist

aber bisher wirklich zuwenig geschehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte es daher noch einmal sagen: Für die Wirtschaft ist die Budgetsanierung ein springender Punkt. Die Ausgaben müssen eingeschränkt und die Defizite verringert werden, sonst werden die Steuern immer höher, und es kommen — wie wir aus Erfahrung wissen — auch neue Steuern dazu. Selbstverständlich müssen die Betriebe und die Bevölkerung das schließlich und endlich bezahlen.

Der Anteil der Steuern und Abgaben am gesamten Volkseinkommen wird im kommenden Jahr 42,2 Prozent betragen. Das ist eine trockene Zahl, die vielen Menschen nichts Besonderes sagt. Man muß sich aber vorstellen, was das in der Praxis bedeutet: Für die Wirtschaft und für den Alltag der Unternehmer heißt das, daß die Gewinne weggesteuert werden und daß weniger Geld für notwendige Investitionen zur Verfügung steht. Die Wettbewerbskraft wird erheblich vermindert, die Eigenkapitalbasis schrumpft immer mehr zusammen.

Meine Damen und Herren! Da kommt die Frage zum Ausdruck: Was sollen diese Unternehmer eigentlich noch tun? Sie sollen investieren, sie sollen Neuerungen einführen, sie sollen Arbeitsplätze erhalten und schaffen und gleichzeitig auch immer mehr Steuern bezahlen.

Selbst mutigen und initiativen Unternehmern fällt es oft schwer — sie sind nicht mehr in der Lage dazu —, Neues zu wagen, sie sind nicht mehr in der Lage, auf neue Märkte zu gehen oder Produkte zu entwickeln. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das kostet nämlich viel Geld und kann auf Dauer nicht immer nur durch Fremdkapital und durch staatliche Zuschüsse finanziert werden.

Für risikoreiche Vorhaben sind Eigenmittel und eine gesunde Eigenkapitalbasis unerlässlich. Das sind keine Neuigkeiten — das möchte ich auch sagen —, und die Wirtschaftspolitiker und die Experten wissen das. Nicht ohne Grund sind deshalb Eigenkapital und der Steuerdruck das Thema Nummer eins in der österreichischen Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das wird vielleicht zuwenig gesagt, man muß das daher immer wieder aufzeigen.

Auch der neue Finanzminister hat wiederholt betont, daß seiner Meinung nach die Wirtschaft mehr Impulse und auch mehr

Ing. Sallinger

Eigenkapital braucht. Und er hat angekündigt, daß er den Kapitalmarkt beleben und neue Formen der Risikokapitalbildung einführen wird.

Meine Damen und Herren! Schön wäre es gewesen, wenn schon 1985 solche Maßnahmen gesetzt worden wären. Diese Chance ist aber nicht ergriffen, sondern vertan worden.

In seinem ersten Budget hat der Herr Finanzminister leider nichts dazu getan, um den starken Belastungen der Wirtschaft entgegenzutreten und diese zu mildern.

Wir sind zwar froh darüber, daß wir mit dem Finanzminister über wesentliche Probleme sprechen können und auch Verständnis dafür finden, aber in der Politik genügt es nicht, das sachlich Richtige zu erkennen, sondern man muß es auch durchsetzen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man die Unternehmer fühlbar entlastet, dann sind sie in der Lage zu investieren, Innovationen zu machen. Und ich glaube, es ist eigentlich das Um und Auf, diese Wirtschaft wieder zu beleben.

Daher verlangt die Österreichische Volkspartei eine Steuerreform und in der ersten Phase eine Steuersenkung, die besonders dem kleinen und mittleren Unternehmer zugute kommen soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe das schon oft gesagt, vielleicht für manche schon zum Überdruß. Ich werde diese wichtige Forderung der Wirtschaft immer vorbringen, vielleicht wird es einmal möglich sein, wenn man öfter darüber redet, doch zu einem Erfolg zu kommen.

Meine Damen und Herren von der Regierung! Es ist nicht so, daß wir eine Steuerpolitik deshalb machen, um für die Wirtschaft eine Bevorzugung zu erlangen, darum geht es uns nicht. Es geht uns vielmehr darum, daß die Dynamik der Wirtschaft erhalten bleibt, und es geht uns darum, daß die Betriebe konkurrenzfähig sein müssen. Die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe ist für das Inland genauso wie für die ausländischen Märkte von großer Bedeutung.

Uns geht es auch um die Erhaltung und um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das haben wir immer wieder gesagt, man muß das wiederholen, weil manchmal Zweifel auftreten. Die Sozialisten haben oft behauptet, daß die Österreichische Volkspartei und auch

die Unternehmer viel zuwenig für die Sicherung dieser Arbeitsplätze tun.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir dafür eintreten, denn wenn unsere Werkplätze, wenn die Verkaufspulte besetzt sind, dann geht es der Wirtschaft gut und dann haben wir die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu sichern und auch zu schaffen, ebenso die Ausbildungsstellen für die Jugend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn es in Österreich besser geht als in anderen Ländern — das haben ja Sie von der SPÖ oft vorgebracht —, so ist das auch unser Erfolg. Man kann das nicht nur allein der Regierung zuschreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind auch davon überzeugt, daß nur auf diesem Weg und nur in dieser Reihenfolge die Probleme gelöst werden können und die Zukunft der Österreicher gesichert ist. Unsere Unternehmer müssen aber zu all dieser Arbeit einen Grund zum Optimismus haben. Es muß endlich ein deutliches Zeichen gesetzt werden, und zwar ein Zeichen in der Bundespolitik, das den Unternehmern ein besseres wirtschaftspolitisches Klima bringt. Davon müßten wir überzeugt sein. Das Reden allein genügt nicht. Wir müssen das spüren und diese Überzeugung haben.

Gehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch einmal hinaus in diese Betriebe! Ich bin jeden Tag in der Früh und am Abend in meinem Betrieb und kenne die Freuden und kenne die Leiden. Fragen Sie die Unternehmer und ihre Mitarbeiter, was die Hauptsorge in diesen Betrieben ist! Erkundigen Sie sich bei den Gewerbetreibenden und bei den Kaufleuten, was sie sich von der Politik erwarten! Fragen Sie die Wirtschaftstreibenden, was sie davon abhält, zu investieren, neue Projekte anzufangen oder mehr Leistung anzubieten! Dann werden Sie erfahren, meine Damen und Herren von der Regierung, was an Ihrer Politik falsch ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die meisten Unternehmer sind zwar optimistisch, optimistisch aber nur dort, wo sie auf ihre eigene Leistungsfähigkeit und Leistungskraft vertrauen können. Sie sehen sich allerdings auch mit vielen Hindernissen konfrontiert: von den Behörden her, durch Vorschriften, von politischen Instanzen und von der Verwaltungsbürokratie her.

Das Problem Nummer eins für die Unternehmer ist aber die Steuerbelastung. In der

Ing. Sallinger

letzten Zeit haben 80 000, 90 000 und 100 000 Gewerbetreibende schriftlich bekanntgegeben, daß sie mit der Steuerreform der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind und daß diese vordringlich behandelt werden soll. Diese Unternehmer haben sich spontan dafür ausgesprochen. Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal darauf zurückkommen und sagen, das ist die Ausarbeitung, die von unseren Freunden Robert Graf, Albert Steidl und Otto Keimel gemacht wurde. Über diese Vorschläge wollen wir mit der Regierung sobald wie möglich reden und mit ihr verhandeln.

Viele Betriebe müssen ihre technischen Einrichtungen verbessern und moderne Maschinen anschaffen. Es ist nicht nur so zu sehen, daß man sagt: der hat schon gute Maschinen, denn viele Unternehmer müssen sie jährlich oder zumindest alle zwei Jahre austauschen, um mit der technischen Entwicklung wirklich mitzukommen, und er muß diese Ausstattung erneuern.

Durch das Wegsteuern der Erträge und durch die Überbelastung mit Sozialkosten fehlen ihnen die Mittel, und das bremst sie natürlich sehr stark. Bei diesem Hauptproblem müßte die Budgetpolitik ansetzen. Sie müßte endlich eine Entlastung der Wirtschaft ermöglichen und vor allem die kleinen und die mittleren Betriebe in ihren Initiativen stärken.

Es werden jetzt jährlich Milliardenbeträge für die Erhaltung defizitärer Betriebe ausgegeben; ein wesentlicher Anteil dieser Förderungsmittel fließt in die verstaatlichte Industrie. Auch bei neuen Aktionen wie beim Umweltfonds werden wieder die verstaatlichten Unternehmen bevorzugt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber hier eine Klarstellung vornehmen, damit es keine Mißverständnisse gibt: Ich bin aus Überzeugung für eine gesunde verstaatlichte Industrie und für konkurrenzfähige Großbetriebe. Die Betonung liegt aber auf „gesund“ und auf „konkurrenzfähig“, und das heißt auch ertragsreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin jedoch nicht überzeugt davon, daß diese Budgetmittel jetzt immer richtig eingesetzt werden. Die Förderungspraxis ist viel zuviel auf Erhaltung und zuwenig auf eine Strukturverbesserung ausgerichtet. Wirkungsvoll werden öffentliche Mittel nur dann verwendet, wenn damit die Sanierung und die Strukturanpassung erreicht wird.

Gelder lediglich zur Verlustabdeckung, ohne die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Betriebe, sind nicht richtig verwendet. Man kann auch sagen, das ist hinausgeschmissenes Geld. Die vielen kleinen und mittleren Unternehmer, die dieses Geld zu einem wesentlichen Teil auch mit ihren Steuern aufbringen, wollen vom Finanzminister und vor allem auch vom Handelsminister, der dafür zuständig ist, konkret wissen, was für sie getan wird und in der Zukunft getan werden kann.

Mir ist schon bekannt, daß es zahlreiche Förderungsaktionen für bestimmte Zwecke gibt, wir haben ja selbst einige vorgeschlagen. Ich weiß auch von unseren Betriebsberatern, daß sich gerade kleine Unternehmer gar nicht mehr auskennen, was eigentlich gefördert wird, welche Förderungen sie in Anspruch nehmen können und wie sie dazu kommen. Manche Unternehmer verzichten auf solche geförderten Kredite, weil sie zuwenig Eigenkapital haben, was natürlich eine wesentliche Voraussetzung ist, oder sie kennen sich bei diesen Formalitäten, die dafür notwendig sind, gar nicht aus.

Wirklich geholfen, meine Damen und Herren, kann den meisten Betrieben nur mit einer steuerlichen Erleichterung der Investitionstätigkeit und mit einer Steuersenkung werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das gilt dann nämlich für alle, und es können das nicht nur jene in Anspruch nehmen, die besser informiert sind oder zumindest jemanden haben, der sich in diesem Förderungsdschungel auskennt. Direktförderungen — das möchte ich sehr unterstreichen — verzerren immer den Wettbewerb. Wir wollen Steuersenkungen, dann könnte man Direktförderungen wesentlich vereinfachen und auf manche Aktionen sogar verzichten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn sich der Handelsminister dieser Meinung anschließen könnte und sich auch damit durchsetzt, was das Wesentliche ist, dann würde den kleinen und mittleren Betrieben viel geholfen werden. Der Minister würde auch viel für den Mittelstand tun — er hat es zwar immer gesagt, es ist aber bisher zuwenig geschehen —, wenn er ein zielführendes Programm entwickeln würde, das jungen Unternehmern Existenzgründungen und Betriebsübernahmen ermöglicht. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern auch um den Abbau bürokratischer Hemmnisse.

Ich habe dazu auf verschiedenen Ebenen

Ing. Sallinger

schon Vorschläge gemacht; das erste Mal hier im Parlament war es am 16. Dezember 1983, wo auch diese Vorschläge angenommen und vom Handelsminister aufgegriffen wurden. In letzter Zeit hat es auch diesbezügliche Gespräche gegeben.

Ich möchte aber heute auch davon reden, was die Unternehmer an der gegenwärtigen Sozialpolitik am meisten stört, was sie am meisten ärgert: Das sind besonders die Vorstöße und die Attacken vom Sozialminister. Wenn man schon vom Klima redet, so muß man auch diesen Störfaktor einmal aufzeigen.

Vor einigen Wochen hat der Sozialminister die Einführung einer „Maschinensteuer“ gefordert, er hat sie dann allerdings umbenannt, weil es ja einer Modernisierung der Betriebe im Wege gestanden wäre.

Immer wieder kommt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich.

Mit einer Novellierung zum Arbeitsverfassungsgesetz will der Sozialminister die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen noch mehr einschränken und vor allem erreichen, daß die Gewerkschaften auch in die kleinsten Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten hineinregieren können.

Die Rolle des Sozialministers rund um den 8. Dezember und die Diskussion darüber ist uns ja allen bekannt. Zuwenig zur Kenntnis genommen wurde aber, daß es sich dabei nur um ein regionales Problem gehandelt hat, mit dem sich die Sozialpartner in den betroffenen Gebieten auf Landesebene befaßt haben. Es ist ja dabei vor allem um regional unterschiedliche Bedürfnisse und auch Wünsche gegangen.

Für mich war es aber dann unerwartet und auch unverständlich, daß es danach in der Regierung zu einer Einigung über eine Verfassungsklage gegen Landeshauptmann Haslauer kommen konnte. Das alles trägt dazu bei, die Verunsicherung der Unternehmer in hohem Maße zu verstärken.

Kaum zeigt sich irgendwo ein konjunktureller Silberstreifen am Horizont, wodurch die Unternehmer optimistisch sein könnten, gibt es gleich irgendwo eine Idee, den Betrieben wieder zusätzlich Geld abzunehmen und auch den Entscheidungsspielraum einzuengen.

Ich kann nur noch einmal betonen: Das Gegenteil sollte geschehen! Die Unternehmer müssen ermutigt werden. Wir müssen ein

unternehmerisches Klima schaffen, die Betriebe in Ruhe arbeiten lassen und ihnen das Vertrauen in die Politik geben. Dafür sollten sich alle einsetzen: die Regierung, die Sozialpartner und auch die Politiker. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Eine wesentliche Rolle für das wirtschaftspolitische Klima in unserem Land spielt meines Erachtens nach wie vor die Sozialpartnerschaft, auch wenn daran Kritik geübt wird. Sachliche Verhandlungen führen, meine Damen und Herren — das hat sich oft erwiesen —, für alle Beteiligten zu besseren Ergebnissen als radikale Lösungen und Justamentstandpunkte. Damit wird mehr Schaden angerichtet als Nutzen.

Als wir vor wenigen Monaten über die Grenze geblickt und den Arbeitskampf in der Bundesrepublik Deutschland erlebt haben, so gab es zu dieser Zeit keine Kritiker.

Sozialpartnerschaft ist lebendige Wirtschaft, sie ist kein Exportartikel, und man kann sie auch aus Büchern nicht lernen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Sozialpartner müssen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben, und die Ergebnisse müssen von jedem Partner getragen werden können. Wenn wir sie erhalten wollen, dann müssen alle darauf Rücksicht nehmen. Sie ist keine Nebenregierung und keine Feuerwehr. Das war sie nicht, und das wird sie auch in Zukunft nicht sein. Sie ist auch kritisierbar.

Wir haben aber wiederholt gesagt, daß wir bereit sind, über neue Überlegungen zu diskutieren. Man hat uns bisher aber von all den sehr gescheiterten Leuten noch keine realisierbaren Vorschläge gebracht.

Der Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen zum Budget 1985 die Nützlichkeit der Sozialpartnerschaft ausdrücklich erwähnt und hervorgehoben und vor Störungen dieser Zusammenarbeit gewarnt.

Herr Bundeskanzler! Dazu möchte ich feststellen: Die Sozialpartnerschaft wird nicht durch Vorschläge der Opposition und durch ihre Kritik an der Regierung gestört, sondern manchmal durch Regierungsmitglieder selbst, die versuchen, diese Partnerschaft überhaupt auszuschalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich an Hand der Vorkommnisse rund um den 8. Dezember einige Worte zur Ladenschlußdiskussion sagen. Ich möchte alle diese Themen anschneiden, weil wir

Ing. Sallinger

daran nicht vorübergehen können. Ich würde ja viel lieber von Öffnungszeiten reden.

Wir wissen, daß wir über dieses Thema bald konstruktive Gespräche zwischen den Sozialpartnern führen werden. Aber flexible Öffnungszeiten setzen auch flexible Arbeitszeiten voraus. Das möchte ich auch sehr deutlich feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Außerdem kann nicht immer alles für ganz Österreich gleich geregelt werden. Die Situation in der Altstadt von Salzburg oder jene der Wiener Innenstadt ist mit der Situation in einem Tiroler Fremdenverkehrsort oder mit jener in einer kleinen Gemeinde in den östlichen Grenzgebieten überhaupt nicht zu vergleichen. Das muß man differenzieren, und darin liegen sicher noch Möglichkeiten.

Im übrigen glaube ich, daß wir Politik nicht gegen die Betroffenen, sondern mit ihnen machen sollten. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Sehr richtig!)* Dazu gehören die Kaufleute, die Handelsangestellten und auch die Konsumenten. Man kann nicht einfach über die Köpfe dieser Menschen hinweg am grünen Tisch entscheiden, sondern muß mit ihnen reden.

Es darf aber — das möchte ich auch sagen — keine Lösungen geben, welche zusätzliche Belastungen für die Unternehmer beinhalten. Das ist für mich Demokratie und auch Sozialpartnerschaft! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Sanierung des Staatshaushaltes ist, längerfristig gesehen, auch deshalb so wichtig, weil neue Aufgaben und neue Probleme auf uns zukommen, für deren Bewältigung öffentliche Mittel erforderlich sind. Der Finanzminister hat zwar schon für das Budget 1985 als einen Schwerpunkt die Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft genannt und damit offenbar die Errichtung eines Umweltfonds gemeint.

Ich glaube, daß dies nur ein erster kleiner Aspekt einer umfassenden Umweltpolitik sein kann, aber noch lange kein Schwerpunkt. Neue Probleme haben es an sich, daß sie zuerst große Emotionen auslösen und auch emotionell behandelt werden. Das hat die Erfahrung gezeigt, und in diesem Stadium befindet sich heute leider auch noch die Umweltpolitik.

Zielführende Lösungen kommen aber meistens erst dann zustande, wenn die Diskussion sachlich wird. Das gilt meines Erachtens auch für den weiten Bereich der Ökologie. Die

schwierigen Probleme werden wir nur dann bewältigen können, wenn wir klare Zielsetzungen und ein Finanzkonzept erarbeiten. Man muß über die tatsächlichen Schäden und über die Verursacher Bescheid wissen und sowohl die Kosten der Umwelterhaltung als auch die Kosten der Umweltverbesserung sachlich einschätzen. Dabei muß man natürlich auch die internationale Lage und die internationale Entwicklung beachten.

Die Wirtschaft wird ständig mit neuen Herausforderungen konfrontiert und hat bisher immer bewiesen, daß sie damit auch fertig geworden ist. Man sollte daher von vornherein auch in der Ökologie nicht allein auf den Staat und die öffentliche Hand vertrauen, sondern der Privatinitiative und marktwirtschaftlichen Lösungen größeren Spielraum geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich müssen von der Regierung verbindliche Programme und Regeln erstellt werden, damit sich Wirtschaft und Konsumenten auch orientieren können.

Völlig falsch ist es, einen Konflikt zwischen Wirtschaft und Natur, zwischen Betrieben und Umweltschutz heraufzubeschwören. Die Wirtschaft ist, genauso wie alle anderen, auf eine intakte Umwelt angewiesen und daran interessiert. Denken Sie allein daran, wie wichtig eine gesunde Umwelt und eine schöne Naturlandschaft für den österreichischen Fremdenverkehr ist. Der Fremdenverkehr ist ein wirklich bedeutender Faktor und auch eine der drei Säulen unserer Wirtschaft.

Österreich gilt als Fremdenverkehrsland Nummer eins. Mit zirka 87 Millionen Ausländerübernachtungen haben wir — pro Kopf der Bevölkerung — die höchste Übernachtungsziffer von allen Ländern der Welt. Das ist ein enormes Exportpotential.

Wir können nicht zusehen, daß diese Basis ruiniert wird. Der Fremdenverkehr müßte überhaupt in der Wirtschaftspolitik viel stärker berücksichtigt werden. Die Anliegen des Fremdenverkehrs sollten auch im zuständigen Ressort noch mehr Beachtung finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte betonen: Wir bekennen uns zu einem sinnvollen Umweltschutz. Über diese wichtige Frage muß gemeinsam mit der Wirtschaft und darf nicht gegen die Wirtschaft gesprochen werden. Wir brauchen in allen Bereichen der Politik, auch in der Umweltpolitik, einen neuen Wirtschaftsrealismus. Ein wirtschaftlicher Realismus verträgt sich aber

Ing. Sallinger

nicht mit Illusionen. Wir können nicht mehr verteilen, als wir erarbeitet haben, wir können nicht mehr verteilen, als wir erwirtschaften. Wir können nicht mehr Leistungen vom einzelnen erwarten, aber auch nicht vom Staat, als wir nicht selbst bereit sind, zu honorieren.

Beschäftigung und wirtschaftlicher Erfolg sind nur dann gesichert, wenn die internationale Konkurrenzfähigkeit in der Wirtschaft erhalten bleibt. Und deshalb brauchen wir — ich sage das heute noch einmal — eine steuerliche Entlastung der Betriebe und eine rigore Zureckhaltung bei den sozialpolitischen Forderungen. Wir können nicht mehr aus dem vollen schöpfen, daher müssen wir mit den knappen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, richtig und sorgfältig haushalten.

Das bedeutet — wie ich schon gesagt habe — eine stufenweise, aber konsequente Sanierung des Bundeshaushaltes und eine Erweiterung des Budgetspielraumes für neue Aufgaben. Das heißt aber auch, das Ausgaben eingeschränkt und Belastungen vermieden werden sollen.

Meine Damen und Herren! Die Voraussetzungen erfüllt der Bundesvoranschlag für 1985 nach unserer Auffassung nicht, und deshalb lehnt die Österreichische Volkspartei die Kapitel Finanzen und Handel des vorliegenden Budgetentwurfes ab. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 10.59

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher. Ich erteile es ihm.

10.59

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte zu den Budgetkapiteln Handel und Finanzen wird traditionell auch dazu genutzt, zum Abschluß der Budgetberatungen nochmals generell über die Situation der Wirtschaft und über die Steuer- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren.

Mein Vorredner hat sich auch heuer an diese Gepflogenheiten gehalten und davon Gebrauch gemacht. Dabei war jedoch eines nicht zu überhören: Herr Kammerpräsident Sallinger hat weniger über die tatsächliche Lage der Klein- und Mittelbetriebe und die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge gesprochen, als vielmehr bereits eine Wahlrede für die im April des nächsten Jahres stattfindenden Handelskammerwahlen gehalten.

(Abg. Dr. Neisser: Das werden Sie nicht tun, Herr Präsident!)

Auch das soll uns recht sein, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Der Wirtschaftsbund und die Österreichische Volkspartei werden es bei dieser Wahl ohnehin schwer genug haben, den Wirtschaftstreibenden zu erklären, was sie in den letzten Jahren für sie an Positivem erreicht und getan haben. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Denn eines will ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen festhalten: Noch nie ist gerade auch für die kleineren und mittleren Betriebe von Seiten der Bundesregierung und ihrer Wirtschaftspolitik so viel geschehen wie in den letzten Jahren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Und noch nie müssen besonders die Klein- und Mittelbetriebe so stark das Gefühl gehabt haben, von der Österreichischen Volkspartei und vom Österreichischen Wirtschaftsbund im Stich gelassen worden zu sein, wie in dieser Zeit. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Bevor ich aber auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sallinger eingehe, möchte ich Ihnen vorerst noch etwas grundsätzlich in Erinnerung rufen.

Wenn wir heute hier im Hohen Haus über die Lage der Klein- und Mittelbetriebe diskutieren, so ist dies eine zusätzliche Möglichkeit, denn diese Regierung hat es im Gegensatz zu allen früheren Regierungen, an denen die Österreichische Volkspartei beteiligt war, für wichtig genug gehalten, ein eigenes Gesetz für diesen wichtigen Teil unserer Wirtschaft zu schaffen. *(Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Wir haben damit die gesetzliche Grundlage und den gesetzlichen Auftrag geschaffen *(Abg. Dr. Zittmayr: Antrag!)*, daß die wirtschaftliche Situation der Klein- und Mittelbetriebe analysiert und daß dem Parlament regelmäßig ein umfassender Bericht vorgelegt wird. Dieser Bericht, der heuer erstmals vorgelegt wurde, ist für uns eine wichtige Grundlage, alle Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik auszuschöpfen, um die Existenz und die Chancen dieser Betriebe zu sichern und zu verbessern.

Werten Sie, meine Damen und Herren, dieses Gesetz und diesen Bericht als ein Symbol dafür, wie wichtig die SPÖ und diese Bundesregierung die gewerbliche Wirtschaft nehmen! Werten Sie es auch als Ausdruck unserer Wertschätzung für die vielen kleineren

Mühlbacher

Betriebsinhaber und ihre Familien, die gemeinsam mit ihren Mitarbeitern durch ihre Einsatzbereitschaft und ihre große Arbeitsleistung zu der positiven Entwicklung in unserem Land so viel beitragen.

Meine Damen und Herren! Zu einer günstigen Entwicklung unserer Wirtschaft und insbesondere der kleineren und mittleren Betriebe gehört eine Wirtschaftspolitik, die die Substanz der Betriebe stärkt und die Rahmenbedingungen schafft, die so sind, daß sich die Betriebe entfalten können. Und genau das macht die Regierung, meine Damen und Herren! (*Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Nehmen wir die wichtige Frage der Eigenkapitalausstattung der Betriebe. In einer wirtschaftlich schwierigen Zeit hat die Bundesregierung eine Reihe gezielter steuerlicher Maßnahmen gesetzt, um die Eigenkapitalbasis der Betriebe zu stärken.

So wird durch das neue Beteiligungsfondsgesetz die Aufbringung von privatem Risikokapital vor allem für industriell-gewerbliche Klein- und Mittelbetriebe steuerlich stark gefördert.

Über die Genußscheine werden der Wirtschaft Milliarden an privatem Risikokapital zur Verfügung gestellt.

Das betriebliche Vermögen wurde mit Jahresbeginn steuerlich entlastet, indem die Vermögensteuer für die betrieblichen Werte um 10 Prozent reduziert wurde.

Und was für die Klein- und Mittelbetriebe besonders wichtig ist: Bereits heuer wurden die Betriebe bei der Gewerbesteuer entlastet, indem die Gewerbekapitalsteuer um ein Drittel gesenkt wurde! Mit Jahresbeginn erfolgt die nächste Senkung um ein weiteres Drittel, und ab 1988 werden die Betriebe überhaupt keine Gewerbekapitalsteuer mehr zu zahlen haben. Das ist bereits beschlossenes Gesetz.

Gleichzeitig wurde die Steuerbegünstigung für im Betrieb belassene Gewinne von 15 auf 20 Prozent des Jahresgewinnes erhöht. Allein diese Maßnahme bringt für die Betriebe eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalbasis um 2 Milliarden Schilling. Soviel, meine Damen und Herren, zu den Maßnahmen, die diese Bundesregierung zur Stärkung des Eigenkapitals unserer Betriebe in jüngster Zeit getroffen hat. Sie sind auch ein Beweis dafür, daß die Regierung unter Bundeskanzler Sinowatz eine Politik verfolgt, die

die Betriebe stärkt und die Wirtschaft fördert. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Damit gleich zur Steuerpolitik, die von der Opposition regelrecht diffamiert wird. Auch aus der Bundeswirtschaftskammer ist immer wieder zu hören, daß die Steuerbelastung das Problem Nummer eins ist, und der Herr Präsident hat es ja in der Vorrede selbst auch betont.

Um den Tatsachen gerecht zu werden, meine Damen und Herren, halte ich hier nochmals ausdrücklich fest: Die Steuerquote ist seit 1979 praktisch gleichgeblieben. Sie hat sich nicht verändert. Das heißt: Alle Behauptungen über einen ständig steigenden Steuerdruck sind falsch! Sie sind insbesondere für den Bereich der Wirtschaft nicht zutreffend, und sie tragen sicher nicht zu der angeblich auch von der Oppositionspartei gewünschten Verbesserung des wirtschaftspolitischen Klimas bei. Im Gegenteil. Dieses politische Spiel führt zu einer Verunsicherung der Betriebe und schadet der Wirtschaft.

Was sind die konkreten Tatsachen? — Vergleichen wir, was die Regierung an Maßnahmen zur Entlastung und Förderung der Betriebe beschlossen hat, indem wir dem gegenüberstellen, was die ÖVP in ihrem Steuerpapier vorschlägt.

Ich beschränke mich hier nur auf einige Punkte, die schon mit 1. Jänner 1985 — also schon in wenigen Tagen — wirksam werden. Sie bringen den Betrieben sowohl steuerliche Erleichterungen als auch eine Entlastung von Verwaltungsarbeit.

Einige Beispiele: Die vorzeitige Abschreibung für Umweltschutzinvestitionen wird von 60 Prozent auf 80 Prozent angehoben.

Die steuerfreie Investitionsprämie wird für Umweltschutzinvestitionen ebenfalls erhöht, und zwar von 8 Prozent auf 12 Prozent.

Der Freibetrag beziehungsweise die Freigrenze bei der Lohnsummensteuer werden um 50 Prozent angehoben. Das bedeutet für viele kleine Betriebe, daß sie ab dem kommenden Jahr überhaupt keine Lohnsummensteuer mehr zahlen.

Für Kleinbetriebe kommt es außerdem zu einer Erleichterung bei der Gewinnermittlung, was ebenfalls zu einer Entlastung führt.

Eine Entlastung von Schreibarbeiten bedeutet es auch für die Betriebe, daß künftig

Mühlbacher

bis zu einem Betrag von 2 000 S Rechnungen in vereinfachter Form — sogenannte Inklusivrechnungen — ausgestellt werden können.

Steuerlich wichtig ist auch die Verlängerung des Zeitraumes für einen Verlustvortrag bei der Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer von fünf auf sieben Jahre.

Für Gesellschaften mit beschränkter Haftung wird die Möglichkeit geschaffen, eine steuerfreie Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln vorzunehmen.

Zu administrativen Vereinfachungen kommt es für Unternehmer auch bei der Umsatzsteuerberechnung.

Und wie bekannt ist, enthält das Abgabenänderungsgesetz 1984 auch eine Reduzierung der Zinsertragsteuer um ein Drittel auf 5 Prozent der Zinserträge.

Eine wichtige Entlastung der Betriebe erfolgt mit Jahresbeginn auch bei den Lohnnebenkosten. Ab 1. Jänner werden sowohl die Beiträge, die von den Unternehmern an den Entgeltfortzahlungsfonds als auch an den Insolvenzausgleichsgeldfonds zu zahlen sind, gesenkt. Für die Wirtschaft bedeutet dies insgesamt weniger Beitragszahlungen und eine Verringerung der Lohnnebenkosten von über 1 Milliarde Schilling pro Jahr. *(Abg. Dr. Zittmayr: Sozialversicherung...!)*

All diese Erleichterungen und Entlastungen, die trotz der angespannten Budgetsituation zur Unterstützung der österreichischen Betriebe getroffen wurden, muß man im Zusammenhang mit der auf der anderen Seite großzügig ausgebauten Wirtschaftsförderung sehen.

Was, meine Damen und Herren, hat demgegenüber das ÖVP-Steuerpapier den Betrieben zum 1. Jänner 1985 zu bieten? Ein Urheber ist ja noch da, der Herr Abgeordnete Graf. *(Abg. Graf: Was heißt „noch da“?)* Alle anderen sind eh schon fortgegangen, weil sie es nicht hören wollen! *(Abg. Graf: Werden schon wieder kommen!)*

Ich zitiere nämlich jene zwei Punkte, auf die es mir hier besonders ankommt, und das wörtlich. *(Abg. Dr. Zittmayr: Die erhöhten Sozialversicherungsbeiträge...!)*

Erster Punkt: „Die im Bundesgesetz vom 18. Februar 1982 geregelte allgemeine Investitionsprämie in Höhe von 8 Prozent soll mit 31. Dezember 1984 außer Kraft treten.“ — So

ÖVP-Steuerpapier. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das andere auch...!)*

Zweiter Punkt: „Die Ausgabenansätze im Rahmen der direkten Wirtschaftsförderung sind gegenüber 1984 um durchschnittlich 10 Prozent zu kürzen.“

Lieber Herr Abgeordneter Graf! Das lassen Sie sich jetzt geistig vor den Augen abrollen und bringen Sie es in Gegensatz zu den Worten, die vor fünf Minuten noch Herr Bundeskammerpräsident Sallinger hier gesagt hat. Der hat nämlich gemeint, daß die Förderung für die Betriebe ausgebaut werden soll.

Meine Damen und Herren! Natürlich enthält das ÖVP-Steuerpapier auch massive Wünsche nach Steuersenkungen. Wie sollte es bei einer Oppositionspartei, die keine Verantwortung für das Budget hat und die Wählerstimmen für sich ködern will, anders sein?

Worauf es mir aber hier ankommt und was mit aller Deutlichkeit aufgezeigt werden muß, ist, daß eine Partei, die immer vorgibt, die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe zu vertreten, ein Papier vorlegt, das vor allem diese Betriebe schwer treffen und benachteiligen würde.

Ich will hier gar nicht auf die Investitionsprämie eingehen, zu der es auch einiges zu sagen gäbe. Zum Beispiel, daß die Statistik eindeutig alle unterschwellig in Umlauf gebrachten Behauptungen widerlegt, daß diese steuerfreie Investitionsprämie vor allem der verstaatlichten Industrie zugute käme. Das trifft nicht zu. Sie wird zum Beispiel von Vorarlberger Unternehmen überdurchschnittlich in Anspruch genommen.

Ebensowenig trifft zu, daß die Investitionsprämie zur „Prämierung von Verlusten“ führt, wie in dem ÖVP-Papier unterstellt wird. Der Zweck der Investitionsprämie ist es, vor allem neuen und expandierenden Unternehmen, die die vorzeitige Abschreibung nicht oder nur zum Teil nützen können, Investitionsanreize zu bieten.

Auf die negativen Auswirkungen, welche die Kürzung der direkten Wirtschaftsförderung für die gewerbliche Wirtschaft haben würde, habe ich hier schon einmal mit Besorgnis hingewiesen. Eine solche Kürzung, wie sie von der ÖVP gefordert wird, würden vor allem die Klein- und Mittelbetriebe zu spüren bekommen. Sie würde sich in erster Linie auf die BÜRGES-Aktionen katastrophal auswirken.

Mühlbacher

Die BÜRGES ist bekanntlich für die gewerbliche Wirtschaft die wichtigste Förderungseinrichtung. Für viele kleine Betriebe ist sie oft auch die einzig zugängliche Förderung.

Zumindest jeder zweite Betrieb im Gewerbe, im Handel und im Fremdenverkehr hat in den letzten Jahren eine der BÜRGES-Aktionen in Anspruch genommen. Weit mehr als hunderttausend Wirtschaftstreibende wurden bisher im Rahmen der BÜRGES-Aktionen bei der Modernisierung ihrer Betriebe unterstützt.

Niemand, meine Damen und Herren, wird bestreiten, daß viele strukturverbessernde Investitionen in den letzten Jahren erst dadurch möglich waren, daß sie durch Prämien, Zinsen- und Haftungskostenzuschüsse im Rahmen der BÜRGES gefördert wurden.

Niemand wird auch ernsthaft bestreiten wollen, daß durch diese Förderung ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet wurde, daß unsere Betriebe leistungsfähiger und damit konkurrenzfähiger wurden.

Es ist keine Dramatisierung, wenn man behauptet, daß dadurch nicht nur zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze in diesen Betrieben erhalten wurden, sondern auch die Existenz vieler kleinerer Gewerbebetriebe gesichert worden ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wie schaut es derzeit aus? — Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir die Talsohle durchschritten haben, die Wirtschaft wächst und die Investitionen der Betriebe nehmen zu.

Das ist auch an den Förderungsanträgen bei der BÜRGES deutlich abzulesen. Bei allen Aktionen haben in diesem Jahr die Neuanträge gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Bei der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz sind bisher schon um 60 Prozent mehr Anträge auf Förderung eingelangt als in der gleichen Zeit im Jahre 1983.

Wie groß das Interesse an den BÜRGES-Aktionen und die Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft in der gegenwärtigen Aufschwungsphase sind, zeigt die Tatsache, daß bis Ende November mehr als 13 000 Betriebsinhaber um Förderung ihrer Investitionsvorhaben bei der BÜRGES angesucht haben.

Umso unverständlicher ist es für mich, daß gerade in so einer Situation die Österreichische Volkspartei — offenbar mit voller Zustimmung der Wirtschaftsbundfunktionäre — die Wirtschaftsförderung für diese Betriebe drastisch kürzen will. Denn was eine 10prozentige Reduktion der Mittel für die direkte Wirtschaftsförderung in der Praxis bedeuten würde, müßte jedem klar sein: Sie bedeutet längere Wartezeiten bei allen Förderungen, und sie bedeutet ferner, daß einzelne Aktionen überhaupt in Gefahr wären.

Unseren Standpunkt, verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, kennen Sie: Für uns kommt im Interesse der Wirtschaft solch eine generelle Kürzung der Wirtschaftsförderungen nicht in Frage. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Für mich kommen die ÖVP-Vorschläge zu einer Steuerreform, die eindeutig zu Lasten der kleineren und mittleren Betriebe geht, nicht mehr überraschend.

Es ist für mich auch keine besondere Überraschung, daß die Funktionäre des Wirtschaftsbundes dazu schweigen. Denn die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, daß sie sich immer dann ganz mächtig in die Brust werfen, wenn es gegen den Staat und gegen die Regierung geht und es angeblich irgendwelche dunklen Anschläge gegen die Klein- und Mittelbetriebe abzuwehren gilt.

Ganz anders ist die Reaktion des Wirtschaftsbundes, wenn es tatsächlich darauf ankommt, konkret etwas für die Klein- und Mittelbetriebe zu tun, und wenn er noch dazu die Möglichkeit hätte.

Beispiele gibt es dafür viele. Ein geradezu typisches ist die Haltung des Wirtschaftsbundes in der Frage der Ausweitung des bestehenden Abfertigungsfonds auf die kleinen Handelsbetriebe, auf die Einzelhandelsbetriebe mit einer, zwei oder drei Verkäuferinnen, auf die Nahversorgungsbetriebe, die auch dem Wirtschaftsbund angeblich so am Herzen liegen.

Der Freie Wirtschaftsverband hat nach zähen Verhandlungen erreicht, daß mit 1. Juli bei den Handelskammern eine Abfertigungs-Sonderaktion eingerichtet wurde.

Im Rahmen dieser Aktion erhalten Betriebe, die im Verhältnis zu ihrer Größe hohe Abfertigungszahlungen leisten müssen

Mühlbacher

und dadurch in finanzielle Schwierigkeiten kommen würden, Zuschüsse.

Diese Zuschüsse erhalten Betriebe derzeit nur für Arbeiterabfertigungen. Nachdem jedoch die Finanzierung dieser Abfertigungsaktion aus den Kammerbeiträgen aller Kammermitglieder, also auch jener der Handelsbetriebe, erfolgt und nachdem von manchen Landeskammern bisher nur die Hälfte der für diesen Zweck bereitgestellten Mittel ausgezahlt wurde, tritt der Freie Wirtschaftsbund dafür ein, auch die kleinen Handelsbetriebe in diese Aktion einzubeziehen.

Warum soll nämlich ein kleiner Papierwaren- oder Lebensmittelhändler von einer Aktion, die er selbst mitfinanziert, ausgeschlossen sein, nur weil der Mitarbeiter, den er abfertigen muß, zufällig im Angestellten- und nicht im Arbeiterdienstverhältnis ist?

Um ein mögliches Gegenargument gleich zu beantworten: Was nützt es einem kleinen Geschäftsinhaber zu wissen, daß die Angestelltenabfertigung bereits im Jahre 1921 eingeführt wurde, wenn es ihm auf Grund des Strukturwandels im gesamten Handel oder durch seinen ungünstigen Standort nicht möglich war, die notwendigen Rücklagen zu bilden?

Ich kenne selbst genug kleine Geschäfte, wo dem Inhaber gerade so viel bleibt, daß er seinen bescheidenen Lebensunterhalt bestreiten kann, und dem wir und die Bevölkerung rund um sein Geschäft eigentlich dankbar sein müssen, daß es sie noch gibt — im Sinne der Nahversorgung und damit der Aufrechterhaltung der Lebensqualität.

Genau an diese Betriebe denkt der Freie Wirtschaftsverband, wenn er die Einbeziehung in die Abfertigungsaktion verlangt. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit und der Solidarität. Es ist eine Forderung des Freien Wirtschaftsverbandes, die er in der tiefen Überzeugung, daß sie im Interesse der kleineren und mittleren Betriebe notwendig ist, vertritt. Eine Ausuferung oder ein Mißbrauch ist durch die Richtlinien, die genau den Erfordernissen angepaßt werden können, leicht und jederzeit zu verhindern.

Wissen Sie, wie der Wirtschaftsbund, der es durch seine Mehrheit in der Handelskammer in der Hand hätte, diesen kleinen Betriebsinhabern und Kaufleuten ihr Leben als Selbständige zu erleichtern, reagiert hat?

Ich habe jetzt das Mitteilungsblatt des stei-

rischen Wirtschaftsbundes in der Hand. Von „Mühlbacher-Steuern“ ist da die Rede, und unter anderem steht auch folgendes da drinnen: Die Sonderaktion Arbeiterabfertigung wurde auf Initiative der Wirtschaftsbundfunktionäre ins Leben gerufen, um den davon betroffenen Betrieben zu helfen. Das getrauen Sie sich eh nicht zu sagen, wenn Sie mir ins Gesicht schauen, Herr Abgeordneter Graf (*Abg. Graf: Erstens habe ich es nicht gesagt, zweitens schau ich Sie nicht an, und drittens bin ich nicht der steirische Wirtschaftsbund!*) Aber es kommt dann noch toller: Überfallsartig eingeführte Arbeiterabfertigung, nur mit den Stimmen der Sozialisten.

Meine Damen und Herren! Sind Sie wirklich so gedankenschwach, daß Sie alles schon vergessen haben? Es ist ein Skandal, was da drinnensteht. Mit solcher Gehässigkeit, mit solchen Diffamierungen und persönlichen Angriffen und mit solch beispielloser Polemik, wie hier vorgegangen wird, ist das erträgliche und zumutbare Maß an politischer Propaganda überschritten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Das werden wir uns auch dann nicht bieten lassen, wenn Sie angesichts der bevorstehenden Handelskammerwahlen in Nervosität und Panik verfallen.

Von dieser Stelle aus nehmen Sie bitte dazu zwei Feststellungen zur Kenntnis.

Punkt eins: Sowohl die Arbeiterabfertigung als auch die Erhöhung der Kammerumlage wurden hier im Parlament einstimmig, also auch mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der Wirtschaftsbundabgeordneten beschlossen. Sage Sie das auch den Scharfmachern in Ihren eigenen Reihen, die das offensichtlich noch nicht wissen oder schon wieder vergessen haben.

Punkt zwei: Wenn der Wirtschaftsbund glaubt, in diesem Zusammenhang die Kammerfinanzierung ins Spiel bringen zu müssen, so gebe ich Ihnen auch dazu eine klare Antwort: Wir sind jederzeit bereit, über die Finanzierung der Kammer zu reden, und zwar über jeden Punkt.

Meine Damen und Herren! Ich appelliere an die verantwortungsbewußten Funktionäre im Österreichischen Wirtschaftsbund: Klären Sie diese Frage in Ihren eigenen Reihen! Klären Sie bei dieser Gelegenheit vielleicht auch gleich Ihre Haltung in der Energiepolitik, und bemühen Sie sich um einen gemeinsamen Standpunkt!

Mühlbacher

In der Bundeskammer betonen Sie zwar, die Wirtschaft brauche kostengünstige Energien, Sie sind für ein möglichst hohes Energieaufkommen aus inländischen Quellen und fordern den Vorrang für den Ausbau der Wasserkräfte, weil dies die sauberste und umweltfreundlichste Art der Energiegewinnung ist.

Im Präsidium des Wirtschaftsbundes scheint aber diese Meinung noch nicht allgemeine Zustimmung zu finden. Wie könnte es sonst sein, daß der stellvertretende Wirtschaftsbundobmann Busek als einer der heftigsten Hainburg-Gegner auftritt? Als Wiener ÖVP-Obmann dürfte er dies kaum tun, denn dem Vernehmen nach gibt es keinerlei Beschlüsse der Wiener ÖVP, die ihn dazu legitimieren würden. Bleibt also die Frage offen, ob er dies als stellvertretender Wirtschaftsbundobmann tut. Für die Wirtschaft ist es dabei beruhigend, daß er wenigstens keine Kammerfunktion ausübt. Ein solches Verhalten wäre auch die allerschlechteste Empfehlung dafür.

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, daß die Bevölkerung und die überwiegende Zahl der für die Politik in diesem Land Verantwortlichen trotz aller unterschiedlichen politischen Gesinnungen und Anschauungen die sachliche Zusammenarbeit auch in Zukunft wünscht. Ich bin zuversichtlich, daß uns das auch gelingt — auch im Bereich der Wirtschaft, wo das vielleicht besonders wichtig ist und trotz der bevorstehenden Handelskammerwahlen, die ihre Schatten schon vorauswerfen. Der Freie Wirtschaftsverband wird die Wahlauseinandersetzung nicht als Wahlkampf, sondern als Leistungswettbewerb im Interesse der Wirtschaft, vor allem der kleineren und mittleren Unternehmen führen.

Genauso versteht die Sozialistische Partei Österreichs die Politik als Leistungs- und Ideenwettbewerb für eine gute Zukunft für unser Land und seine Bevölkerung. Diesem Ziel ordnet sich auch dieses Budget unter. — Danke. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.25

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

11.25

Abgeordneter **Grabher-Meyer (FPÖ)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Die sozial-liberale Koalition hat intensiv gearbeitet, viel geleistet und positive Resultate erzielt. Für Selbstzufriedenheit ist allerdings weder Zeit noch Raum. Wir dür-

fen und wir wollen uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. In dieser Legislaturperiode warten noch große Aufgaben auf uns.

So müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen, um die Neuverschuldung einzudämmen, damit der budgetpolitische Handlungsspielraum erhalten bleibt. Die Bedingung der wachsenden Staatsschuld bringt für viele Staaten, nicht nur für die Staaten der dritten Welt, große Probleme mit sich. So schreibt Marion Gräfin Dönhoff in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 9. November über die wirtschaftliche und budgetäre Situation der USA: „In diesem Jahr wird Amerika etwa 90 Milliarden mehr von der Welt borgen, als es selber ausleiht. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, werden die Fremdschulden Mitte nächsten Jahres den heutigen amerikanischen Investitionen im Ausland entsprechen (ca. 135 Milliarden Dollar). Heute fließt Kapital aus wesentlich ärmeren Ländern in das reichste Land der Welt. Wenn der Internationale Währungsfonds, zu dessen Aufgaben es gehört, die Schuldnerländer zu disziplinieren, die derzeitige Situation der Vereinigten Staaten zu durchleuchten hätte: 200 Milliarden Dollar Defizit im Budget und 125 Milliarden Defizit in der Handelsbilanz (Leistungsbilanzminus 86 Milliarden) — wer weiß, wie das Urteil ausfallen würde.“ — Ende des Zitates.

Österreich als kleines Land zwischen politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen hat geringere Möglichkeiten, seine Probleme nach außen zu verlagern, und kann sich daher eine dermaßen sorglose Budgetpolitik auf keinen Fall leisten.

Seit wir Freiheitlichen für das Budget Mitverantwortung tragen, konnte die Neuverschuldung unseres Staatswesens kontinuierlich gesenkt werden. Das Nettodefizit des Bundes wurde nicht nur in der Relation zum Bruttoinlandsprodukt reduziert — dies ist bei günstiger Konjunktur ein logisches Resultat konsequenten Budgetvollzuges —, wie die Entwicklung des laufenden Jahres zeigt.

Die sozial-liberale Regierung hat es darüber hinaus nunmehr zum zweitenmal geschafft, das Nettodefizit auch in absoluten Zahlen zu verringern. Dieses Verantwortungsbewußtsein verdient Anerkennung.

Wir sind also dem in der gemeinsamen Regierungserklärung festgeschriebenen Ziel der Budgetkonsolidierung, die mit dem Bun-

Grabher-Meyer

desvoranschlag 1984 eingeleitet wurde, wiederum ein Stück nähergekommen. 1985 werden auch notwendige Mehrausgaben getätigt. Für jedes Kind wird ab Jänner die Familienbeihilfe um 100 S erhöht, für kleine Gemeinden gibt es zusätzliche Mittel aus dem Finanzausgleich, und der Umweltfonds wird aufgestockt.

Die Land- und Forstwirtschaft wird zur Finanzierung ihrer schwierigen Zukunftsaufgaben ausreichend dotiert, und das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wird seine zahlreichen Aufgaben im Dienste der Wirtschaft im vollen Umfang erfüllen können.

Deshalb werden wir Freiheitlichen — das möchte ich eingangs meiner Ausführungen feststellen — dem heute zur Diskussion stehenden Kapitel des Bundesfinanzgesetzes 1985 unsere Zustimmung geben. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Ist das eine Überraschung!)* So wenig wie es eine Überraschung ist, daß die ÖVP die Budgetkapitel ablehnt, Herr Kollege, was soll's? *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Ich meine, da könnten wir uns die Reden überhaupt sparen.

Trotzdem ist es der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung gelungen, in konstruktiver fairer Zusammenarbeit und in einem Klima der grundsätzlichen Übereinstimmung auch beim Budget 1985 strenge Maßstäbe der Sparsamkeit anzulegen.

Vergleicht man die Bundesvoranschläge 1984 und 1985 miteinander, so wird man sehen, daß die prozentuelle Steigerung der Gesamtausgaben unter der des nominellen Bruttoinlandsproduktes liegt. Der erwartete Einnahmenezuwachs wird, vergleicht man die Voranschläge, geringfügig über, vergleicht man den Voranschlag 1985 jedoch mit dem voraussichtlichen Erfolg 1984, ebenfalls unter der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes liegen, da es nächstes Jahr keine Steuererhöhung geben wird. Im Gegenteil. Wir Freiheitlichen wissen, daß die Klein- und Mittelbetriebe das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft bilden.

Schon im Vorjahr haben wir gerade für die Klein- und Mittelbetriebe, für die das sehr wichtig ist, die Gewerbekapitalsteuer, die Gewerbeertragssteuer und die betriebliche Vermögensteuer reduziert. Ab 1986 wird es überhaupt keine Gewerbekapitalsteuer mehr geben.

Neben der günstigen Konjunktur haben

sicher auch diese Verbesserungen zu einer geringeren Zahl von Insolvenzen geführt. Nunmehr werden kleine Betriebe in Zukunft um zirka 100 Millionen Schilling weniger Lohnsummensteuer zahlen müssen. Wir erwarten uns von dieser Entlastungsmaßnahme bei den Lohnnebenkosten Impulse zur zusätzlichen Einstellung von Arbeitskräften.

Angesichts dieser günstigen Rahmenbedingungen bin ich sicher, daß die Wirtschaftstreibenden einen aktiven Beitrag zur Belebung des Arbeitsmarktes leisten werden.

Wir haben jedoch gemeinsam mit dem sozialistischen Koalitionspartner weitere Reformschritte gesetzt. Für die Übertragung von Rücklagen auf das Eigenkapital, für Umweltschutzinvestitionen, für kurzfristige Vermietung von Wohnwagen, für Sondergebühren von Ärzten, für zusätzliche Gruppen wie etwa Freiberufler werden beträchtliche Steuervorteile gewährt.

Darüber hinaus bringt das neue Abgabenänderungsgesetz eine Vielzahl administrativer Erleichterungen für Wirtschaftstreibende und Arbeitnehmer. Dem freiheitlichen Bekenntnis zu weniger Bürokratie konnte damit zum Durchbruch verholfen werden.

Und nun, Hohes Haus, zur Zinsertragsteuer, bei der sich ein Vergleich mit der Hauptperson des Romans „Die Blechtrommel“ von Günter Grass geradezu aufdrängt.

Wie Oskar Matzerath ist die ZEST ein Kind zweier Väter, das schon am Anfang seiner Existenz einen bösen Sturz erlitt, nachdem es sich tiefgreifend veränderte.

Wie Oskar Matzerath ist die ZEST ein Kind, das allen Beteiligten auf Grund seiner besonderen Eigenschaften nicht nur lästig fiel, sondern auch für unangenehme Überraschungen sorgte.

Wie Oskar Matzerath entwickelte die ZEST eine Eigendynamik, durch die einiges zu Bruch ging.

Aber wie bei Oskar Matzerath ist nun auch bei der ZEST gewiß, daß sie nicht mehr weiterwachsen wird. Während Oskar Matzerath lebenslänglich auf der Größe eines Dreijährigen stagniert, konnten wir die ZEST einem Schrumpfungsprozeß unterwerfen. Aus den ursprünglich geplanten 20 Prozent sind zuerst 7,5 Prozent und ab 1. Jänner 1985 magere 5 Prozent geworden, auf die aus budgetären Gründen gegenwärtig nicht verzichtet werden kann.

Grabher-Meyer

Die Zinserträge werden damit wirklich nur wesentlich geschmälert; man bedenke, welche sonstigen Gebühren und Spesen vom Kreditapparat einbehalten werden.

Immerhin konnte im Laufe dieses Jahres in diesem Zusammenhang ein weiteres freizeitliches Anliegen verwirklicht werden. Die Kreditgebühren wurden bei Umschuldungen aufgehoben, wodurch der Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten belebt wird und die Kosten für Fremdkapital gesenkt werden.

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die wirtschaftliche Leistungsbilanz wird von den Regierungsparteien ebenfalls gewürdigt. Deshalb werden Fremdenverkehrsvereine in Zukunft weniger beziehungsweise keine Mehrwertsteuer abliefern müssen. Auch von dieser Steuererleichterung erwarten wir uns eine Belebung der fruchtbringenden Tätigkeit dieser für die einzelnen Regionen Österreichs so wichtigen Einrichtungen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Trotzdem wird der Finanzminister von den Schwarzmalern kritisiert und muß besonders auf steuerlichem Gebiet Vorwürfe über Vorwürfe über sich ergehen lassen.

Schauen wir einmal in die Bundesrepublik Deutschland! Der dortige konservative Finanzminister Stoltenberg hat im Vorjahr eine Zwangsanleihe für Besserverdiener gebastelt und ein Jahr lang froh Einnahmen kassiert. Jetzt muß er alles wieder zurückzahlen, da seine „famose“ Zwangsanleihe leider verfassungswidrig war. Eigentlich wollte er das Budget konsolidieren. Ob ihm das unter der Voraussetzung, daß er alles wieder zurückzahlen muß, noch gelingt? Seine konservativen Fraktionskollegen ergehen sich bereits in populistischen Forderungen, als wären sie oppositionelle ÖVP-Abgeordnete.

Also, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, freuen Sie sich, daß Ihre Schwesterpartei CDU Ihre Verhaltensweise annimmt, doch erwarten Sie nicht, daß auf diese Weise eine sinnvolle Steuerreform auf eine echte Budgetkonsolidierung zustande kommt.

In diesem Zusammenhang ein Wort an die Österreichische Volkspartei:

Die Schwarzmalerei der konservativen Opposition erreicht ungeahnte Höhepunkte. Ihr Pessimismus reicht so weit, daß sie am liebsten an Österreichs Grenzen die Aufschrift anbringen würden, die Dante am Tor

der Hölle gesehen hat: „Ihr, die ihr hier eintrittet, lasset jede Hoffnung schwinden!“ *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Von wem ist das?)* — Von Dante! *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Großartig!)*

Es ist aber nur die Hoffnung der ÖVP, Frau Abgeordnete Rabl-Stadler, vielleicht doch noch irgendwann einmal an die Regierung zu kommen, eine Hoffnung, die immer rascher schwindet. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Man merkt, daß Ihre Wähler davongelaufen sind!)* Na, wenn ich mir die letzten zwei Wahlgänge anschau, Kärnten und Vorarlberg, muß ich sagen: Es sind Ihnen die Wähler davongelaufen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das glauben Sie ja selber nicht!)* Jedenfalls haben die 5 Prozent Verluste Landeshauptmann Keßler an die Grenze der absoluten Mehrheit gebracht. Es waren ja vorher satte 57 Prozent! *(Abg. Dr. Zittmayr: Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen!)* Also zum Lachen und zum Frohlocken ist bei Ihnen momentan kein Grund, meine Herren! Denn jeder kennt ja Ihre permanenten Kassandrarufer bis zum Überfluß, bis zum Überdruß, möchte ich sagen, und das ist nämlich der Grund, warum Sie gegenwärtig mit Ihrer Politik, die von Ihnen als „andere Politik“ bezeichnet wird, nicht mehr durchkommen.

Die einzigen Erfolgserlebnisse bestehen in einer eventuellen wirtschafts-, kredit- oder rufschädigenden Wirkung.

Die Diagnose ist unverändert: Die ÖVP hat als staatstragende Partei seit geraumer Zeit abgedankt.

Unverändert ist ein weiterer Vorwurf aufrechtzuerhalten: Die ÖVP blockiert ein längst im Parlament liegendes, zeitgemäßes und dringend erforderliches Haushaltsrecht. Aber den Rechnungshof wollen Sie umkrempeln, eine Institution im Dienste des Parlaments, die unter anderem auch wertvolle Anregungen zur Neufassung mancher Formulierungen im Bundesfinanzgesetz unterbreitet hat.

Steuerkonzepte setzen Sie dem Licht der Öffentlichkeit aus, obwohl sich einer der dafür Verantwortlichen nachträglich von manchen Grundsatzformulierungen vornehm distanziert und im übrigen schon wieder ankündigt, daß dieses vorgelegte noch nicht sehr alte Kind in Zukunft durch ein neues ersetzt werden wird.

Das Fazit, das ich daraus ziehe, ist, daß mit

Grabher-Meyer

dieser ÖVP momentan kein Staat zu machen ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie soll man eine Politik verstehen, die sich gerade während der Budgetberatungen in den Ausschußverhandlungen zum Budget wie folgt dargestellt hat: Abgeordneter Keimel hat in einer seinen Grundsatzserklärungen gesagt: So kann es nicht weitergehen! — Mit diesem Stehsatz garniert die ÖVP alle ihre Stellungnahmen und Kommentare zum Budget, zum Budgetdefizit und zu den Staatsschulden.

Herr Abgeordneter Keimel hat Budgetalarm geschlagen und gesagt: Pro Minute müssen 144 000 S Schulden für Zinsen und Tilgung der Staatsschulden ausgegeben werden. (*Abg. Maria Stangl: Stimmt!*) Stimmt. Weiters: Ohne Kurskorrektur auf der Einnahmen- und Ausgaben Seite werde es zu einer dramatischen Entwicklung des Finanzschuldenstandes des Bundes kommen.

Keimel beschwörend: Auf der Ausgaben Seite muß es zu Einsparungen kommen!

Zum selben Zeitpunkt, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, zu dem sich Keimel mit dieser Warnung so dramatisch in Szene setzte, forderten ÖVP-Redner in parlamentarischen Ausschußberatungen über das Budget 1985 praktisch zu jedem Budgetkapitel stereotyp mehr Geld, höhere Ausgaben, als im Budgetentwurf der Regierung enthalten sind.

Wenn Sie wollen, gebe ich Ihnen eine Aufstellung. (*Abg. Dr. Zittmayr: Keinen Antrag!*) Ob man das in Antragsform oder rhetorisch stellt, macht die Sache nicht anders und wird nichts ändern.

Beim Budgetkapitel Justiz hat Abgeordneter Paulitsch die Steigerung der bundesgesetzlichen Ansätze für das Kapitel Justiz als nicht ausreichend bezeichnet. Er argumentiert, daß damit dem Justizministerium obliegende Aufgaben nicht erfüllt werden können. (*Abg. Dr. Zittmayr: Kein Antrag!*) Was soll das heißen? Wie verstehen Sie das, Herr Zittmayr, wenn man sagt, das sei zuwenig Geld? Ich sage es Ihnen nur. Beim Kapitel Inneres bedauerte Dr. Lichal, daß die finanzgesetzlichen Ansätze für das Innenressort im Vergleich zum Gesamtbudget unterproportional gestiegen sind.

Beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft zeigt sich Kollege Deutschmann — Ihr Kol-

lege Deutschmann, Herr Zittmayr — über die unzulänglichen Ansätze im Land- und Forstwirtschaftsbudget enttäuscht und deprimiert. (*Abg. Dr. Zittmayr: Kein Antrag!*)

Die Frau Dr. Hubinek kritisiert, daß sich der Anteil des Kapitels Gesundheit und Umweltschutz am Gesamtbudget letztlich auf 0,85 Prozent reduziert.

Der Herr Abgeordnete Hafner bemängelt beim Budgetkapitel Familie, daß die vorgenommene Erhöhung der Familienbeihilfe nicht einmal ausreicht, um die Inflationsverluste zu decken.

Verkehr: Der Herr Abgeordnete König bezeichnet die finanzgesetzlichen Ansätze dieser Budgetpolitik als unrealistisch, soll heißen: ungenügend.

Unterricht: Mag. Gerhard Schäffer stellt fest, daß das Unterrichtsbudget mit einem Anteil von 7,94 Prozent einen Tiefstand erreicht habe.

Wissenschaft: Abgeordneter Dr. Neisser erklärt, die Mittel, die für Universitäten zur Verfügung stehen, halten mit der Entwicklung der Hörerzahlen nicht Schritt, insbesondere sei für Unterrichts- und Forschungserfordernisse viel zuwenig Geld vorhanden.

Kunst: Abgeordneter Steinbauer bedauert, daß für den Bereich Filmwesen eine Kürzung bei den finanzgesetzlichen Ansätzen festzustellen ist.

Erwachsenenbildung: Abgeordneter Bayr meint, der Unterrichtsminister müsse bei der Verhandlung über dieses Budgetkapitel einen Schwächeanfall gehabt haben, so stark wurden die Ausgaben dafür reduziert.

Landesverteidigung: Abgeordneter Dr. Ermacora bedauert, daß der Verteidigungsanteil des Budgets trotz überproportionaler Steigerung noch immer erst 3,64 Prozent beträgt.

Und Bauten: Abgeordneter Dr. Keimel selbst kritisiert, daß die Ausgaben sowohl für den Straßen- wie auch für den Wohnbau im Budget 1985 zurückgegangen sind. (*Abg. Dr. Zittmayr: Alles in die Bürokratie!*)

Zu dieser langen Lizitationsliste: Keine Ausgabenpost ist der ÖVP im Budget hoch genug, noch mehr Steuergeld muß her. (*Abg. Dr. Zittmayr: Keine Anträge!*) Aber es ist Lizitationspolitik, es ist eine deutliche Lizitationspolitik. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Grabher-Meyer

Zu dieser langen Lizitationsliste lesen sich die Einsparungsvorschläge des Wirtschaftsbundgeneralsekretärs Dr. Schüssel wie ein schlechter Witz. So fordert Schüssel, daß 4,5 Milliarden Schilling eingespart werden. Zugleich sollen durch eine Wirtschaftsoffensive Mehreinnahmen von 9,5 Milliarden Schilling erzielt werden. Einsparungen trotz uferloser Lizitation! Eine Wirtschaftsoffensive auf der Basis mutwillig zerrütteter Staatsfinanzen! Was sich da die ÖVP als Kurskorrektur vorgenommen hat, kann einen das Gruseln lehren.

Wir Freiheitlichen werden eine solche Politik jedenfalls nicht mitmachen.

Doch wende ich mich lieber Wichtigerem zu. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs ist noch immer günstig, obwohl manche schon wieder das Gras wachsen hören und von einem Konjunkturherbst sprechen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut jedenfalls stellt fest, daß die Auftriebskräfte der heimischen Konjunktur seit Jahresmitte wieder die Oberhand gewonnen haben.

Wir Freiheitlichen haben nie zu den Wachstumsfetischisten gehört. Wir sind immer für ein qualitatives Wirtschaftswachstum eingetreten. Trotzdem: Auch die reale Wachstumsrate des österreichischen Bruttoinlandsproduktes kann sich sehen lassen. Im Vorjahr konnten wir die Schwarzmalerei jammern hören. Ich habe die Worte der Herren Graf und Sallinger noch im Ohr, daß Österreichs Wirtschaft nicht wachsen, ja sogar um 1 Prozent schrumpfen würde.

Ich bin damals ans Rednerpult gegangen und habe 2 Prozent Wachstum vorausgesagt. Die tatsächlichen Wachstumsraten haben meine Vorhersage noch übertroffen.

Damit es alle Schwarzmalerei in ihren Gehirnwindungen speichern: 1983 betrug das reale Wachstum laut Wirtschaftsforschungsinstitut 2,1 Prozent, 1984 werden es 2,5 Prozent sein, für 1985 werden 3 Prozent vorausgesagt.

Es freut mich für die österreichische Volkswirtschaft, daß ich recht behalten habe. Ich hätte gerne mit Ihnen gewettet, aber Sie wollten nicht. Sie haben Ihre eigenen Schwarzmalereien unglaublich gefunden. In Österreich geht es aufwärts. Und wie sieht das Wachstum im gelobten Land der Österreichischen Volkspartei, in den Vereinigten Staaten aus?

In den ersten zwei Quartalen war es ja sehr schön. 10,1 Prozent im ersten und 7,1 Prozent im zweiten Quartal. Im dritten Quartal gibt es nur mehr magere 1,9 Prozent. So etwas nennt man in der Umgangssprache eine „riesige Talfahrt“ — oder was sonst? Dies ist wegen möglicher Einflüsse auf unser Land wenig erfreulich. Deshalb waren die Überlegungen des Herrn Finanzministers durchaus berechtigt, für konjunkturelle Maßnahmen im Jahre 1985 entsprechend vorzusorgen.

Wir Freiheitlichen werden uns aber davor hüten, eine Wirtschaftspolitik auf Knopfdruck zu betreiben. Die Wirtschaft ist kein Mechanismus, sondern ein lebender Organismus, der von Menschen gestaltet wird. Diesen Satz sollte jeder, der meint, man könnte Wirtschaftspolitik nach Rezeptbuch oder gar auf Knopfdruck betreiben, ein paarmal auf der Zunge zergehen lassen, bevor er unwiderrufliche Handlungen setzt.

Betrachten wir zum Beispiel den Arbeitsmarkt. Einfluß auf die Beschäftigung einer Volkswirtschaft haben die außerwirtschaftlichen Beziehungen, die technologische Entwicklung, die Art der Investitionen, denn es ist nicht egal, ob Investitionen der Rationalisierung oder der Innovation oder beiden dienen. Die Währungsrelationen, die Geldversorgung, konjunkturelle Schwankungen, Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, die Fiskalpolitik, die Einkommens- und Machtverteilung zwischen den Sozialpartnern, aber vor allem die menschlichen Erfahrungen, Erwartungen und Wertvorstellungen unterliegen ebenfalls einem ständigen Wandel.

Von all diesen Faktoren wird nun die Beschäftigungssituation beeinflusst, und gerade deshalb ist das Schwarzmalen und Verunsichern, wie es die Österreichische Volkspartei so gerne betreibt, so gefährlich.

Denn eine pessimistische Einstellung der Bevölkerung beeinflusst auch die anderen Wirtschaftsfaktoren, und darunter leidet letztlich der Arbeitsmarkt.

Zum Beispiel erhöht sich in der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitslosenquote im November auf 8,8 Prozent. 2 189 191 Bundesbürger in der Bundesrepublik waren im November ohne Arbeit. Ein Zuwachs von 44 700 war zu verzeichnen. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, ist der Tag nicht mehr fern, wo die Zahl der deutschen Arbeitslosen diejenige der österreichischen Beschäftigten erreicht. Und das trotz relativ günstiger Weltwirtschaftslage.

Grabher-Meyer

In Österreich dagegen, meine Damen und Herren, ist auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Beruhigung eingetreten. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Staudinger: Über diese „Beruhigung“ werden sich die arbeitslosen Jugendlichen freuen!)* Nein, ich komme noch darauf, Herr Kollege Staudinger, wir sind deshalb nicht selbstzufrieden, wir geben uns nicht der Selbstzufriedenheit hin.

Im November 1984 fanden verglichen mit November 1983 in Österreich 13 856 Menschen einen Arbeitsplatz. Insgesamt gab es im November 2 753 438 Beschäftigte. Österreich, Herr Kollege Zittmayr, hat im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland also die Trendumkehr geschafft. Das meinen wir mit der „anderen Politik“, die Sie dauernd predigen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ein weiteres positives Merkmal, Herr Kollege Zittmayr: Die Zahl der offenen Stellen steigt weiter. Auch die Arbeitslosenrate ist nur halb so hoch wie in der Bundesrepublik. Bisheriger Jahresdurchschnitt ist 4,4 Prozent, während das Wirtschaftsforschungsinstitut im Vorjahr noch 5,5 Prozent vorausgesagt hat. Also, wir haben zwar noch keinen Grund zum Jubeln, aber unser Arbeitsmarkt kann sich im internationalen Vergleich sehen lassen.

Österreich hat sich in diesem Jahr auf dem Weltmarkt recht gut behaupten können und hat schöne Erfolge erzielt. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Prozent gestiegen. Das ist eine stolze Leistung unserer Wirtschaft auf der Basis eines stark ausgebauten Exportförderungs- und Exportkreditsystems.

Trotzdem warne ich davor, sich auf den Lorbeeren auszuruhen.

Erstens müssen wir à la longue trachten, daß unsere Exportleistungen selbsttragend werden.

Zweitens müssen wir trachten, unsere Exporte sowohl güter- als auch ländermäßig besser als bisher zu diversifizieren und die Wertschöpfung zu steigern.

Drittens müssen wir trachten, Image und Marketing der österreichischen Produkte zu verbessern.

Wenn Dr. Kramer vom Wirtschaftsforschungsinstitut in einem Vortrag sagen muß — ich zitiere —: „Ich sehe bei meinen Auslandsaufenthalten so gut wie keine österrei-

chischen Waren“, dann ist das ein trauriges Zeichen. Und er nennt unter anderem folgenden Grund: „Österreichische Waren treten nicht als solche auf und sind nicht als solche zu erkennen.“

Abgesehen von Zulieferprodukten ergibt sich hier ein breites Feld der Werbung für Unternehmer, aber vor allem für die Außenhandelsstellen der Bundeskammern, denen weiß Gott beträchtliche finanzielle und persönliche Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Und hier richte ich eine Bitte an den Herrn Präsidenten Sallinger, diese ernste Mahnung, die Dr. Kramer hier ausgesprochen hat, diesen Mangel, den er aufgezeigt hat, aus der Sicht der Bundeskammer aufzugreifen und hier Verbesserungen im Bereich der Bundeswirtschaftskammer vorzunehmen.

Ich weiß, daß Präsident Sallinger auf solche Aufforderungen der Wirtschaft und auf solche Mängel, die sich durch Wirtschaftsfachleute jetzt herausgestellt haben, sicher eingehen wird. Es wäre unser Wunsch, daß besonders auf diese Mängel eingegangen wird und besondere Anstrengungen seitens der Bundeswirtschaftskammer diesbezüglich unternommen werden.

Überdies, meine geschätzten Damen und Herren, umfaßt die Exportleistung eines Landes ja auch den Dienstleistungsbereich. Hier geht es nicht nur um den Fremdenverkehr, sondern um wirtschaftsnahe technische, finanztechnische und organisatorische Dienste sowie um juristische oder künstlerische Leistungen.

Gerade dieser hochentwickelte Dienstleistungsbereich spielt eine immer größere Rolle für die Anbahnung nachgelagerter wirtschaftlicher Beziehungen. Umso wichtiger ist es für Österreichs Unternehmer, rechtzeitig Konsequenzen aus dieser Beachtung zu ziehen und die Entwicklung durch strategisch richtige Entscheidungen zu beeinflussen. Das Handelsministerium steht ihnen dabei mit Rat und Tat zur Seite.

Begehen Sie aber nicht den Irrtum, den Staat als alleinigen Problemlöser zu betrachten. Die unternehmerische Entscheidung kann und soll der Staat keinem Wirtschaftstreibenden abnehmen.

Ein weiteres Thema für Schwarzmalerei: die technologische Abhängigkeit. Die Schwarzmalerei meinen, daß die europäischen Industrieländer mit dem Tempo des technischen

Grabher-Meyer

Fortschritts nicht mehr Schritt halten können. Sie meinen, daß die Unternehmer müde und einfallslos geworden sind, sie klagen über versteinerte Strukturen, über veraltete Industrien, die künstlich am Leben erhalten werden, und über die Behinderung junger dynamischer Firmen durch die Bürokratie.

Zugegeben, für jede dieser Behauptungen lassen sich Beweise finden. Daß Europas Unternehmer ein müder Haufen geworden sind, ist inzwischen fast ein Glaubenssatz, und ich hoffe nicht, daß sich die Österreichische Industriellenvereinigung dieser Meinung anschließt. Sie haben ja vor wenigen Wochen als Vorbeter sozusagen einen amerikanischen Wissenschaftler engagiert, der offenbar dafür sorgen soll, daß die Österreicher möglichst bald die Flinte ins Korn werfen. Dabei gibt es in Wirklichkeit gar keinen Grund für diesen masochistischen Pessimismus.

Gewiß, in manchen Bereichen der technischen Entwicklung hat Amerika oder Japan einen riesengroßen Vorsprung. Dies gilt beispielsweise in der Entwicklung und Anwendung von Informations-, Kommunikations- und Biotechnik. Dort müssen wir noch vieles nachholen.

Österreichs aktive Mitarbeit an zahlreichen internationalen Forschungsprojekten wird den Einstieg in diese neuen Technologien ermöglichen. Wir Österreicher müssen lernen, uns gegen den zunehmenden Protektionismus mächtiger Handelspartner erfolgreich zu behaupten. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Österreich hat wie kaum ein anderes Land ein wirklich breit gefächertes Instrumentarium an Förderungen für die Wirtschaft, das auch stark in Anspruch genommen wird und das Budget mit vielen Milliarden belastet, wie man den jährlichen Subventionsberichten entnehmen kann. Trotzdem werden damit nicht immer optimale Resultate erzielt. Die Frage, wer dafür letztendlich die Verantwortung trägt, beantworte ich mit einem Zitat des Generaldirektors der Creditanstalt-Bankverein Dr. Androsch:

„Wenn wir davon ausgehen, daß volkswirtschaftlicher Strukturwandel ganz eng mit unternehmerischer Innovation zusammenhängt, ... folgt daraus meiner Ansicht nach, daß auch die Hauptverantwortung für den Strukturwandel letztlich beim einzelnen Unternehmer beziehungsweise Manager liegen muß. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob es sich um einen Privatunternehmer, einen

Manager in einem privaten oder verstaatlichten, in einem nationalen oder multinationalen Unternehmen handelt.“

Der weltweit bekannte Ökonom Schumpeter hat die Rolle des Unternehmers bereits vor mehr als 40 Jahren allgemeingültig definiert. In der Interpretation von Dr. Androsch lautet das so:

„Der Unternehmer im Sinne Schumpeters ist mehr als ein bloßer Technokrat, als ein Gewinnmaximierer und Bilanzoptimierer. Er hat — ebenso wie Künstler oder Wissenschaftler — eine entscheidende soziale Funktion: durch seine unternehmerische Tätigkeit reformiert er laufend Wirtschaft und Gesellschaft.“

Hohes Haus! Ich schließe meine Ausführungen mit der Bitte an Österreichs Unternehmer und Manager, bewußt diese von Schumpeter vorgegebene Rolle zu übernehmen und überzeugend vorzuleben. Die sozial-liberale Koalition hat in Österreich günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen. An der Wirtschaft liegt es jetzt, ihre Chancen auf dem Weltmarkt zu nützen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 11.57

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Vizekanzler. Ich erteile es ihm.

11.57

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Steger:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich auf andere Punkte der heutigen Ausführungen aller drei Redner eingehe, an den Beginn etwas stellen, worüber sich wahrscheinlich alle drei Fraktionen in diesem Hohen Hause, zumindest jene, die an der Fremdenverkehrswirtschaft besonders interessiert sind, freuen werden: Es schneit, meine Damen und Herren! *(Beifall bei Abgeordneten aller drei Parteien.)* Der Herr Abgeordnete Westreicher hat mir das soeben mitgeteilt, und ich glaube, das ist die wichtige Basis, daß es in der Fremdenverkehrswirtschaft gut weitergeht. Noch selten, Herr Abgeordneter, habe ich mich über etwas, was Sie mir gesagt haben, so gefreut wie über diese Mitteilung heute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Doch damit zum ernstesten Teil der politischen Überlegungen des heutigen Tages. Es war für mich auffallend, daß die gesamte Budgetdebatte, deren letzter Tag traditionell die Beratungen des Handelsministeriumsbudgets ein-

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

leitet, daß die gesamten Beratungen durch ziemlich gleichartige Vorwürfe der Opposition gekennzeichnet waren.

Gewiß, der Herr Präsident Sallinger zählt nicht zu den Scharfmachern. Er hat seine Vorwürfe moderat vorgetragen. Aber auch er hat letztendlich davon gesprochen, daß dieses Budget gewisse Gelegenheiten versäumt hätte.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, dieses Budget ist kein Budget der versäumten Gelegenheiten. Ganz im Gegenteil, es ist der Beweis dafür, daß diese Bundesregierung eine verantwortungsvolle und realistische Politik betreibt, eine Politik, die günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzt, eine Politik, die das Vertrauen der Unternehmer und der Arbeitnehmer rechtfertigt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich möchte aber auch nicht verkennen, daß Präsident Sallinger einen Satz gesagt hat, den ich mir ganz besonders herausgeschrieben habe. Herr Präsident Sallinger hat gesagt — ich zitiere wörtlich —: „Wenn es uns besser geht, ist das auch unser Erfolg, nicht nur jener der Regierung.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Ich unterstreiche diesen Satz. Aber was heißt er denn? — Er heißt erstens, auch der Redner der Opposition räumt ein, daß es uns besser geht. Zweitens: Er stellt selbst fest, daß dies auch ein Erfolg der Regierung ist. Und er will drittens festhalten, daß auch andere dazu beigetragen haben. Ich ergänze das: auch Arbeitnehmer und Unternehmer in den Betrieben und selbstverständlich auch jene in der Sozialpartnerschaft, die durch maßvolles Vorgehen jenen sozialen Frieden in Österreich mit erhalten haben, den wir als Basis für eine gute Zukunft in Österreich weiter benötigen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn wir diesen Geist erhalten, dann bin ich nicht nervös, was die Wirtschaftszukunft Österreichs anbelangt. Ich bin der Opposition für dieses Einbekenntnis durchaus dankbar, denn noch selten ist in meiner Anwesenheit hier gesagt worden, daß die Tätigkeit der Regierung doch etwas Positives ausgelöst hat. *(Abg. Dr. Zittmayr: Nur etwas Schlechtes, das wäre furchtbar!)*

Die Grundlagen dieses Budgets, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren: Nullbasisbudgetierung, Kürzungen im Bereich der Ermessensausgaben, wie etwa bei Subventio-

nen, bei Repräsentationsausgaben, beim Fuhrpark, bei der allgemeinen Verwaltung, beim freiwilligen Sozialaufwand, und die Kürzung gesetzlich verpflichtender Ausgaben. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Das alles hat zur Senkung des Nettodefizits beigetragen. Diese Senkung ist gelungen trotz einiger wesentlicher Erhöhungen, wie etwa beim Finanzausgleich um 2,2 Milliarden Schilling, wodurch feststeht, daß der Föderalismus von dieser Bundesregierung sehr ernst genommen wird, oder bei der Erhöhung der Familienbeihilfen um insgesamt 800 Millionen Schilling oder bei der Erhöhung der Dotierung des Umweltfonds um 500 Millionen Schilling.

Nicht gekürzt, sondern ebenfalls erhöht wurden jene Budgetausgaben, die zur Konjunkturstützung die Ausgaben für Investitionen abstützen sollen. Gab es 1983 34,5 Milliarden Schilling und 1984 36,5 Milliarden Schilling für diese Investitionen, so sind im Vorschlag für 1985 bereits 38,3 Milliarden Schilling vorgesehen, die für Investitionen ausgegeben werden.

Meine Damen und Herren! Das ist eine echte Konjunkturabstützung, die ich begrüße! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Wirtschaftskennzahlen, aber auch die Prognosen, die uns heute vorliegen, zeigen, daß wir den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Ganz im Gegenteil, wir können stolz sein auf das, was wir gemeinsam erreicht haben.

Das Wirtschaftswachstum — das ist heute schon mehrmals erwähnt worden — wird 1984 mindestens 2,5 Prozent real betragen. Für 1985 werden 3,0 Prozent prophezeit. Die Wachstumsrate liegt damit rund um ein Viertel über dem Durchschnitt vergleichbarer europäischer OECD-Länder.

Die Inflationsrate — hier wird es ein Absinken geben — wird 1985 4 Prozent betragen.

Wir gehören damit wieder zum Spitzenfeld der Stabilitätsländer der ganzen Welt. *(Abg. Staudinger: ... Bundesrepublik!)* Wir gehören zum Spitzenfeld, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das heißt, wir sind nicht immer Nummer eins, aber doch unter den ersten fünf aller Industrieländer. Wenn ein so kleines Land wie Österreich in den einzelnen Daten jeweils unter den ersten fünf aller Industrieländer der Welt ist — in manchen Daten liegen wir vielleicht unter den ersten

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

sieben —, dann kommt zum Ausdruck, was ein internationales Institut festgestellt hat: In der Summe aller Daten sind wir eine der beiden Spitzennationen unter allen Industrieländern der Welt. Japan und Österreich sind die Spitzennationen, wenn man die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten anschaut. Das sollte uns gemeinsam stolz machen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Arbeitslosenrate wird weiterhin bei der Hälfte bis zu einem Drittel jener vergleichbarer westlicher OECD-Staaten liegen.

Die Bruttoanlageinvestitionen, die heuer bereits erfreuliche 3,0 Prozent reale Steigerung aufgewiesen haben, werden im nächsten Jahr eine reale Steigerung von 3,5 Prozent erfahren.

Die Exporte, die im heurigen Jahr sensationell hoch gestiegen sind — auf real etwa 9,5 Prozent wird sich die Steigerungsrate am Jahresende belaufen —, werden auch im nächsten Jahr real außerordentlich steigen. Man rechnet derzeit laut Prognosen mit 7 Prozent Steigerung.

Gestern hat Dr. Helmut Kramer, der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts, in seinem Vortrag gemeint — ich zitiere wörtlich —: „Es ist gelungen, die vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Bedingungen in diesem Lande, verglichen mit anderen europäischen Volkswirtschaften, aufrechtzuerhalten, ja sogar da und dort weiterhin zu verbessern.“

Meine Damen und Herren! Das sagt nicht ein Vertreter der Bundesregierung, das sagt nicht ein Angehöriger der Sozialistischen Partei oder der Freiheitlichen Partei, sondern das sagt der unabhängige Chef des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes. Wenn er diesen Erfolgssatz von sich gibt, dann sollten sich doch auch Sie von der Opposition gemeinsam mit der Regierung freuen, daß es uns vergleichsweise besser geht als anderen Ländern, und nicht durch Miesmacherei alles wieder in Frage stellen. Ich freue mich jedenfalls darüber. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Das Budget des Handelsministeriums wächst im kommenden Jahr überdurchschnittlich an. Selbstverständlich kann zu keinem Zeitpunkt alles, was an Wünschen geäußert wird, vom Finanzminister auch erfüllt werden. Er ist in der unangenehmen Situation, daß er all das finanzieren muß, was sich andere Politiker einfallen lassen. Ich bin aber mit dem Budget, das dem Handelsministerium für das nächste Jahr zur Verfügung

steht, durchaus zufrieden. Es wird um 6,44 Prozent überdurchschnittlich gegenüber dem Gesamtbudget steigen, und es werden 75,5 Prozent dieses Budgets ausschließlich für Förderungen zur Verfügung gestellt. Dreiviertel des Budgets des Handelsministeriums geht nur in die Förderungen, und zwar vor allem an die Klein- und Mittelbetriebe. Das ist doch ein schöner Erfolg! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Daß diese Förderungen gegenüber 1984 um rund 100 Millionen Schilling ansteigen werden, möchte ich auch feststellen. Auch das sollte nicht wegdiskutiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was waren die bisherigen Schwerpunkte meiner Tätigkeit als Handelsminister? — Ich habe zunächst eine Idee aufgegriffen, die mehrmals geäußert wurde. Auch Herr Präsident Sallinger hat sich heute darauf berufen. Mit mir hat damals der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Verhandlungen geführt und mich aufmerksam gemacht, daß es eine ganz besondere Notwendigkeit der Neuordnung des direkten Förderungswesens im Handelsministerium gibt. Ich war sehr froh, daß der Herr Bundeskanzler diese Idee aufgegriffen und einen Arbeitskreis eingesetzt hat, der aus mehreren Ministern und auch aus den Vertretern der Sozialpartner besteht und jetzt realistische Neuordnungen in diesem Bereich versuchen wird.

Daß das mittlerweile eine dramatische Dimension angenommen hat, hängt damit zusammen, daß es eine Verhaftung eines wichtigen Beamten im Förderungsbereich gegeben hat. Aber, meine Damen und Herren, wo Menschen sind, kann es Fehler geben. Hier kann es nur wieder heißen, daß Sie uns daran messen, ob wir rasch und konsequent Maßnahmen ergreifen. Ich darf doch festhalten, daß diese im Rahmen der Gewerbesektion sofort, nachdem derartige Verdachtsmomente bekanntgeworden sind, ergriffen wurden.

Jetzt hoffe ich, Sie werden gemeinsam daran mitwirken, daß das direkte Förderungswesen überschaubarer wird, daß es leichter handhabbar wird.

Ich hoffe auch, daß wir uns gemeinsam auch darüber im klaren sind: Die beste Förderung ist immer die, jenen, die wirtschaften, egal ob sie Unternehmer oder Angestellte oder Arbeiter sind, die Möglichkeit zu geben, daß sie selbst genügend verdienen. Denn wenn sie dieses Gefühl haben, werden sie

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

gemeinsam die Ärmel aufkrempeln und dafür sorgen, daß es einen entsprechenden Betriebserfolg gibt. Erst das zweitbeste Mittel ist das Förderungsinstrumentarium, mit dem wir erreichen wollen, daß es Strukturverbesserungen gibt.

Der zweite Schwerpunkt war die Erhöhung des Budgets der Fremdenverkehrswerbung. Ich habe auch hier zu danken, daß wir mit 7 Prozent Erhöhung durch den Finanzminister, durch die Bundeswirtschaftskammer und durch die Länder einen überdurchschnittlichen Erhöhungssatz bekommen haben. Ich stehe aber nicht an zu sagen, daß es wünschenswert wäre, hier einmal einen großen zusätzlichen Schritt zu machen. Etwa in drei Jahren hintereinander 75 Millionen Schilling zusätzlich ausgeben, könnte dazu beitragen, daß wir weltweit ein Österreich-Image vermarkten, das es derzeit nicht ausreichend gibt und das sowohl unserer Industrie, den Gewerbebetrieben beim Export, aber auch dem Fremdenverkehr entscheidend zugute kommen würde. Das Instrumentarium zum Verkaufen hätten wir. Natürlich gibt es immer wieder auch Zusatzwünsche, solche Überlegungen umsetzen zu können.

Der dritte Schwerpunkt war, daß die Zahlungen an die Innovationagentur sichergestellt werden konnten. Mit 22 Millionen Schilling als Budgetansatz für das nächste Jahr kann die Arbeit rasch und zielsicher begonnen werden.

Wenn ich zurückblicke, dann bin ich bei den Erfolgen, die es zweifellos im Handelsministerium gegeben hat, auch dankbar, daß trotz der Schärfe, die von der Opposition gerade mir gegenüber manchmal geäußert wird, gewisse Erfolge auch von der Opposition nicht geleugnet wurden.

So hat etwa Herr Präsident Sallinger heute auch darauf verwiesen, daß es im Export diese schönen Erfolge gibt, und er hat mehrfach in Reden ausgeführt, daß die Auslandsreisetätigkeit von Regierungsmitgliedern ein wesentlicher Beitrag dazu ist.

Liberalisierungsschritte im Außenhandel, die ich gesetzt habe, etwa bei der Lockerung von Kontingentierungen auf der Einfuhrseite oder bei Beseitigung bürokratischer Hemmnisse — ich verweise auf den Textileinfuhrschein —, waren weitere derartige Maßnahmen.

Die Erarbeitung des neuen Fremdenverkehrskonzeptes hat einen Höhepunkt auf

dem Fremdenverkehrstag in Graz im Herbst dieses Jahres aufzuweisen gehabt.

Die ausreichende Dotierung der BÜRGES-Aktionen ist schon vom Herrn Präsidenten Mühlbacher heute mit Zahlen eindrucksvoll belegt worden. Ich darf hier ergänzen: Kein Antrag mußte bisher zurückgewiesen werden, weil zu wenig Geld vorhanden war; auch für die Zukunft ist das sichergestellt.

Wenn ein Betrieb investieren will, wenn der Unternehmer eine gute Idee hat, wenn er den Mut zur Investition selbst aufbringt, dann wird im Rahmen der Förderungsrichtlinien alles gefördert werden können. Das Geld ist sichergestellt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Gründung der Abfallsammel- und -verwertungsagentur ist ein Fortschritt in die Richtung, daß wir konkrete Maßnahmen beim Umweltschutz mit wirtschaftlichem Hintergrund setzen.

Die neuen Schwerpunkte bei der Investorenwerbung, etwa auch die Broschüren, die jüngst herausgekommen sind, zeigen Erfolge, die nicht weggeleugnet werden können.

Die Förderung des Recycling führt dazu, daß wir ein neues Bewußtsein dessen in der Bevölkerung bekommen wollen, daß Abfall sehr oft ein interessanter Rohstoff für neue Produkte sein kann, daß wir nicht alles wegwerfen sollten, was man sich in der Wegwerfgesellschaft oft als Wegwerfprodukt angewöhnt hat. — Die besonderen Verbesserungen im Zulieferwesen wurden im Rahmen einer Fragestunde hier einmal abgehandelt. Wenn es uns gelungen ist, die Zulieferungen an die Kfz-Industrie des Auslandes auf etwa 14 Milliarden Schilling zu steigern — 14 000 Millionen Schilling, für die wir Teile für Autos ans Ausland bereits zuliefern —, so ist das eine Erfolgszahl, die zeigt, daß auch unsere Klein- und Mittelbetriebe — insgesamt sind ja schon viele hundert Betriebe daran beteiligt — solche Qualitätsprodukte liefern können, daß auch die internationale Großindustrie gerne auf österreichische Produkte zurückgreift. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird zu einem gegebenen Anlaß auch über den Energiebericht zu diskutieren sein. Ich möchte aber doch mit Dankbarkeit registrieren, daß eine umfangreiche Arbeit, bei der mehrere hundert Experten in irgendeiner Form mitgewirkt haben, in gemeinsame Bahnen gegossen werden konnte und daß die

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

Markierungen für eine neue Energiepolitik damit bereits gesetzt sind.

Ich habe in diesem, aber auch in einem anderen Zusammenhang mit der umfangreichen Arbeit, die im Handelsministerium geleistet wurde, vor allem aber auch einmal den Beamten zu danken.

Meine Damen und Herren! Es ist üblich geworden, daß so eine Antiöffentlichkeitsstimmung zu einer Antibeamtentalität ausgedehnt wird. Wir sollten aber festhalten, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der österreichischen Beamtenschaft österreichtreu, heimatbewußt und rechtskundig mit großem Fleiß zur Lösung schwierigster Zukunftsaufgaben beiträgt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Um noch einen weiteren Schwerpunkt ganz kurz zu erwähnen, möchte ich auch festhalten, daß ich dankbar bin, daß die Textil-, Bekleidungs- und Lederförderungsaktion auch auf Gewerbebetriebe ausgedehnt werden konnte. Ich bin hier vor allem einer Forderung des Herrn Kommerzialrates Hermann Eigruher nachgekommen, der gemeint hat, man sollte solche Förderungen nicht nur der Industrie zugute kommen lassen.

Manche dieser Maßnahmen führten auch zu einer weiteren Verbesserung der Situation der Klein- und Mittelbetriebe. Wenn heute mehrfach von dieser Situation gesprochen worden ist und hier auch bereits festgehalten wurde, daß es angeblich den kleinen und mittleren Betrieben so schlecht geht, so darf ich darauf verweisen, daß das Institut für Gewerbebeforschung die Entwicklung des österreichischen Gewerbes 1984 nunmehr schriftlich in einer Untersuchung vorgelegt hat.

Der Herr Präsident Sallinger wird Ihnen bestätigen, daß das ein Institut ist, das sehr wesentlich von der Bundeswirtschaftskammer unterstützt wird, also ein Institut, bei dem Sie nicht besondere Skepsis zu haben brauchen, wenn Sie diese Ergebnisse hier von mir hören.

Diese Untersuchung zeigt — ich zitiere natürlich nur auszugsweise, weil das sonst den Zeitrahmen sprengen würde —: „Hauptergebnisse der Jahreserhebung und der ersten drei Quartale der Gewerbekonjunkturbeobachtung des Institutes für Gewerbebeforschung mit Vorschau bis zum Jahresende.“ So heißt die formelle Überschrift.

„Erstens. 1984 eine leicht verringerte Beein-

trächtigung der Geschäftstätigkeit. 1984 eine leichte Verbesserung der Investitionsneigung. Auch hinsichtlich der“ — alles wörtlich zitiert — „Auftragseingangserwartungen hielt sich derzeit die Stimmung unter den gewerblichen Unternehmungen deutlich zuversichtlicher.

Ähnlich ist die Lage in den Branchen, in denen statt der Auftragseingangserwartungen die Umsatzerwartungen erfragt werden: Kfz-Mechaniker, Bäcker, Kleidermacher, Fri-seure und dergleichen.

Auch die leicht“ — immer noch wörtlich — „verbesserte Personalauslastung in diesen Branchen paßt zu dem aktuellen Konjunktur-bild des Gewerbes.

Schließlich lassen die Personalpläne der Unternehmen 1984 weniger Gefahr für Arbeitsplätze erkennen als noch im Vorjahr.“ — Ende der Zitate.

Meine Damen und Herren! Ich gehöre nicht zu jenen, die in grenzenlosem Optimismus eine rosarote Brille aufsetzen und dann glauben, wir brauchen ab jetzt nichts mehr zu tun, es wird alles von selber gut.

Fest steht aber, daß dieses Institut, wo zumindest ein gewisses Naheverhältnis zur Bundeswirtschaftskammer gegeben ist, das unterstreicht, was die Industriellenvereinigung behauptet hat, nämlich daß die eigentlichen Nutznießer der Konjunkturentwicklung des Jahres 1984 nicht die Industrie, sondern die Klein- und Mittelbetriebe Österreichs gewesen sind.

Freuen Sie sich doch darüber und sagen Sie das bitte auch mit diesen Zahlen bei den Handelskammerwahlen der österreichischen Bevölkerung! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich leugne aber nicht, meine Damen und Herren, daß es noch viel zu tun gibt. Die Entbürokratisierung muß vorangetrieben werden. Flexible Arbeitszeit, flexible Öffnungszeiten — hier ist ein Themenkreis in den letzten Wochen massiv aufgebrochen, der sicher weiterdiskutiert werden muß.

Ich werde das Angebot des Herrn Präsidenten Sallinger, das er heute hier ausgesprochen hat, aufgreifen und bereits knapp nach den Feiertagen die Sozialpartner zu einem Gespräch über diesen Themenkreis einladen, damit wir versuchen, zu einer gemeinsamen Beratung zu kommen, bei der nichts über das Knie gebrochen werden soll, bei der wir aber doch wissen, daß selbst meine persönlichen

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

Gegner zugeben, daß am Anfang dieser Entwicklung, die jetzt in Richtung mehr Flexibilisierung läuft, meine Tätigkeit als Minister gestanden ist.

Ich hätte mir eigentlich den einen oder anderen Dank von Kammervetretern dafür gewünscht und ein bißchen weniger von jenen Angriffen, die ich in den letzten Tagen habe hinnehmen müssen, obwohl ich verstehe, daß auch solche Angriffe letztendlich zur Politik gehören, und wer diese Angriffe nicht akzeptieren kann, wer hier meint, er muß mit Mitleid rechnen, der soll nicht in die Politik gehen.

Ich meine aber trotzdem, daß man dann, wenn man das wieder auf das Ausmaß der Auseinandersetzung reduziert, wo es wirklich hingehört, doch festhalten wird: Die flexiblen Öffnungszeiten stehen jetzt bereits fest. Sie sind auch rechtlich anerkannt und auch nicht angeklagt.

Bei der Arbeitszeit gibt es die Angst der Gewerkschaft, über die man nicht einfach hinweggehen kann. Hier muß man das Gespräch suchen und kann nicht Vorteile, die die Funktionäre der Gewerkschaft errungen haben, einseitig wegnehmen, sondern hier wird man in Gespräche zur Beseitigung dieser Ängste mit der Gewerkschaft eintreten müssen.

Ich weiß aber, daß die Gewerkschaft zu Gesprächen bereit ist. Greifen wir diese Bereitschaft zu Gesprächen auf, versuchen wir im sozialen Frieden voranzukommen, dann werden wir nach einiger Zeit auch das verstärkt haben, wozu ich mich bekenne: flexiblere Öffnungszeiten und liberalere, flexiblere Möglichkeiten bei der Arbeitszeitgestaltung bei gleichzeitiger Wahrung aller sozialen Rechte der Arbeitnehmer in Österreich. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich möchte auch die Novellierung der Gewerbeordnung unter dieser Überschrift sehen. Wir haben nicht die Absicht, das übers Knie zu brechen, sondern wir werden breitest das Gespräch mit den Interessenvertretungen suchen. Übersehen Sie nicht die ausgestreckte Hand der Bereitschaft zur Gesprächsführung! Ich meine das ernst, wenn ich das hier am Beginn dieser gewichtigen Arbeit — denn viele Vorschläge sind ja schon eingelangt — jetzt dem Hohen Hause so mitgeteilt habe. Sie können mich an den Taten dann auch messen.

Dr. Kramer hat gestern ebenfalls gemeint:

„Der Rückblick auf vier Jahrzehnte erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung und die Gewißheit, daß Österreich nach wie vor in der Lage ist, auch unter schwierigen Umständen seine Probleme zumindest gleich gut wie andere zu lösen, sollte uns die Zuversicht geben, daß wir auch die Herausforderungen der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bestehen werden.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Diesem Zitat muß man nicht viel hinzufügen. Ich möchte abschließend noch folgendes festhalten: Diese Regierung, von der vor dem Budget des Vorjahres bei der Verabschiedung des Budgets die Opposition noch gemeint hat, diese Regierung werde ein Budget nicht überstehen, diese Regierung ist gefestigt! Die Phrase vom „Budget der versäumten Gelegenheiten“ ist als Märchen entlarvt worden. Die Klein- und Mittelbetriebe sind die Hauptnutznießer der günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Regierung, wenn ich auch gewisse Probleme gar nicht leugnen möchte. Österreichs Bürger können stolz auf ihre gemeinsamen Leistungen sein.

Im internationalen Vergleich schneidet Österreich hervorragend ab; viele andere Länder bewundern uns Österreicher.

Erteilen Sie, meine Damen und Herren, mit der Bundesregierung gemeinsam all jenen eine Absage, die in Kleinmütigkeit und Miesmacherei verharren wollen, denn mit dem Budget 1985, mit diesem Voranschlag, kann auch 1985 ein gutes Jahr für Österreich werden! Gehen wir gemeinsam mit Optimismus an die Arbeit! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 12.22

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Staudinger.

12.22

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Abgeordnete Kurt Mühlbacher, Budget- und Wirtschaftssprecher der sozialistischen Fraktion, Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer, hat bekundet, daß hier um etwa 10.30 Uhr der Handelskammer-Wahlkampf 1985 eröffnet worden sei, und zwar vom Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Nationalrat Ing. Rudolf Sallinger. *(Abg. Dr. Heindl: So empfinden wir das!)*

Abgeordneter Mühlbacher irrt oft, er irrt auch diesmal. Wenn man von einer Eröffnung des Handelskammer-Wahlkampfes 1985 überhaupt reden kann, so ist dieser gestern von der Abgeordneten Dr. Partik-Pabé eröffnet

Staudinger

worden, die sich in ihrer — eigentlich insuffizienten — Wortmeldung zur dringlichen Anfrage bezüglich 8. Dezember überlegt hat, was man denn tun könne, um aus der Betrachtung der unglücklichen Rolle, die da zwei Minister in dieser Angelegenheit 8. Dezember gespielt haben, beziehungsweise aus der Betrachtung der Rolle des Bundeskanzlers — dieser hat eigentlich überhaupt keine Rolle gespielt, wie wir leider feststellen mußten — herauszukommen.

Und da ist die Frau Abgeordnete Partik-Pablé auf die völlig unbegründete, aber daher umso originellere Idee gekommen: Holen wir den Sallinger! Sie hat gesagt: Die ganze Debatte um den 8. Dezember dient überhaupt nur dazu, die Durchsetzungsschwäche des Präsidenten Sallinger zu kaschieren, der sich in der Sozialpartnerschaft und in der Österreichischen Volkspartei nicht durchsetzen könne.

Da muß man die Frage stellen, was denn der Herr Vizekanzler in seinen einleitenden Worten gemeint hat, als er der Sozialpartnerschaft — und damit wohl den an der Spitze fungierenden Personen — Respekt und Anerkennung gezollt hat. Da muß man aber auch fragen, ob diese „Eröffnung“ des Handelskammer-Wahlkampfes 1985 die Zielrichtung andeutet, Stil und Inhalt. Wenn dem so ist, Herr Präsident Eigruber, dann könnte ich Ihnen nur dringendst empfehlen, bei der Handelskammerwahl 1985 Redeverbot über das Thema 8. Dezember 1984 zu erteilen — Redeverbot zu erteilen! —, denn sonst brauchen Sie nämlich zur Handelskammerwahl überhaupt nicht anzutreten. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Im Hinblick auf das, was der Herr Vizekanzler zur Sozialpartnerschaft gesagt hat, kann man, glaube ich, über die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Dr. Partik-Pablé mit dem Bonmot — ich glaube, es stammt von Roda-Roda — hinweggehen: „Sie hat eine unglückliche Hand mit dem Mund.“ (*Heiterkeit.*)

Nun zu den Ausführungen des Kollegen Mühlbacher. Er hat behauptet, noch keine Regierung habe so viel für die gewerbliche Wirtschaft, für die mittelständische Wirtschaft wie diese Regierung getan.

Kollege Mühlbacher! So jung sind Sie eigentlich nicht mehr, die Zeit zwischen 1966 und 1970 nicht mitbekommen zu haben. So jung sind Sie eigentlich nicht mehr, sich nicht erinnern zu können, welch wütenden Wider-

stand gerade Ihre Fraktion der Österreichischen Volkspartei damals entgegengesetzt hat, als wir die Wirtschaftswachstumsgesetze einführten. (*Ruf bei der ÖVP: Mühlbacher hat Gedächtnisschwund!*)

Zu Ihrer Erinnerung: Wir haben im Rahmen der Einkommensteuerreform die Progressionskurve „heruntergeholt“ und den „Mittelstandsbauch“ beseitigt.

Wir haben die unbefristete Bewertungsfreiheit eingeführt, sodaß der Unternehmer, insbesondere der mittelständische Unternehmer, bei seinen Investitionen nicht mit Blick auf den Fiskus hin disponieren mußte, sondern mit Blick auf die betriebswirtschaftliche Situation.

Wir haben im Zusammenhang damit die Investitionsrücklage eingeführt, die selbstverständlich gerade für die mittelständische Wirtschaft von ganz besonderer Bedeutung gewesen ist.

Ich anerkenne die Erhöhung des Satzes von 15 auf 20 Prozent bei der Steuerfreiheit des nichtentnommenen Gewinnes. Aber bitte sich daran zu erinnern, was wir uns im Jahre 1967 anhören mußten, als die Österreichische Volkspartei die Steuerfreiheit des nichtentnommenen Gewinnes eingeführt und erklärt hat, dieser 10prozentige Satz sei nur ein erster Schritt! Damals haben Sie von der SPÖ nämlich gesagt: Mit diesen Wirtschaftswachstumsgesetzen wird der Wirtschaft ein Betrag von 2,5 Milliarden Schilling „in den Hintern hineingeschoben“. Genauso ist — wörtlich! — argumentiert worden. Die Arbeiter und Angestellten müßten jedoch zuschauen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die damit eingeleitet wurde, ist selbstverständlich der gesamten österreichischen Volkswirtschaft zugute gekommen, auch den Wirtschaftssubjekten Arbeiter und Angestellte, Verbraucher; das ist eine ganz klare Angelegenheit.

Wir haben damals die Umsatzsteuerbegünstigung eingeführt für die Bagatellumsätze im Küchenbereich und im Einzelhandel. 750 000 S damals, 3,75 Prozent!

Wir haben den Freibetrag für die mittätige Ehegattin erhöht. Ich gebe zu, daß die später folgende steuerliche Regelung günstiger gewesen ist.

Wir haben das Strukturverbesserungsgesetz geschaffen und die BÜRGES-Instrumente ausgebaut.

Staudinger

Zum Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, von dem hier schon mehrfach die Rede war, das wirklich ein unverzichtbares Finanzierungsinstrument für die mittelständische Wirtschaft geworden ist, ist zu sagen, daß wir das Ende 1969 oder Anfang 1970, jedenfalls noch unmittelbar vor Beendigung der Legislaturperiode, eingeführt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Sozialbereich erwähne ich nur das Gewerbliche Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz. Und noch einmal: Das geschah gegen den wütenden Widerstand der sozialistischen Fraktion!

Kollege Mühlbacher! Ein bißchen haben Sie Ihre Rede vom Vorjahr — ich habe diese nachgelesen — modifiziert. Sie haben heuer von dem, was Sie voriges Jahr groß getönt haben, nichts mehr geredet, und zwar was die Überprüfung des Instrumentariums für Förderungen betrifft. — Da hätte ich bald gesagt: Über allen Gipfeln ist Ruh'!, aber der Herr Vizekanzler hat erklärt: nein, das sei keinesfalls der Fall, an dieser Sache werde gearbeitet.

Ich erinnere daran: Vor einem Jahr war das schon keine ganz taufrische Angelegenheit. Vor einem Jahr war das eigentlich nur die Wiederholung einer Verheißung, die früher schon gemacht worden war.

Herr Vizekanzler! Verstehe ich das richtig, daß Sie gesagt haben, die unglückseligen personellen Vorgänge im Handelsministerium wären die Ursache dafür, daß wir nicht heute bereits von einem Erfolg hinsichtlich des Ergebnisses der Überprüfung des Finanzierungsinstruments reden können? — Wenn ich das richtig verstanden habe, dann kann ich nur sagen: Da ist Ihnen der Ortman-Skandal gerade gelegen gekommen, denn die Ortman-Affäre war, wenn ich mich recht erinnere, im vergangenen November, und Sie werden nicht sagen, daß in den letzten zwei Monaten da noch Entscheidendes hätte geschehen können.

Kollege Präsident Mühlbacher! Sie haben voriges Jahr auch davon geredet und gesagt — Abgeordneter Grabher-Meyer hat richtig vermerkt, im Export sei noch etliches zu tun und noch etliches zu holen, na selbstverständlich —, es werden Exportkooperationen gefördert durch Bildung von Exportgemeinschaften, Vertriebsseinrichtungen im Ausland sowie Ausbildungskurse für Exportkaufleute. Heuer war keine Rede mehr davon; mit gutem Grund, weil nämlich diese Verheißung sich

nicht erfüllt hat, obwohl, um noch einmal Grabher-Meyer zu zitieren, etliches zu tun wäre.

Sie aber haben es für gut befunden, die Frage der Arbeiterabfertigung in einer Form darzustellen, als sei der Wirtschaftsbund, als sei der Sallinger, als sei die ÖVP-Fraktion dagegen, daß die Kleingewerbetreibenden im Handel in die Aktion betreffend die Finanzierung der Arbeiterabfertigung einbezogen werden.

Ich darf daran erinnern, was geschehen ist, als Minister Weißenberg gegen den Geist der Sozialpartnerschaft, gegen jede vorherige Absprache unmittelbar vor der damaligen Nationalratswahl die Gesetzesvorlage betreffend die Arbeiterabfertigung im Hohen Hause eingebracht hat. Ich darf daran erinnern, daß man da mit einer ganz einfachen, ganz brutalen, ganz stocknüchternen Lösung hinweggegangen wäre über alle wirtschaftlichen und sozialen Bedenken und Rücksichten, daß die Österreichische Volkspartei es gewesen ist — allein die Österreichische Volkspartei! —, die flankierende Maßnahmen zu diesem Arbeiterabfertigungsgesetz durchgesetzt hat, denn sonst wäre das Unglück für die Klein- und Mittelbetriebe noch viel größer geworden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Mühlbacher, wo sind Sie damals gewesen? *(Abg. Mühlbacher: Der Herr Mussil hat es ja abgelehnt, den Fonds...! Weißenberg hat es ihm angeboten! — Gegenrufe bei der ÖVP: Wo? Ja wo?)* Also bitte schön, hätte ich gewußt, daß dieser Zwischenruf gemacht wird, dann hätte ich mir diese Passage aus dem Stenographischen Protokoll herausgesucht. Kollege Mühlbacher, das ist ein historisches Faktum, über das Sie nicht hinwegkommen! Energie gegen Weißenberg hätten Sie aufwenden sollen *(Beifall bei der ÖVP)*, aber natürlich, man weiß ja, wo die Rote Katze hinläuft. Sie wollen eine Fondslösung haben, und je zwingender eine solche Lösung wird, umsomehr wird dieses System der Förderung der Abfertigung, der Finanzierung der Abfertigung ausgeweitet. Und dann kommt es dazu, daß selbstverständlich alle — alle! — Wirtschaftstreibenden, die großen und die kleinen — auch die kleinen, von denen Sie reden, daß Sie sie begünstigen wollen —, mehr in den Fonds einzahlen müßten, daß sie mehr belastet werden, als das gegenwärtig der Fall ist. Und das ist es, wo wir nicht mitmachen, wogegen wir uns stemmen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz grotesk wird die Situation, wenn der

Staudinger

Kollege Mühlbacher es so darstellt — das ist leider ein historisches Faktum, das muß man sagen —, als sei das Mittelstandsgesetz nicht in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung bloß, sondern sozusagen auf Initiative der sozialistischen Fraktion eingeführt worden. Kollege Mühlbacher, jahrelang —, jahrelang! — haben wir davon geredet. Jahrelang haben wir darum gebettelt. Jahrelang haben wir dringendst interveniert. Staribacher hat damals gesagt: Was ist das überhaupt: ein Mittelstand? Ich kann doch kein Gesetz machen für etwas, was ich gar nicht definieren kann, von dem ich gar nicht weiß, was das ist!

Als wir unsere ganz konkreten Vorstellungen eingebracht haben, sind alle materiellen Forderungen, wie etwa die Abgeltung des Inkassos für Sozialversicherungsbeiträge und dergleichen Belastungen mehr, herausgestrichen worden. Wo sind Sie damals gewesen, als wir gezwungen waren, den Inhalt des Gesetzes, wie wir das haben wollten, in die Präambel hineinzuschreiben, damit es Ihnen möglich gewesen ist, dem zuzustimmen?

Gerechte Forderungen wurden nicht erfüllt, und derjenige, der maßgeblich daran beteiligt war, daß das Gesetz dann letzten Endes doch beschlußreif wurde, ist niemand anderer als der, den die Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé glaubte diffamieren zu müssen, nämlich unser Abgeordneter Präsident Sallinger! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, alles in allem sind das natürlich nicht Dinge, um die es bei der Budgetdebatte geht. Aber ich mußte dazu Stellung nehmen; meine Kollegen werden sich ohnehin noch zu den anderen Fragen äußern.

Dem Kollegen Mühlbacher muß ich aber noch folgendes sagen: In Ihrer Budgetrede vom Vorjahr haben Sie ausgeführt: Das gleiche Ziel wie andere Maßnahmen, nämlich mehr Überschaubarkeit und soziale Gerechtigkeit, wird auch die für das kommende Jahr von der Bundesregierung angekündigte Steuerreform haben. — 1983 vom Kollegen Mühlbacher gesagt für das kommende Jahr, für 1984. — Und er träumte von der Fortsetzung des eingeschlagenen Weges der Eigenkapitalaufstockung, wobei das Ziel die Entnahmebesteuerung sein würde, bei der alle im Betrieb belassenen Erträge steuerlich geschont wären.

Das hat sich ganz gut angehört, und die Fortsetzung dieses eingeschlagenen Weges, wie Sie gesagt haben, wäre natürlich auch

dringendst erforderlich gewesen, denn all die Maßnahmen, von denen Sie reden und zu denen wir selbstverständlich auch ja sagen, sind letzten Endes, wenn es nicht zu einer grundlegenden Änderung kommt, im gesamten budgetären und im gesamten wirtschaftspolitischen Bereich doch nur happy bills. Diese Erfolge stehen im Schlagschatten der zunehmenden Progressionsschärfe und der ungeheuren Belastungswelle des Jahres 1984.

Der positive wirtschaftliche Effekt wäre außer Zweifel gestanden, wenn diese Steuerreform gekommen wäre. Aber groteskerweise mußte der Staatssekretär Dkfm. Bauer die Reformabsage damit rechtfertigen, daß der Aufschwung nicht gestört werden sollte, daß eine mögliche Störung des Aufschwungs vermieden werden sollte. Insofern, bitte, müssen wir wiederholen: Das ist das Budget der versäumten Gelegenheiten, das ist außerdem auch das Budget abgebrochener Verheißungen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Aufzählung der bisherigen Maßnahmen — um es noch einmal zu sagen — steht im Schlagschatten der Belastungswelle, der Inflation und der Budgetdefizite. Herr Vizekanzler, das ist ein schwacher Trost, daß wir unter den ersten fünf liegen. Ich erinnere daran, daß ein sehr bedeutender Wirtschaftspublizist vor kurzem erst folgendes geschrieben hat: Die Österreichische Inflationsrate sollte uns zur Vorsicht mahnen, insbesondere im Hinblick auf die spektakulären Erfolge der Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht nur unser wichtigster Handelspartner ist, sondern nach deren Währungsbeziehung sich der Schilling orientiert. *(Vizekanzler Dr. Steger: Mit welcher Arbeitslosigkeit?)* Mit welcher Arbeitslosigkeit? — Dazu noch die Frage, weil der Kollege Grabher-Meyer auch davon geredet hat: Um wieviel liegen wir günstiger?

Sie wissen, Herr Vizekanzler, um wieviel anders die österreichische Wirtschaft strukturiert ist. Ihrem eigenen Mittelstandsbericht ist zu entnehmen, worauf insbesondere die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in Österreich zurückzuführen ist: auf die Klein- und Mittelbetriebe nämlich, die von der Regierung gar nicht so besonders gefördert werden *(Vizekanzler Dr. Steger: Nennen Sie Beispiele!)* und deren steuerliche Entlastung von 20 Prozent im ÖVP-Steuerreformprogramm Sie oder die Regierungsfraktion ablehnen und als lächerlich hinstellen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich sage das nur deswegen, weil davon die Rede gewesen ist!

Staudinger

Die Investitionsquote der österreichischen Industrie, gemessen am Umsatz — das ist eine Zahl, die von ganz besonderer Bedeutung für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaftspolitik ist —, betrug von 1955 bis 1973 8 Prozent, von 1974 bis 1978 ist sie auf 6,7 Prozent gesunken, und 1983 betrug sie 5,2 Prozent.

Ich wiederhole nur das Wort, das ein bedeutender österreichischer Manager gesagt hat: Die Politik der finanziellen Auszehrung hat uns in eine Situation gebracht, bei der weitere Belastungen einfach nicht mehr verkraftbar sind! — Weitere Belastungen sind aber dennoch gekommen.

Der Zusammenhang zwischen Budget und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung steht außer Zweifel. Es gibt überhaupt keine Frage, daß zu einer grundlegenden Systemänderung auch eine grundlegende Änderung des Budgets kommt.

Es ist Tatsache, daß die Vergleichszahlen der österreichischen Wirtschaft, etwa auch der Schulden, sich im internationalen Vergleich günstig anschauen. Das wollen wir durchaus akzeptieren. Wir wollen aber auch darauf hinweisen, wie rasant sich der österreichische Schuldenberg entwickelt: von 1974 bis 1983 durchschnittlich per anno um 23,69 Prozent. In der Bundesrepublik, die Grabher-Meyer als Ausweichthema herangezogen hat, betrug das Anwachsen dieses Schuldenberges im gleichen Zeitraum nur 18,85 Prozent, in Belgien 18,27 Prozent, und in den „bösen, bösen“ USA — die Freiheitliche Partei steigt merkwürdigerweise auf den sozialistischen Zungenschlag mehr und mehr ein — betrug diese Entwicklung 14,34 Prozent. Gar nicht zu reden von der Schweiz mit 9,87 Prozent.

Horst Knapp rechnete in den „Finanznachrichten“ erst kürzlich aus: Wenn die Entwicklung so weitergeht — und die Signale, daß es nicht so weitergeht, sind leider gar nicht so eindeutig —, dann haben wir am 5. September 1991 den Zeitpunkt erreicht, wo die Schulden den gleichen Betrag ausmachen wie das Bruttoinlandsprodukt. — Durch die Regierungs-umbildung hat sich leider nichts geändert.

Herr Vizekanzler! Sie berühren sich der Tatsache, daß im neuen Budget 800 Millionen Schilling mehr für den Familienlastenausgleich drinnen sind. Okay. Aber bitte, niemand im sozialistischen Bereich oder auch im freiheitlichen Bereich hat in der Sitzung des Familienausschusses widerlegen können, daß

die notwendige Erhöhung der Familienbeihilfe, wenn man die Inflationsrate ausgeglichen hätte, 200 S hätte betragen müssen; 100 S kriegen die Familien mehr. Ich sage gar nicht, daß diese Regierung weiß Gott so unsozial ist, sondern: Weil die budgetäre Situation eine gerechte Abgeltung, die Beibehaltung der Kaufkraft der Familien einfach nicht möglich macht! Dazu braucht es einer grundlegenden Änderung. (*Ruf bei der SPÖ: Einsparungen, Einsparungen, ...!*)

Das ÖVP-Budgetreformkonzept, das ist die neue Strategie, mit der wir strukturelle Veränderungen im Rahmen eines mehrjährigen Konzeptes durchsetzen wollen, wo wir verkrustete Budgetstrukturen aufbrechen wollen und gleichzeitig mit gezielten Entlastungen Impulse setzen wollen für alle Wirtschaftssubjekte zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Wir haben ein Rezept, und die Regierungsseite sagt lediglich, dieses Konzept sei untauglich. Daß solche Konzepte sich aber verwirklichen lassen, ist bewiesen worden in der Zeit Raab — Kamitz und ist auch bewiesen worden: Koren — Wirtschaftswachstumsgesetze. (*Vizekanzler Dr. Steger: Paukenschlag!*) Jawohl, jawohl, aber der Paukenschlag ist natürlich ein harmloses Tönchen gewesen im Vergleich zu dem Belastungspaket, das Sie uns per 1. Jänner 1984 beschert haben! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Steger. — Abg. Dr. Zittmayr: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!*) Herr Vizekanzler! Dazu, bitte schön, sind Sie viel zu kundig! Sie wissen selbstverständlich wie viele andere auch, daß es einer grundlegenden Änderung bedarf (*anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Zittmayr*) und daß es dafür — zumindest vorläufig — nicht einmal in Ansätzen ein Konzept auf der Regierungsseite gibt.

Das ist traurig. Und das ist auch der Grund, warum wir dieses Budget ablehnen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 12.45

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Heindl.

12.45

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Staudinger hat uns in unserer Auffassung, die Kollege Mühlbacher hier artikuliert hat, nur bestärkt. Sie haben wirklich den Wahlkampf eröffnet.

Und jetzt setze ich mich nur ganz kurz — denn sonst komme ich ja nicht zu meinen

Dr. Heindl

Ausführungen! — mit Ihnen und Ihren sogenannten historischen Fakten auseinander.

Ich bin der Auffassung, man soll tatsächlich die historischen Fakten auf den Tisch legen, an denen es nichts zu rütteln und zu deuteln gibt; über die kann man ja dann nicht mehr diskutieren — wenn sie historisch wahr sind.

Sie behaupten, Herr Kollege Staudinger, das Strukturverbesserungsgesetz hat die ÖVP geschaffen. Faktum: Das Strukturverbesserungsgesetz, meine Damen und Herren, wurde auch mit den Sozialisten geschaffen, es wurde von den Sozialisten zugestimmt! (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*) Also ist es nicht richtig und kein historisches Faktum, daß es die ÖVP geschaffen hat. Es ist einstimmig hier beschlossen worden: Faktum 1. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Faktum 2, Herr Kollege Staudinger: Sie haben diese Gesetze geschaffen, die wichtig sind, die tatsächlich sehr befruchtend waren. Aber wissen Sie, warum sie befruchtend wurden? — Weil die Regierung Kreisky einst die Mittel zur Verfügung gestellt hat! Als Bundesminister Staribacher — ich bin da Kronzeuge, ich war ja dabei —, als wir das Ressort übernommen haben, hat der Vorgänger, Ihr Minister Mitterer, die Zahlungen der BÜRGES eingestellt. Es waren keine Mittel vorhanden. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*) Herr Kollege Staudinger, es ist ein historisches Faktum, daß die BÜRGES von Minister Staribacher mit Mitteln ausgestattet und wieder flottgemacht worden ist: Faktum 2! (*Abg. Staudinger: Bei einer anderen Budgetgesinnung, da waren 47 Milliarden Staatsschulden...! Internationale Kreditwürdigkeit! — Zwischenrufe.*) Aber Herr Kollege Staudinger! Ihr Einwand zeigt mir ja nur, daß es doch keine historischen Fakten sind, die Sie dargestellt haben, sondern es sind jene, die ich darstelle.

Es ist ein Faktum, daß die BÜRGES leer war, daß die Zahlungen eingestellt waren und daß 1970 Minister Staribacher die BÜRGES flottgemacht hat. Das ist ein historisches Faktum! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nächstes Faktum — gar nicht im Detail, nur Fakten, haben Sie gesagt. Und genau für die bin ich wirklich: für Fakten. Was es ist, das hat's.

Sie sagen, die Arbeiterabfertigung war ein Druck der SPÖ. Sie wurde einstimmig geschaffen: ist ein Faktum! Nachlesbar. Alle

Fraktionen haben die Arbeiterabfertigung geschaffen. (*Zwischenrufe der Abg. Staudinger und Ingrid Tichy-Schreder.*)

Faktum 4 haben wir jetzt schon. Faktum 4, Herr Kollege Staudinger: Minister Weissenberg hat in den Verhandlungen den Fonds angeboten. Der damalige Generalsekretär und Abgeordnete Dr. Mussil wollte keine Fondslösung, er wollte eine arbeitsrechtliche Lösung. Das heißt, es ist ein Faktum, daß die ÖVP durch Dr. Mussil den Fonds abgelehnt hat. Faktum? — Einig! Danke schön. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Die Fonds räumen Sie ja alle aus!*) Wir tragen nur die Fakten zusammen, nicht mehr den Hintergrund, nur die Fakten.

Das sind historische Fakten, über die man nicht diskutieren kann. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Faktum 5: Sie sagen, der Mittelstandsbericht, der jetzt gekommen ist, der Bericht über die Lage des Mittelstandes, sei Ihr Erfolg. Wir haben keinen Bericht zur Lage des Mittelstandes. Wir werden jährlich Berichte zur Lage der Klein- und Mittelbetriebe haben. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Alle zwei Jahre...!*) Und es ist ein historisches Faktum, daß das eine Forderung aus dem Zielprogramm des Freien Wirtschaftsverbandes 1971 war. Ein historisches Faktum! Nachlesbar, anschauen! Das ist die Tatsache. (*Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Ingrid Tichy-Schreder.*) Aber Frau Kollegin, bitte nur lesen! Ich weiß, in einem Wahlkampf steht man natürlich ein bisschen schief da (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sie wissen nicht einmal die Fakten, daß alle zwei Jahre...! Nicht einmal das!*), aber das sind halt historische Fakten! Ich weiß sie genau. Erstens war ich in dem Unterausschuß, Frau Kollegin, zweitens war ich zu einem Zeitpunkt schon hier tätig, da haben Sie den Bericht vom Freien Wirtschaftsverband sicherlich nicht gelesen, denn das tun Sie offenkundig wirklich ein bisschen zuwenig!

Bleiben wir bei den Fakten. Herr Präsident Sallinger hat hier erklärt, der neue wirtschaftliche Realismus, den er fordert, muß endlich Platz greifen und der verträgt sich nicht mit Illusionen. Hundertprozentig teilen wir diese Auffassung, meine Damen und Herren von der ÖVP! Nur muß man bei den Fakten bleiben. Dieser wirtschaftliche Realismus, den der Herr Präsident Sallinger verlangt — zu Recht, wie uns scheint, verlangt —, müßte doch anerkennen, wenn wir einen längerfri-

Dr. Heindl

stigen Zeitraum der Entwicklung in den letzten Jahren überblicken — und das hat er getan, das haben auch Sie getan —, daß ohne Diskussion feststeht, daß unser Wirtschaftswachstum seit 1970 — Herr Kollege Staudinger, seit 1970! — ständig über den Werten der europäischen OECD-Staaten gelegen ist.

Ein weiteres Faktum: Unsere Preisentwicklung liegt seit über zehn Jahren erheblich unter den Werten der europäischen OECD-Staaten. *(Zwischenruf.)* Unsere Arbeitslosenrate zählt seit über einem Jahrzehnt zu den niedrigsten in der ganzen Welt. Es ist ein weiteres Faktum, mittlerweile schon ein historisches Faktum, daß wir unsere Produktivität seit 1945 rascher erhöhen konnten als alle anderen Industriestaaten der Welt, Japan ausgenommen.

Der österreichische Schilling — ein weiteres Faktum — ist heute gegenüber den Währungen der westlichen Industriestaaten um 33 Prozent mehr wert als vor zehn Jahren.

Das sind Tatsachen, über die man nicht mehr diskutieren kann, weil es schon passiert ist. Nur, wenn Sie einen Realismus wollen, meine Damen und Herren, dann muß man diese Dinge außer Streit stellen.

Unsere Leistungsbilanz weist seit 1982 Überschüsse auf. Heuer hatten wir zum Jahreswechsel den Optimismus, daß wir eine weitere positive Entwicklung haben werden. Durch die wirtschaftliche Entwicklung ist es nicht zu dem von uns erwarteten guten Ergebnis gekommen. Warum? Weil wir heuer zum erstenmal wieder seit einigen Jahren für Devisen für Energieimporte eine exemplarische Ausgabe tätigen müssen, nämlich an die 60 Milliarden, meine Damen und Herren.

Allein für Stromimporte werden wir heuer — und das ist das erstmal in der Geschichte, und darüber, glaube ich, sollten wir uns nicht freuen, sondern wir sollten rasch entsprechende Maßnahmen setzen — zum erstenmal über 1 Milliarde Schilling ausgeben.

Aber wenn Sie all die positiven Fakten, die ich Ihnen aufgezeigt habe, nicht anerkennen, könnten wir Ihnen jetzt einige internationale Gutachten oder Meinungen zur Kenntnis bringen; vielleicht sollten Sie sich die doch anhören oder selber lesen. Ich werde nicht alle zitieren.

Es ist anlässlich der letzten Triple A-Verleihung für Österreich sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß nach jedem statisti-

schen Vergleich Österreich in der letzten Rezessionsphase besser abgeschnitten hat als alle anderen europäischen Volkswirtschaften. Ein Faktum.

Im internationalen Test der Industrienationen vom europäischen Management-Forum, wo 284 Einzelkriterien angeführt werden, nimmt Österreich den respektablen sechsten Platz ein. Ich will nur die wichtigsten Fakten nennen, die da berücksichtigt sind: die Dynamik der Wirtschaft, die Arbeitskosten, die Produktivität, die Investitionen, die Rentabilität, die Finanzkraft, das Bildungsniveau, die Erwerbsstruktur. Alles Dinge, die Sie kritisieren, von denen Sie sagen, sie stehen schief da, man muß einen Kurswechsel machen. Ja bitte, wenn Sie einen Kurswechsel machen, wohin kommen wir dann, wenn all diese Dinge auf einmal anders sein würden? *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Danke. Auf diese grüne Wiese will ich nicht kommen, Herr Kollege Staudinger. Das muß ich Ihnen sagen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auch der OECD-Bericht stellt uns neuerlich diese — ich will sie gar nicht mehr zitieren — positiven Noten aus.

Sie haben zuvor Professor Knapp erwähnt. Ich würde mich furchtbar gern mit dem ganzen Thema auseinandersetzen, aber die Zeit läuft mir davon.

Im Lichte des Weltentwicklungsberichtes 1984, wo 126 Länder untersucht werden — es ist ein Zufall, daß bei dieser Untersuchung das Jahr 1970 eine Zäsur darstellt —, zeigt sich deutlich, daß wir sowohl bei den Investitionen als auch bei den Arbeitskosten, bei der Preisentwicklung, bei der Strukturentwicklung, bei all diesen Dingen also, im Zeitraum bis 1970 im Drittel der schlechteren Nationen waren, und seit 1970 sind wir eindeutig unter den ganz wenigen positiven Staaten.

Herr Kollege Staudinger! Nicht wir sagen das, sondern das sagen internationale Gremien. Das sagt auch wieder Professor Knapp. Das kann man doch nicht vom Tisch wischen! *(Abg. Staudinger: Nächstes Jahr werde ich Ihre Rede nachlesen, dann wird mein Beitrag interessanter werden!)*

Entschuldigen Sie bitte, ich höre schon auf, Sie anzusprechen. Aber ich muß es sagen, weil Sie sich gewehrt haben, daß man hier quasi historische Fakten auf den Tisch legt. Das sind keine historischen Fakten. Das sind Tatsachen, die ich zitiere, und ich stelle Ihnen die Unterlagen gerne zur Verfügung. Ich bin

Dr. Heindl

aber überzeugt, Sie kennen sie ohnehin. Sie reden nur nicht darüber. Das ist ja das Problem, vor dem wir stehen. *(Abg. Wille: Herr Kollege Staudinger! Wen würden Sie als Adressaten empfehlen im Gespräch? — Abg. Staudinger: Ich habe gesagt, ich lese seine Budgetrede und nehme nächstes Jahr dazu Stellung!)*

Meine Damen und Herren! Ich darf noch auf etwas eingehen, was Herr Präsident Sallinger gesagt hat und was mich erschüttert hat. Ich habe mir das aufgeschrieben, habe es zweimal durchgelesen, aber er hat es so gesagt: daß die Betriebe in Österreich nicht mehr in der Lage sind, auf neue Märkte zu gehen.

Ich will jetzt keine Exportdiskussion. Tatsache ist, daß wir im letzten Jahrzehnt eine geradezu phantastische Exportentwicklung hatten, daß wir heuer — 1984 — in den ersten neun Monaten ein Exportplus von 12,9 Prozent haben. Zugegeben: Wir haben auch einen stärkeren Importsog, verursacht durch die Energieimporte und auch durch eine Lagerbildung. Aber es ist auch ein Faktum, meine Damen und Herren, daß gerade auf dem Exportsektor unser Land geradezu unwahrscheinliche Erfolge noch dazu in einer weltwirtschaftlich schwierigen Situation hat.

Ich leugne nicht, was Herr Präsident Sallinger in diesem Zusammenhang gesagt hat: daß die Eigenkapitalausstattung ein wirkliches Problem ist. — Wir sind der festen Auffassung, hier muß weiteres geschehen. Wir wissen, daß Minister Vranitzky diesbezüglich Überlegungen anstellt, weil er genauso weiß, daß etwas gemacht werden muß, um die Eigenkapitalstruktur der Betriebe zu verbessern. Aber ich kann doch nicht aus einer nicht guten Eigenkapitalstruktur, die wir derzeit haben, den Schluß ziehen, daß deswegen unsere Betriebe in der weltwirtschaftlichen Marktpolitik oder in der Wettbewerbspolitik nicht mithalten können.

Herr Kollege! Ich will jetzt nicht zitieren, das würde zu lange dauern. Wir haben exemplarisch gute Voraussetzungen sowohl von der Arbeitskostenseite her wie auch von der Währungsseite. Wir liegen gut. Wir haben ein gutes Image. Das ist ja eine Politik, die nicht in einem Jahr gemacht wird, sondern das Image Österreichs hat sich eben in den letzten 14, 15 Jahren so positiv entwickelt, daß unsere Unternehmer, unsere Manager — ich gehöre auch dazu — wirklich offene Türen vorfinden, wenn sie heute in Dutzende Länder fahren und unsere Produkte verkaufen

wollen, weil wir verlässlich sind, weil wir gute Qualität liefern, weil wir in Österreich einen sozialen Frieden haben, weil es bei uns sozusagen „funktioniert“.

Wenn man Ihnen zuhört, funktioniert bei uns nichts. Gott sei Dank ist die Wirklichkeit anders. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Nein, nein! Die Regierung funktioniert nicht, aber das andere schon!)*

Herr Kollege Staudinger! Ich weiß schon, daß es für eine Opposition nicht lustig ist, wenn man sich positive Dinge sagen lassen muß. Aber das sind historische Fakten und zurzeit auch gegenwärtige.

Meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte, weil das uns alle angehen sollte, und hier müßten wir uns eigentlich einig sein, Herr Kollege Staudinger. Heute morgen habe ich zu meiner Freude gehört, daß im Rundfunk und im Fernsehen endlich einmal eine Thematik ohne Hainburg, ohne Zwentendorf andiskutiert wurde, die uns beschäftigen muß, nämlich die Entwicklung der Energiesituation.

Wir haben mehrfach, vor allem ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß es bedauerlich ist, daß wir immer über Zwentendorf diskutieren, so notwendig es ist, daß wir über dieses oder jenes Kraftwerk reden. Aber was wir nicht tun, ist, Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Wir schon, aber viele Leute in der Öffentlichkeit tun das nicht.

Die letzten zehn Jahre, nur ganz kurz. Tatsache ist, daß der Gesamtenergieverbrauch 1983 gegenüber 1973 fast gleich ist. Es wird immer Gesamtenergieverbrauch mit Stromverbrauch verwechselt. Der Stromverbrauch ist nämlich in diesen zehn Jahren trotz dreier Krisenjahre in den achtziger Jahren und zweier Krisenjahre in den siebziger Jahren, also trotz fünf Jahren Krise, um 31 Prozent gestiegen.

Die heute von den Medien verbreiteten statistischen Werte hinsichtlich der Energiewirtschaft Österreichs in den ersten neun Monaten sind alarmierend, meine Damen und Herren. Alarmierend sollten sie für jene sein, die glauben, daß in Österreich die Energieuhren anders gehen als anderswo. Tatsache ist, daß wir eben 1984 einen Gesamtenergiezuwachs von zirka 3,7 Prozent haben werden, daß wir einen Stromzuwachs von 5,7 bis 6 Prozent haben werden, daß wir heuer schon Quartale hatten, in denen wir einen Stromzuwachs von mehr als 8 Prozent hatten.

Dr. Heindl

Meine Damen und Herren! Das sind Dinge, die man nicht außer acht lassen darf. Ich will jetzt keine Energiediskussion. Wir werden uns im Unterausschuß mit dem Energiebericht und diesen Fakten auseinandersetzen. Das sind nicht nur energetische Probleme — ich habe es zuvor schon gesagt —, sondern das bringt auch enorme Zahlungsbilanzprobleme mit sich. 60 Milliarden Schilling müssen wir heuer wieder an Devisen für Energieimporte ausgeben, mehr als 1 Milliarde zum erstenmal für Stromimporte.

Das ist eine Entwicklung, über die man reden muß, auch wenn es manchen in der Öffentlichkeit — in Ihrer wie in unserer Partei — nicht recht ist. Nur bitte: Wir, die es ernst meinen mit der Zukunft dieses Landes — das sind wir alle, davon bin ich überzeugt —, wir sollten diese Dinge sehen und in Ruhe darüber reden.

Ein paar Worte noch zum Fremdenverkehr, weil er auch in die Exportwirtschaft hineingeht. Die besondere Bedeutung des Tourismus ist bekannt. Wir sind heuer im Sommer alle ein bißchen geschockt gewesen, als wir Zahlen von Nächtigungsrückgängen ganz exemplarischer Art vernommen haben.

Ich habe mir in den letzten Tagen, fernab dieser Meldungen, einmal in Ruhe die Ergebnisse im Winterhalbjahr und im Sommerhalbjahr angeschaut, wir müssen es ja trennen, ich würde gerne ein bißchen beim Winterhalbjahr verweilen, weil das Winterhalbjahr uns eine Entwicklung zeigt, die wir in den letzten Jahren schon gesehen haben. Wir hatten insgesamt im Winterhalbjahr 1983/84 eine Steigerung bei den Ankünften um 6,6 Prozent, also eine sehr, sehr positive Entwicklung auch im internationalen Vergleich. Ich glaube sogar, daß wir damit die einzigen sind und quasi eine Monopolstellung im Winterfremdenverkehr haben. Ich bin froh, daß es schneit, damit die Bilanz heuer hoffentlich auch wieder positiv werden kann.

Leider sind die Übernachtungsergebnisse nicht so positiv. Wir haben zwar im Winterhalbjahr noch ein Plus von 1,5 Prozent, aber wenn man genau schaut, meine Damen und Herren, dann sieht man zwei Dinge: daß die Ankünfte bei Inländern nur plus 4 Prozent gebracht haben, hingegen bei Ausländern plus 7,7 Prozent, daß bei Inländern die Übernachtungen nur um 1,5 Prozent zugenommen haben, bei Ausländern dagegen um 2,6 Prozent. Hier zeigt sich vor allem, und das ist keine Tatsache des Halbjahres 1983/84, sondern eigentlich schon eine langjährige Ent-

wicklung, daß sowohl die Ankünfte als auch die Nächtigungen aus der Bundesrepublik zurückgegangen sind. Bei dem großen Anteil am Fremdenverkehr, den Touristen aus der Bundesrepublik bei uns haben, wird uns hier etwas einfallen müssen, um eine weitere Verbesserung herbeizuführen.

Ich rede jetzt noch immer vom Winterhalbjahr, denn das Winterhalbjahr bringt ja neben den Auslastungen für die Hotellerie und die Gastwirtschaft eine viel breitere infrastrukturelle Betreuung. Das heißt, es sind vom Winterfremdenverkehr zwangsläufig viel mehr Menschen im Arbeitsprozeß berührt, das reicht vom Schilift bis zur Loipenbetreuung und ist daher sicherlich intensiver.

Im Sommer — das habe ich schon gesagt — waren wir geschockt. Es schaut aber gar nicht so unangenehm aus, so schlecht das Ergebnis im Sommer auch ist, wenn man die Gesamtergebnisse betrachtet. Insgesamt hatten wir heuer bei den Ankünften ein Plus von 1,6 Prozent. Leider gab es bei den Nächtigungen ein Minus von 3,8 Prozent. Hier zeigt sich neuerlich die einzige Parallele zum Winterhalbjahr. Wir haben bei den Inländern im Sommer ein Minus von 1,3 Prozent, bei den Nächtigungen sogar ein Minus von 3 Prozent. Bei den Ausländern haben wir im Sommer bei den Ankünften plus 2,6 Prozent, jedoch einen Nächtigungsrückgang von minus 4 Prozent. *(Abg. Dr. Zittmayr: Da hat es ja geregnet!)* Nicht nur das, Herr Kollege Zittmayr. Ich darf Ihnen sagen: Das hat bei den Nächtigungen eine Rolle gespielt, nicht bei den Ankünften. Sicher hat die Streikentwicklung in der Bundesrepublik eine Rolle gespielt, denn das war kein Trend, das war tatsächlich ein Ereignis außer der Reihe. Sie dürfen nicht vergessen: Wir haben heuer aus der Bundesrepublik ein Minus von 6,5 Prozent bei den Ankünften und, was noch ärger ist, ein Minus von 8,8 Prozent bei den Nächtigungen. Das sind natürlich Zahlen... *(Abg. Dr. Zittmayr: Wir haben das beim Absatz von Milchprodukten und Fleisch gespürt!)* Das habe ich zuvor gesagt, Herr Kollege Zittmayr, das steht in unmittelbarem Zusammenhang.

Bei der Bedeutung, bei dem Anteil, den die bundesdeutschen Touristen am Fremdenverkehr in Österreich haben, ist das ein exemplarischer Fall. Trotzdem dürfen wir die Augen nicht vor folgender Tatsache verschließen, und das sage ich jetzt kritisch: Gerade weil der Tourismus eine solch enorme Bedeutung hat — zirka 10 Prozent des Bruttonationalproduktes erwirtschaften wir in diesem Bereich — müssen wir sehen, daß bei den Touristen

Dr. Heindl

aus der Bundesrepublik die Entwicklung in den letzten acht bis zehn Jahren in diese Richtung geht: geringfügige Rückgänge bei den Ankünften, aber noch stärkere Rückgänge bei den Nächtigungen, was sich zwangsläufig auf die Auslastung in der Hotellerie und im gastgewerblichen Bereich auswirkt.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung dazu, daß ich hier trotzdem positive Entwicklungschancen sehen kann, wenn man sie entsprechend forciert. Wir sehen, daß wir trotz Rückgängen in manchen Bereichen, im A-Bereich und im B-Bereich, überall Zunahmen haben. Im A- und A1-Bereich gehen die Zunahmen bis zu 6 und 8 Prozent. Im B-Bereich sind es noch 3 bis 4 Prozent. In den Kategorien C, D und darunter gibt es exemplarische Rückgänge. Wenn man sich die Entwicklung bei den Betten anschaut, kann man sagen: erfreulich. Wir haben weitere Zunahmen in der A-Kategorie und in der B-Kategorie, exemplarische Abnahmen dagegen in C und D. Wir haben heute schon nur mehr die Hälfte an Betten im C- und D-Bereich gegenüber 1970.

Jetzt komme ich wieder zurück auf das für mich nicht ganz verständliche Argument des Präsidenten Sallinger, es wäre nichts geschehen. Bitte, dieses zehnjährige Fremdenverkehrsprogramm, das wir 1971 gebracht haben, hat eben diese Strukturentwicklung besonders forciert. Erinnern Sie sich: Alle qualitätsverbessernden Aktionen, die hier vom Minister Staribacher gemacht worden sind, haben letztlich das Ganze noch stimuliert. Seien wir froh, daß wir auf diesem Weg sind, dieser Weg muß fortgesetzt werden. Denn wir sehen, daß nur hier die Chance liegt, die touristische Entwicklung in Österreich weiter zu forcieren.

Minister und Vizekanzler Steger hat vor einigen Wochen dankenswerterweise einen Bericht über die Situation des österreichischen Fremdenverkehrs und Perspektiven bis zum Jahr 2000 ausarbeiten lassen und präsentiert. Es zeigt sich auch hier, daß wir achtgeben müssen, daß wir etwas machen müssen, weil wir sonst die Zeit versäumen.

Wir haben eine positive Entwicklung vor uns. Der Zug fährt noch richtig. Wir sollten nur rechtzeitig die entsprechenden Weichen stellen. Das heißt, die Qualitätsverbesserung weiter fortsetzen, auch bei den Richtlinien im ERP-Bereich. Gehen wir doch etwas vorsichtiger in Richtung Qualitätsförderung voran.

Im Bereich der Werbung ist uns Dr. Zolles

Gott sei Dank als Chef der österreichischen Fremdenverkehrswerbung erhalten geblieben. Setzen wir auch mehr Akzente in Richtung Konzentration. Ob man das im Rahmen einer Austria-Foundation macht oder ob man die Industriewerbung und die touristische Werbung zusammenfaßt, wir sollten jedenfalls stärker, so wie es die Schweizer tun, als Einheit auftreten, nicht so, als wären wir nur Tourismusland, nur Kulturland oder nur Industrieland. Wir sind halt in all diesen Bereichen Spitze. Zeigen wir das, konzentrieren wir das. Wir haben gute Leute, ein bisschen mehr Geld wird's kosten. Da muß man die Bereitschaft haben, mehr auszugeben. — Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.08

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Eigruber.

13.08

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gleich eingangs meiner Rede möchte ich in meinen Ausführungen darauf hinweisen, daß die Behauptung, der Wahlkampf hier im Parlament wurde von meiner Kollegin Partik-Pablé mit ihrer Wortmeldung zum 8. Dezember eröffnet, nicht richtig ist. Die ÖVP hat sehr großen Anteil im Austeilen, aber wenn jemand sachlich berechtigte Kritik übt, dann ist sie sehr empfindlich. In Wahrheit hat den Wahlkampf der Abgeordnete Neisser eröffnet mit seinen unvergleichlichen Verhöhnungen des Handelsministers. *(Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Ja, das war unerhört!)*

Den Wahlkampf hat der Abgeordnete Steidl fortgesetzt, als er den lächerlichen Vorwurf erhob, der Handelsminister stelle ein Sicherheitsrisiko dar. Auch das zur Richtigstellung.

Zu Herrn Kollegen Staudinger möchte ich noch sagen — er ist leider momentan nicht hier, vielleicht können meine oberösterreichischen Kollegen ihm das ausrichten —: Bei uns in der Freiheitlichen Partei ist es nicht üblich, Redeverbote zu verteilen, wir sind eine liberale Partei. Aber ich würde der ÖVP empfehlen, ein Schreibverbot zu erlassen, und zwar ein Schreibverbot an Salzburger Funktionäre, die ein Dankschreiben an den Sozialminister wegen des 8. Dezember geschickt haben. Ich glaube, das wäre in diesem Fall angebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Grabher-Meyer und der Herr Vizekanzler haben heute schon auf die positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft

Elgruber

hingewiesen und haben heute schon Zahlen aufgezeigt, die das beweisen. Ich möchte heute nicht mit Zahlen operieren, wir haben schon sehr viel davon gehört, und zehn Tage vor Weihnachten wäre es ja auch ein bisschen viel, wenn ich mich darüber noch auf die lange Art auslassen würde. Ich möchte nur einige positive Berichte der Bundeskammer nennen, die eigentlich von seiten der Opposition gebracht werden müßten, Berichte über die Entwicklung der Wirtschaft in Österreich.

Hier steht in einer Aussendung vom 12. Dezember:

„Exportgesinnung in der Wirtschaft wächst — Exportquote steigt heuer auf 24,4 Prozent — Schwerpunkte für 1985: Erstexporteure und exportfähige Klein- und Mittelbetriebe“. Sie sehen, diese Wirtschaftspolitik macht es den Klein- und Mittelbetrieben möglich zu exportieren, was früher kaum möglich war.

Weiters in einer Aussendung: „Außenhandel: ... — Starkes Interesse der Spanier an Technologie, Lizenzen und Industriekooperationen ...“

Der Handelsverkehr zwischen Spanien und Österreich expandiert auch im laufenden Jahr. Die Österreichexporte erhöhten sich in den ersten acht Monaten um 11,1 Prozent auf rund 3 Milliarden Schilling, ... Die Exportsteigerung stützt sich im Gegensatz zum Vorjahr — und das ist auch wieder interessant für die Klein- und Mittelbetriebe — „nicht mehr nur auf General-Motors-Motoren, sondern auch auf andere Bereiche, wie Maschinen, Grundstoffe und Nahrungsmittel.“ — Also auch hier die positive Entwicklung.

Wieder eine Aussendung der Bundeswirtschaftskammer: „Österreichs Wirtschaft nützt Chancen im CERN.“

In den letzten Monaten größere Aufträge auf dem Bausektor, für Alu-Produkte und elektrische Anlagen erzielt.“ — Das beweist wieder, daß wir Ranshofen sicher nicht zusperrten, sondern sanieren sollen.

Eine weitere Aussendung:

„Die Verdoppelung der österreichischen Exporte nach der Sowjetunion in den letzten fünf Jahren und die Reduzierung des Jahresdefizits im österreichisch-sowjetischen Handelsverkehr von 13 auf 4 Milliarden Schilling ...“

„Gute Geschäfte für Maschinen- und Anla-

genbau in Lateinamerika“ und so weiter, und so fort. Weiters steht in den „Monatsberichten“, daß im August die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr um 21 Prozent — real um 15 Prozent — gestiegen ist.

Meine Damen und Herren! Das sind positive Anzeichen, die man nicht weglegen kann. Ich habe sogar Aussendungen der Bundeswirtschaftskammer benützt, und ich glaube, daß hier bewiesen wurde, daß die Wirtschaftspolitik dieser Regierung auf dem richtigen Weg ist. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich muß auch die Industriellenvereinigung zitieren und möchte mir von der Industriellenvereinigung wünschen, daß sie sich in einer Aussendung doch einmal klar ausdrückt. Kollege Stummvoll ist leider nicht hier, sonst könnte er das weitergeben.

In der „Industrie“ vom 7. November heißt es:

„Dunkle Wolken am Wirtschaftshorizont.“ Das ist eine sehr passive und sehr nachteilige Berichterstattung über die Entwicklung der Wirtschaft in Österreich.

Dem steht eine Aussendung vom 21. November gegenüber. In dieser steht: „Alu hat Zukunft“, „Papier-Investboom — Lenzing steigert die Produktion“, „Thonet-Möbel expandiert weiter — Nunmehr auch in den USA und Australien“, „Mikroelektronik aus Villach — Siemens erweitert Halbleiterfertigung“.

Weiters steht hier: „LTW gewinnt Marktanteile“, und so weiter.

In der „Kronen-Zeitung“ ist im „Wirtschaftsmagazin“ zu lesen: „Gewinnexplosion bei Leykam“, und so geht es weiter, immer in dieser Richtung.

Sie sehen, wie gut unsere Wirtschaftspolitik zu greifen beginnt.

Herr Kollege Stummvoll schreibt aber auch in der „Industrie“ — ich zitiere wörtlich —:

„Wirtschaftsimpulse für Österreich erfordern zweifellos eine wirtschaftspolitische Vorwärtsstrategie mit positiven psychologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zu den psychologischen Rahmenbedingungen gehört ein glaubwürdiges Bekenntnis zum wirtschaftlichen Wachstum“ in Österreich. „Dazu gehört auch ein entsprechendes Wirtschaftsklima, denn gerade in der Wirtschaft

Eigruber

spielen das Atmosphärische, das Klimatische, das Psychologische und das Vertrauen in Zukunft eine ungeheuer große Rolle.“

Ich glaube, auch hier ein Beweis und in Richtung positives Wirtschaftswachstum gehende Fakten.

Es wurde heute schon über Förderungen gesprochen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mein Kollege Haigermoser wird auf die Förderungen im Fremdenverkehr noch genauer eingehen. Ich möchte aber einige Förderungen, die diese Regierung für die Wirtschaft bereitstellt und die schon zu greifen beginnen, erwähnen.

Es gibt den Kleingewerbekredit des Bürgerschaftsfonds, Kreditkostenzuschüsse aus dem Gewerbestruktureverbesserungsgesetz 1969, Förderungen von Betriebsneugründungen und -übernahmen.

Es gibt im Rahmen der ERP-Kredite ERP-Großkredite für industrielle und gewerbliche Investitionen, ERP-Sonderprogramme, ERP-Mittelkredite und so weiter. Ich möchte nicht alle aufzählen. Die Zeit drängt. Wir alle wollen heute früher nach Hause; es ist ja in zehn Tagen Weihnachten. *(Heiterkeit.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch kurz auf Oberösterreich eingehen. Sie wissen, es gibt die „Staatsverträge“ zwischen dem Handelsministerium und den Bundesländern. Allein in Oberösterreich gibt es viele, viele regionale Förderungen, die alle mit dem Handelsminister abgesprochen wurden. Gestern war unser Landesrat Leibenfrost da, und der hat mir wieder bestätigt, daß die Zusammenarbeit mit dem Handelsministerium bestens funktioniert.

In Oberösterreich gibt es, gemeinsam mit dem Bund, eine regionale Sonderförderungsaktion, es gibt gemeinsame Förderungsaktionen im Rahmen des BÜRGES-Kleingewerbekredites, es gibt Fremdenverkehrssonderaktionen und Aktionen nach dem Gewerbestruktureverbesserungsgesetz, es gibt Zinsbeihilfen des Landes, gewerbliche Beihilfen, Zinszuschüsse und Beihilfen für Fremdenverkehrsbetriebe, Förderungen der Einrichtungen und Erweiterung gewerblicher und industrieller Betriebe, Beihilfen und Zinsenbeihilfen zur Verbesserung der Arbeitsplätze und so weiter. Es sind 13 Punkte angeführt, die alle aus dem mir vorliegenden Papier ersichtlich sind.

Meine Damen und Herren! Die Opposition

hat heute wieder einmal zu schwarz gesehen — es ist sicher ihr gutes Recht —, aber wenn ich daran denke, wie die Opposition voriges Jahr an dieser Stelle vorausgesagt hat, daß es die doppelte Arbeitslosigkeit geben wird, daß es kein Wirtschaftswachstum gibt, dann, glaube ich, ist doch bewiesen worden, daß es gerade umgekehrt ist. Das Wirtschaftswachstum ist nicht mehr wegzuleugnen.

Man hat heute vom Handelskammerwahlkampf beziehungsweise von der Eröffnung des Handelskammerwahlkampfes gesprochen. Ich möchte auf eine Taktik, derer man sich beim Wirtschaftsbund momentan bedient, hinweisen. Weil man das Wirtschaftswachstum nicht wegleugnen kann, versucht man, es zu teilen.

Ich habe Presseaussendungen der Bundeskammer und der oberösterreichischen Handelskammer, die das beweisen. Man ist nach folgender Taktik vorgegangen: Man hat das Wirtschaftswachstum geteilt, man hat gesagt: Bei der Industrie — da hat man ja auch die Zahlen vom Export — geht es sehr gut, da geht es bestens, aber ganz schlecht geht es bei den Klein- und Mittelbetrieben, ganz schlecht geht es beim Handel und beim Gewerbe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vizekanzler hat heute schon bewiesen, daß es auch bei Handel und Gewerbe sehr viel besser geworden ist, daß es aufwärtsgeht, daß auch dort ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Strategie, die hier verfolgt wird, ist ganz klar. Die Industrie ist von der Handelskammerwahl nicht betroffen, es wird selbstverständlich nur bei Handel und Gewerbe gewählt, und da muß man natürlich unter den Tisch fallen lassen, was für diese Regierung sprechen würde. Man macht es halt so, daß es heißt: Bei der Industrie läuft alles gut, aber bei Handel und Gewerbe — wo gewählt wird — läuft es schlecht, und schuld ist diese Regierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß es nicht überall gleich gut geht. Es ist sicher branchenweise sehr verschieden. Ich möchte mich jetzt mit einer Branche beschäftigen, die momentan nicht sehr gut wegkommt.

Es zeigt sich seit vielen Jahren in der Nahversorgung in Österreich eine sehr dramatische Entwicklung. Allein im Jahr 1983 haben wieder viele Lebensmitteleinzelhandelsbetriebe aufgeben müssen oder aufgegeben,

Eigruber

hinzu kommen noch viele Einzelhandels- und Fachhandelsgeschäfte. Die Konzentration geht in Richtung Monopol.

Wenn einmal zehn Betriebe, wie es in der Bundesrepublik Deutschland momentan der Fall ist, zirka 60 Prozent des Umsatzes beherrschen, dann wird es, glaube ich, bedenklich. Gerade in Deutschland zeigen das die Zahlen ganz genau; es läuft in Österreich ähnlich. Gerade in Deutschland, in dem von Dr. Schüssel und auch vom Kollegen Staudinger hochgelobten Land, ist es eben gerade für diese kleinen Betriebe schon sehr gefährlich. Ich habe hier einen Artikel der „Frankfurter Allgemeinen“, wo steht:

„Einzelhandel bleibt skeptisch. Trotz aller optimistischen Prognosen über den weiteren Konjunkturverlauf mag der Einzelhandel noch nicht so recht glauben, daß auch in den Geschäften die Umsätze spürbar zunehmen... Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen ... Einzelhandelsgeschäfte berichten über rückläufige Erträge. Daher ist die Investitionsneigung in Deutschland bei diesen Betrieben sehr gering.“

So gut schaut es also dort sicher auch nicht aus, darum muß etwas geschehen. Es muß auch bei uns für diese Betriebe etwas geschehen.

Meine Damen und Herren! Für diese Nahversorgungsbetriebe ist Alarmstufe Nummer eins. Die großflächigen Verbrauchsmärkte, wie Einkaufscenter, Supermärkte, Cash-and-carry-Betriebe, Warenhäuser und Diskontmärkte, beherrschen immer mehr die Szene. Es entsteht nicht nur eine Monopolfahr für den Verbraucher durch die beliebige Preisgestaltung — es wird sicher auch Absprachen zwischen einigen dieser Multis geben —, sondern auch eine Nachfragemacht gegenüber den Herstellern, die begrenzt werden muß; das wird sicher die Industrie auch sehr interessieren. Die Auswirkungen sind für die Hersteller, abgesehen von der sogenannten Regalgebühr oder dem Werbekostenbeitrag, der oft in die Zehntausende Schilling geht, verheerend.

Es gehen auch bei den Kleinbetrieben, die zusperren müssen, viele Arbeitsplätze, vor allem auch Ausbildungsplätze verloren. Und das, glaube ich, ist kein Dienst an unserer Jugend.

Es sinken auch die Steuereinnahmen der Gemeinden. Durch das Wegsterben der Kleinbetriebe, die sich meist im Zentrum befinden,

gehen auch Maßnahmen wie Altstadtanierung und Dorferneuerung meistens ins Leere.

Meine Damen und Herren! Vor allem aber verliert der Motor der Wirtschaft, der Mittelstand, seine gesellschaftspolitisch wichtige Position immer mehr!

Der Handel hat sich bisher bei seinen Gegenmaßnahmen zu stark auf die Begrenzung von Notangeboten oder auf den Verkauf unter dem Einstandspreis konzentriert.

Meine Damen und Herren! Ansätze zur Korrektur dieser Entwicklung müssen daher anders laufen. Über Entbürokratisierungsmaßnahmen hinaus, wie sie von dieser Regierung bereits begonnen wurden — und hier danke ich dem Finanzministerium und dem Handelsministerium, aber auch der Bundeskammer, die in dieser Richtung wirksam sind —, muß es aber auch mit den Ländern Absprachen geben, die hier Einschränkungen und Entbürokratisierungsmaßnahmen durchführen müßten.

Das Rabattgesetz und die Regelung für Sonderveranstaltungen müssen noch einmal sorgfältig geprüft werden.

Zu begrüßen wären Bemühungen, das ganze Wettbewerbsrecht einfacher und transparenter zu gestalten, die Selbstbeschränkung zu verstärken und bei allen Schwierigkeiten auch im Kontrollbereich eine Definition für den Einstandspreis zu finden.

Als dringliche Maßnahme wäre ein Verbot für Warenhauskonzerne erforderlich, sogenannte Eintrittspreise für Lieferanten vor der ersten Lieferung zu verlangen.

Solche Praktiken sind mit dem Wettbewerbsrecht und mit seriösen Gepflogenheiten unter Kaufleuten einfach nicht vereinbar.

Eine baldige Diskussion auf sachlicher Ebene über das Ladenschlußgesetz ist erforderlich. Darüber sollten nur die Betroffenen — das sind die Wirtschaftstreibenden, die in den Geschäften stehen, und ihre Mitarbeiter — entscheiden. Man soll dazu die Erfahrungen des Auslandes heranziehen, aber den Einzelhandel nicht weiter verunsichern, indem man die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten oder des Ladenschlußgesetzes zum Dauerbrenner macht, ohne Ergebnisse zu erreichen.

Der Herr Vizekanzler hat heute schon seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, daß Gesprächsbereitschaft bei der Gewerkschaft,

Eigruber

aber auch bei der Handelskammer darüber besteht. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Weiters wäre eine Änderung der Bebauungspläne mit der Maßgabe erforderlich, daß die klein- und mittelbetriebliche Struktur bewahrt wird und insbesondere die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in die Leitpläne und Baupläne eingebaut wird.

Eine Änderung der Bauordnung soll ermöglichen, daß Gemeinden und das Land die Eröffnung eines konzernabhängigen Ladens oder ähnlicher Einkaufsstellen untersagen können. Alternativ sollte man die maximale Fläche auf ein bestimmtes Maß reduzieren.

Eine Verschärfung im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist notwendig, es muß eine Absenkung der Machtschwelle der Großen erzielt werden. Damit wird auch ein mißbräuchliches Vorgehen gegenüber kleinen und mittleren Wettbewerbern unterbleiben.

Die Freiheitliche Partei wird diese Punkte in ihr Arbeitsprogramm mit einbeziehen, wird aber dabei die ordnungspolitischen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft im Auge behalten.

Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei und ihr Handelsminister Dr. Steger in dieser sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung werden nicht zulassen, daß der Handel und der gesamte Mittelstand schutzlos einem radikalen Verdrängungswettbewerb ausgeliefert sind! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Wirtschaft ist in dieser Koalitionsregierung bei unserem Handelsminister Dr. Steger in besten Händen. Wir Freiheitlichen werden deshalb diesem Bundesvoranschlag zustimmen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 13.25

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Zittmayr.

13.25

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, möchte ich noch ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Generalsekretärs Grabher-Meyer eingehen, der uns, der Österreichischen Volkspartei, vorgeworfen hat, wir hätten lizitiert und würden ständig Forderungen an das Budget herantragen.

Ich möchte erstens ausdrücklich feststellen,

daß in den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses keine ausgabenwirksamen Anträge gestellt wurden, und zweitens, daß von unserer Seite Einsparungsvorschläge in anderen Bereichen vorgetragen wurden, die von Ihrer Seite nicht akzeptiert worden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher haben wir keine zusätzlichen Belastungen des Budgets gefordert.

Zum Abgeordneten Dr. Heindl möchte ich sagen, daß uns die Energieimporte genauso stören und daß wir ebenfalls den Standpunkt vertreten, daß der Stromverbrauch in Zukunft weiter steigen wird, was wir für richtig halten, zu Lasten von Kohle und Öl und anderen Energieträgern. Wir bekennen uns grundsätzlich zum Ausbau der Wasserkraft für die Stromerzeugung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Kollegen Eigruber darf ich nur folgendes sagen: Er hat gemeint, der Wahlkampf für die Handelskammerwahlen wurde eröffnet. Ich möchte das gar nicht beurteilen. Heute haben alle schon gesagt, wer den Wahlkampf eröffnet hat. Ich glaube, da wird noch gestritten, wer dafür zuständig ist.

In der Frage der Nahversorgung und in der Frage der Konzentration der Nachfrage hat Eigruber auf eine Entwicklung hingewiesen, die sicherlich nicht im Interesse der österreichischen Bevölkerung und der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe gelegen ist. Wie sind ebenso der Auffassung, daß man diese übertriebene Konzentration nicht weiter expandieren lassen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Abschluß der Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1985 kann folgendes festgestellt werden: Durch den höheren Gehaltsabschluß für die öffentlich Bediensteten erhöht sich das Bruttodefizit um 111,4 Millionen Schilling auf insgesamt 94,3 Milliarden Schilling und das Nettodefizit laut Voranschlag jetzt auf 60,5 Milliarden Schilling.

Zweitens kann man feststellen, daß trotz verbesserter Einnahmen das hohe Budgetdefizit mit 94 Milliarden Schilling brutto und 60,5 Milliarden Schilling netto und die Neuverschuldung nicht entsprechend reduziert werden konnten. Die Chancen für diese notwendige Budgetsanierung wurden durch Herrn Finanzminister Vranitzky vertan, und daher ist der Vorwurf richtig, daß das ein Budget der versäumten Chancen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Ein weiterer Punkt: Die Ausweitung des Personals in den Zentralstellen wird verstärkt fortgesetzt.

Ein nächster Punkt, den ich erwähnen will: Die Staatsschulden und die Verpflichtungen des Bundes erreichen einen neuen Rekordwert und werden Ende 1985 auf 560 Milliarden Schilling steigen. Der Schuldendienst steigt im Jahre 1985 auf rund 75 Milliarden Schilling, davon entfallen auf Zinsen und auf Spesen allein 41 Milliarden Schilling.

Die Vorredner der sozialistischen und der freiheitlichen Fraktion haben alle die Entwicklung der Wirtschaft entsprechend gelobt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgabe der Regierung ist es, daß man vorausblickt: Was wird in fünf, was wird in zehn Jahren sein?, um die richtigen Maßnahmen rechtzeitig einzuleiten. Das ist die Aufgabe der Regierung. Die Entwicklung der Wirtschaft, die durch Konjunkturfälle bestimmt ist, ist sicherlich eine wichtige Sache. Aber entscheidend für die Regierung ist, daß die Rahmenbedingungen für die nächsten zehn Jahre festgelegt werden. Und hier sind das Budgetdefizit und die Verschuldung ein Alarmzeichen, das man von Regierungsseite ganz dringend beachten mußte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Belastungen für die Bevölkerung gehen ja auch im heurigen Jahr weiter. Wir haben zwar nicht so ein Riesenbelastungspaket wie Anfang 1984, aber auch 1985 geht es weiter. Das hat der Herr Abgeordnete Mühlbacher schamhaft verschwiegen. Wie er gesagt hat, daß sich die Betriebe verschiedene Beiträge ersparen, hat er verschwiegen, daß die Sozialversicherungsbeiträge ab 1. Jänner des kommenden Jahres wieder steigen und eine beachtliche Belastung für die Arbeitgeber, aber auch für die Arbeitnehmer darstellen werden.

Gleichzeitig wird die Pensionsdynamik verschlechtert. Aus diesem Titel erwachsen den Österreichern zusätzliche Belastungen und Verschlechterungen der Leistungen. Und das ist sicherlich kein Erfolg!

Das nächste ist, daß auch auf dem Wohnungssektor die Belastungen für die Bevölkerung größer werden, daß Preise für Monoprodukte gestiegen sind, daß der Gütertarif der Bundesbahnen neuerlich erhöht wird, daß die Sparsbuchsteuer weiterhin beibehalten wird, wenngleich sie 1986 dann um ein Drittel gesenkt werden soll, und daß die Steuerbelas-

stung einen entsprechenden Höhepunkt erreicht, der uns zu großen Sorgen Anlaß gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß feststellen, daß sich die Budgetstruktur weiter verschlechtert. Das heißt, daß die verfügbaren Möglichkeiten für den Finanzminister eher zurückgehen und daß keine Umschichtung von den unproduktiven auf die produktiven Sektoren erfolgt.

Daß — wie schon festgestellt wurde — die Bruttoinvestitionen des Bundes auf 6,6 Prozent des Budgetvolumens zurückgehen, ist auch ein Zeichen, daß man für die Maßnahmen, die Arbeitsplätze sichern und Arbeitsplätze schaffen, vom Bund her weniger tun kann als in den vergangenen Jahren. Das ist eine Entwicklung, die sicherlich nicht geeignet ist, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Schließlich müssen wir feststellen, daß die Defizite der Bundesbetriebe weiter steigen, wie man zum Beispiel bei den Bundesbahnen feststellen kann. Es gibt hier eine Steigerung auf insgesamt 23,7 Milliarden Schilling.

In der „Presse“ wurde zum Beispiel am 30. November festgestellt: „Vranitzky spart bei den Investitionen. 1986 droht ein Budgetdebakel.“ Das heißt mit anderen Worten, daß man bei der Budgetierung für das kommende Jahr nicht die entsprechenden Maßnahmen gesetzt hat und daß Vranitzky 15 Milliarden Schilling einsparen mußte, um das Nettodefizit des Staatshaushaltes 1986 wenigstens auf den Stand von 60 Milliarden Schilling des Jahres 1985 zu halten.

Das heißt, die Aussagen über eine Budgetkonsolidierung oder Budgetsanierung treffen nicht zu. In Wirklichkeit ist auf diesem Sektor nichts geschehen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 1984 war ja das Jahr, in dem Herr Minister Dr. Salcher abgelöst und Herr Minister Dr. Vranitzky zum neuen Finanzminister bestellt worden ist. Der Herr Minister begann als Mitarbeiter von Dr. Androsch im Finanzministerium, wurde dann Generaldirektor-Stellvertreter der Creditanstalt-Bankverein und schließlich Generaldirektor der Länderbank. Er war auch mit der Sanierung der Länderbank befaßt und hat unter massiver staatlicher Hilfe hier einiges geleistet. Das möchte ich ohneweiters zugeben. Er ist ein anerkannter Fachmann, und als anerkannter Fachmann hat er sich auch dafür ausgesprochen, daß die Zinsertragsteuer

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

abzuschaffen wäre und der Kapitalmarkt entsprechend gestärkt werden müßte.

Hier hat ihn der Herr Bundeskanzler, der ihn zum Finanzminister mehr oder weniger genötigt hat, total im Stich gelassen. Er hat all seine Vorstellungen begraben müssen, und das ist für uns sehr traurig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man sich die Pressekommentare, Herr Finanzminister, ansieht über das Budget, dann kann man lesen — das eine habe ich schon zitiert —, daß bei den Investitionen gespart wird und daß für 1986 ein Budgetdebakel zu erwarten ist. *(Abg. Dr. Gradenegger: Herr Abgeordneter! Das hören wir ja jedes Jahr, diese Melodie! Jetzt bin ich elf Jahre hier, und jedes Jahr hören wir das! Jedes Jahr ist der Staat am Zusammenbrechen!)*

Aber es steht zum Beispiel auch in den „Salzburger Nachrichten“ vom 30. November: „19 Prozent der Steuern gehen bereits für die Zinsen der Staatsschulden auf.“

Oder die „Industrie“ vom 5. Dezember schreibt: „Von der Partei gebremst.“ Hier wird zum Ausdruck gebracht, daß der Herr Finanzminister von der SPÖ in seinen Vorstellungen entsprechend gebremst wurde.

Oder es heißt in den „Salzburger Nachrichten“ vom 5. Dezember: „Andritz braucht 2,7 Milliarden Schilling.“ Hier wird bereits auf eine wesentliche Sache hingewiesen.

In den „Salzburger Nachrichten“ wird festgestellt, daß die Arbeitslosenrate mit 5,8 Prozent oder 138 000 Arbeitslosen praktisch im November höher war als im vergangenen Jahr.

Das sind einige Aussagen, die die optimistischen Darstellungen der Redner der sozialistischen Fraktion und der freiheitlichen Fraktion in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat im vergangenen Jahr bei der Budgetdebatte einen Entschließungsantrag eingebracht, der einerseits realisierbare Einsparungsvorschläge, und zwar sehr konkrete Einsparungsvorschläge, enthalten und andererseits auch Umschichtungen der Ausgaben zur Wirtschaftsförderung mit dem Ziel einer Budgetsanierung und einer Ankurbelung der Wirtschaft vorgesehen hat.

Es ergeht an den Herrn Finanzminister die Frage, warum er sich nicht zumindest teilweise diese Vorschläge der Österreichischen Volkspartei zu eigen gemacht und gewisse Dinge zumindest eingeleitet hat.

Wir haben dann als Österreichische Volkspartei neuerlich einen Antrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingebracht, und hier ist auch die Frage: Warum, Herr Finanzminister, haben Sie nicht zumindest teilweise diese Anträge oder diese Vorschläge aufgegriffen?

Am 26. Juni des heurigen Jahres hat die Österreichische Volkspartei den Antrag auf Durchführung einer großen Steuerreform im Parlament eingebracht, um einen Wirtschaftsaufschwung einzuleiten, das Wirtschaftswachstum zu sichern, die Arbeitslosigkeit zu senken und gleichzeitig auch einen ersten Schritt in der Frage der Sanierung des Staatshaushaltes einzuleiten.

Wir haben also diesen Drei-Phasen-Vorschlag gemacht, der schon einige Male diskutiert wurde. Er wird von Ihrer Seite einfach damit abgetan, daß man die Direktförderung kürzen will, wie der Herr Abgeordnete Mühlbacher gesagt hat, und damit die Klein- und Mittelbetriebe schädigen will. Man vergißt aber total zu erwähnen, welche positiven Vorschläge dieser Steuerreformvorschlag enthält. Denn wir stehen auf dem Standpunkt: Wir müssen zuerst die Wirtschaft ankurbeln, wir müssen zuerst die Betriebe, die etwas leisten können, auch dazu bringen, daß sie investieren, damit höhere Steuereingänge zu erwarten sind. In einer zweiten und dritten Phase müßten die Familien und Kleinverdiener entlastet und müßte eine allgemeine Entlastung und eine Tarifreform durchgeführt werden. Das sind unsere Vorschläge. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Sie haben immer wieder gesagt, Sie werden alles prüfen, Sie werden die Steuerreformkommissionsvorschläge prüfen, aber in Wirklichkeit ist von Ihrer Seite nichts geschehen. Das ist schlecht, weil damit die Möglichkeiten, die man hätte, versäumt wurden.

Schließlich haben wir dann noch einen Antrag von Dr. Mock auf Aufhebung der Zinsertragsteuer eingebracht zur Stärkung des Kapitalmarktes und zur Entlastung der Sparer. Auch auf diese Dinge sind Sie in keiner Weise eingegangen, Sie haben auch diese Möglichkeit versäumt. Wie gesagt, Sie haben sich mit Ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Vielleicht zur Sparbuchsteuer einige Dinge: Sie haben sie ja voriges Jahr eingeführt mit Wirkung vom 1. Jänner des heurigen Jahres mit 7½ Prozent. Was war die Folge? — Ein massiver Rückgang der Spartätigkeit in Österreich, das Vertrauen in den Staat wurde erschüttert, die Geldanlagen der Österreicher im Ausland haben zugenommen und die Ausländer haben andererseits ihre Gelder in Österreich von österreichischen Banken abgezogen.

Schließlich ist der Absatz von österreichischen Anleihen und Wertpapieren ganz dramatisch geschrumpft. Der Kapitalmarkt wurde dadurch total gestört. Die „Wiener Zeitung“ vom 4. Dezember schreibt: „Kapitalmarkt bringt 1985 wieder mehr“. Sie schreibt, 1984 werden sich die Nettoemissionen nur auf 13,4 Milliarden Schilling belaufen, das geringste Jahresvolumen seit dem Ölschock 1973.

Das heißt, es ist zu einem massiven Einbruch auf dem Wertpapiermarkt gekommen, den die sozialistisch-freiheitliche Regierung mit ihren Beschlüssen über die Sparbuchsteuer im vorigen Jahr ausgelöst hat.

Für das nächste Jahr sind Emissionswünsche von 60 Milliarden Schilling genannt, und zu erwarten sind maximal 30 Milliarden Schilling. Das ist das Ergebnis. Mit Ihrer Reduzierung der Zinsertragsteuer auf 5 Prozent 1986 werden Sie den Kapitalmarkt nicht in Ordnung bringen.

Die Banken empfehlen, Herr Finanzminister, den Kauf ausländischer Anleihen, nicht nur wegen der höheren Zinsen und der höheren Realverzinsung, sondern auch unter Hinweis auf die österreichische Zinsertragsteuer. Auch das ist, glaube ich, für Österreich eine sehr schlechte Vorgangsweise.

Dann nimmt das Industrie-Clearing ständig zu. Das heißt, die Industrie arbeitet an den Banken vorbei, weil sie klarerweise diesen Zinsertragsteuervorschreibungen ausweichen will. Daher ist nach unserem Dafürhalten die Abschaffung dieser Zinsertragsteuer die einzig vernünftige Lösung (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist ja interessant, daß zum Beispiel in einem Artikel in der „Presse“ vom 30. November geschrieben wird: Ein Freiheitlicher: Er scheint sich seiner Macht und seiner Bedeutung einfach nicht bewußt zu sein — so meint er zum Finanzminister —, anders könnte man es nämlich nicht erklären, daß er den Ländern um 100 Prozent mehr Geld gegeben hat, als diese erwartet hatten, daß er bei der ZEST

tatsächlich die blödeste aller Lösungen, ein Drittel weniger, akzeptiert hat. — Bitte, das zitiere ich aus der Zeitung, es ist nicht meine Art, das als „blödeste“ Lösung darzustellen, aber es steht tatsächlich so in der Zeitung, Herr Finanzminister. Wenn das wirklich so ausgeführt wird, ist das wahrlich eine sehr negative Aussage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, den wir in unserem Programm immer wieder vorschlagen, ist die Eindämmung der Verschwendung. Das ist ein Punkt, der uns immer wieder vorgehalten wird, aber, Herr Finanzminister, Sie haben die Einsparungsmöglichkeiten bei diesem Budget nicht ausgeschöpft. Sie haben einfach alles so übernommen, wie es geplant war, wahrscheinlich durch Ihren Vorgänger, und Sie haben sich nicht bemüht, einige wesentliche Punkte zu realisieren: die Bürokratie in den Zentralstellen, Staatssekretäre, bessere Organisation in der Verwaltung, rationellerer Einsatz moderner Bürotechniken. Bei den Bundesbahnen das Defizit zu verringern — das ist Ihnen nicht gelungen. Sie hätten nur einen Teil des ÖBB-eigenen Konzeptes zu verwirklichen brauchen, dann wären Einsparungen von einigen Milliarden möglich gewesen. Sie haben in diesen Bereichen leider nichts zustande gebracht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun zum Bereich der verstaatlichten Betriebe und der verstaatlichten Banken.

Sehr geehrter Herr Finanzminister! Wenn Sie den Rechnungshofbericht lesen, der über einen Konzernbetrieb der Creditanstalt-Bankverein, nämlich Stölzle-Oberglas, verfaßt wurde, dann sehen Sie, daß in diesem Rechnungshofbericht gewaltige Mißstände in Führung, Organisation und Konzeption sowie unzureichende Durchführung von Sanierungskonzepten aufscheinen. Bis 1983 entstanden Verluste in der Höhe von 470 Millionen Schilling. Die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen haben bereits die Creditanstalt-Bankverein mit rund 450 Millionen Schilling belastet, und weitere Maßnahmen sind auf diesem Sektor notwendig.

Das heißt, die Creditanstalt-Bankverein muß ihr Geld dort hineinstecken und bezahlt dafür keine Steuern. Das ist ein Steuerausfall. Sie sorgen nicht dafür, daß hier endlich Ordnung geschaffen wird und daß man die Verluste nicht durch staatliche Mittel abdecken muß. (*Abg. Dr. Gradenegger: Mit Molke-reisubventionen könnte man es vielleicht ausgleichen!*)

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Gleichzeitig, Herr Finanzminister, werden am Markt die Konkurrenten dieses Unternehmens konkurrenziert und mit Schleuderangeboten ruiniert. Das heißt mit anderen Worten, es gibt Beschwerdebriefe einzelner Firmen, die durch die Vorgangsweise dieses Unternehmens in Schwierigkeiten kommen. Es ist zu befürchten, daß diese Konkurrenzunternehmen auch in Schwierigkeiten kommen und Subventionsansuchen an das Ministerium stellen.

Es ist an und für sich die Gewohnheit eingerissen, daß man immer wieder seitens der verstaatlichten Betriebe und der verstaatlichten Banken zum Staat kommt und sagt: Der Staat muß Steuergelder einsetzen, um diese Betriebe zu sanieren. Es wird zur Gewohnheit, daß überhaupt keiner etwas unternimmt. Jeder sagt: Bevor ich nicht vom Staat Steuergelder bekomme, investiere ich nicht. (*Abg. Rechberger: Das zieht nicht mehr!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die verstaatlichten Banken sollen ihre Industriebeteiligungen abstoßen und sollen dazu sehen, daß ordnungsgemäß gewirtschaftet, der Wettbewerb auf dem Markt nicht dadurch ausgeschaltet wird und keine Steuerausfälle für den Staat entstehen. (*Abg. Dr. Gradenegger: Sie leben in der Molkerei nur von Subventionen!*)

Nächster Punkt — meine sehr geehrten Damen und Herren, laßt's euch Zeit, wir haben noch einige Dinge. (*Heiterkeit.*)

„Andritz schlägt die Stunde.“ — Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da heißt es: „Die Probleme der zu 80 Prozent der Creditanstalt-Bankverein gehörenden Firma Andritz haben das Ausmaß des Falles EUMIG-Länderbank erreicht.“ 2,7 Milliarden Schilling liegen als Kapitalwünsche der Creditanstalt-Bankverein für Andritz im Finanzministerium. Eine gewisse Verantwortung für den Fall Andritz liegt auch beim früheren CA-Vorstand und heutigen Finanzminister Vranitzky. Vranitzky war damals der Zuständige für Andritz. Ich muß dazusagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn wir so weitertun, daß wir einen Großteil der Steuergelder zur Sanierung verschiedener Betriebe benötigen, die nicht ordnungsgemäß wirtschaften, dann kommen wir in Teufels Küche. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben den Sorgenkindern Andritz und Stölzle-Oberglas gibt es im CA-Konzern noch die Sanierungsfälle Steyr-Daimler-Puch und

die Maschinenfabrik Haid. Diese Fälle belasten neben den sonstigen staatlichen Betrieben den Bundeshaushalt und müßten für den Finanzminister Anlaß zu einer raschen und gründlichen Bereinigung sein. Ich glaube, Herr Finanzminister, es ist eine Forderung im Interesse aller Österreicher, daß in diesen Bereichen, wo nicht ordnungsgemäß gewirtschaftet wird, für rasche und gründliche Bereinigung gesorgt wird.

Nächster Punkt. (*Ruf bei der SPÖ: 15 Minuten!*) Ich habe 30 Minuten und nicht 15 Minuten. Merken Sie sich das, Herr Abgeordneter!

Nächster Punkt: Mehreinnahmen wären auch möglich gewesen, Herr Finanzminister. Sie haben sie nicht erschlossen. Beispiel: Postsparkasse. Die Vergütung der Postsparkasse an die Postverwaltung für die Dienstleistungen in den 2 289 Postämtern betrugen 1983 und im Voranschlag 1984 rund 160 000 S pro Postamt. In diesem Betrag sind die vollen Miet-, Investitions- und Energiekosten sowie die Kosten für den Außendienst durch die Briefträger enthalten. Die Kosten einer Ein-Mann-Filiale des übrigen Kreditapparates rechnen sich inklusive aller Nebenspesen auf einen Betrag von mindestens 600 000 S pro Jahr. Die Postsparkasse erspart sich daher pro Postamt zirka 440 000 S. Das ist bei den 2 289 Postämtern in Österreich über 1 Milliarde Schilling, die als Ertragsausfall für den Bund wirksam wird.

Der Verlust für den Bund ist noch höher, wenn man die Dienstleistungen der Briefträger für die PSK rechnet. Die Wettbewerbsvorteile der PSK liegen unter anderem auch darin, daß sie die Bankplatzsteuer nur in der Höhe von 10 000 S pro Filiale zu entrichten hat, während alle übrigen Kreditinstitute einen Betrag von 100 000 S pro Filiale abführen müssen.

Herr Finanzminister! Sie verzichten hier auf eine Einnahme in der Höhe von 1 Milliarde Schilling und stören damit außerdem den fairen Wettbewerb zwischen den einzelnen Kreditinstituten! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: In der Raiffeisenkasse...!*) Das sind leider die Tatsachen, Herr Abgeordneter. (*Abg. Dr. Gradenegger: Der Raiffeisenverband — das tut weh!*) Ich kann Ihnen nicht helfen, auch wenn Sie noch so schreien, Herr Hofrat. Wir wissen ja, Sie sind bekannt dafür, daß Sie die unqualifiziertesten Zwischenrufe in diesem Haus machen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Mit Ihnen nehme ich es noch immer auf!*) Ich möchte mich daher gar

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

nicht mit Ihnen beschäftigen. Da würde mir sehr leid um die Zeit sein.

Noch ein Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren: die Frage der Finanzschulden. Es wurde heute schon teilweise darauf hingewiesen. Ich möchte nur sagen, daß die Entwicklung dramatisch ist, daß wir im Laufe des kommenden Jahres in die Größenordnung von 531 Milliarden Schilling Staatsverschuldung kommen werden und daß damit praktisch der 11,3fache Staatsverschuldungsgrad gegenüber 1970 erreicht ist.

Wir hatten in den letzten vier Jahren eine Neuverschuldung von durchschnittlich 60 Milliarden Schilling pro Jahr, was insgesamt 240 Milliarden Schilling Neuverschuldung in diesen vier Jahren ausmacht. Diese Neuverschuldung in den letzten vier Jahren allein bedeutet pro Jahr eine Tilgung von rund 24 Milliarden Schilling und durchschnittliche Zinsen von rund 20 Milliarden Schilling. Das heißt, was wir uns in den letzten vier Jahren eingewirtschaftet haben, sind 44 Milliarden Schilling an Tilgung und Zinsen für diese Neuverschuldung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was man mit 20 oder 40 Milliarden Schilling in wirtschaftsfördernder und einkommenssichernder Hinsicht machen könnte, brauche ich in diesem Kreise nicht zu erwähnen. Mit dieser Neuverschuldung kommt eine solche Belastung, die für die Entwicklung der kommenden Budgets außerordentlich kritisch ist. Deutschland, auf das Sie heute hingewiesen haben, hat die Neuverschuldung von 60 Milliarden DM im vergangenen Jahr auf 25 Milliarden DM im heurigen Jahr gesenkt. Das heißt, den Deutschen ist die Einleitung der Budgetsanierung gelungen. Es ist zwar auch noch nicht alles in Ordnung, aber bei uns hat man diese Chancen einer beginnenden Budgetsanierung komplett vertan und nicht ausgeschöpft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Schuldenpolitik, die unter Dr. Kreisky und Dr. Sinowatz begonnen hat, einen Wohlstand auf Kredit in Österreich geschaffen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Sie stellen eine schwere Vorbelastung für die nächste Generation dar, und dafür ist diese sozialistische und freiheitliche Regierung verantwortlich zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die „Industrie“ schreibt zum Beispiel in einer Aussendung: „Österreich ist im Schuldenmachen Weltmeister.“ Das heißt, 1974 hat

Österreich, wie dieser Mitteilung zu entnehmen ist, 9,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an Schulden gehabt, und 1983 waren es praktisch 34,5 Prozent, also das Dreieinhalbfache. Zum Vergleich, wie gegenüber 1974 die Verschuldungszunahme in den einzelnen Ländern war: Österreich 1 zu 3,5, Deutschland 1 zu 2,9, Schweiz 1 zu 2,2, Belgien 1 zu 2,3, Schweden 1 zu 2,7, Italien 1 zu 2,6 und Frankreich 1 zu 2,2. Das bedeutet, daß Österreich mit 1 zu 3,5 absoluter Weltmeister im Schuldenmachen ist. Und das ist ein Trauerspiel! *(Ruf bei der SPÖ: Aber in der Redezeit sind Sie Weltmeister! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie mich nicht aufhalten, werden wir gleich fertig sein.

Ich möchte abschließend nur noch darauf hinweisen, daß uns natürlich der Schuldendienst größte Sorgen bereitet und daß die Zunahme des Schuldendienstes und die Belastungen daraus wirklich schon dramatisch sind. Wir wissen, daß wir im kommenden Jahr 36,2 Prozent der Nettosteureinnahmen des Finanzministers für den Schuldendienst benötigen und daß allein für Zinsen und Spesen 19 Prozent der Nettosteureinnahmen aufgehen werden. Wenn das so weitergeht, brauchen wir 1988 bereits 42,5 Prozent für den Staatsschuldendienst. Sie ersehen daraus, daß die finanzielle Bewegungsfreiheit des Finanzministers ständig schlechter wird.

Diese ungünstige Entwicklung ist ausschließlich auf die Verschwendungs- und Verschuldungspolitik der SPÖ-Regierungen seit 1970 zurückzuführen. Da auch der neue Finanzminister zu keinem Kurswechsel bereit ist, lehnt die Österreichische Volkspartei dieses Kapitel ab. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Hat lang gedauert!)* 13.57

Präsident: Zu Wort kommt die Frau Abgeordnete Elfriede Karl.

13.57

Abgeordnete Elfriede Karl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Zittmayr hat eingangs seiner Rede gemeint, die ÖVP hätte keine ausgabenwirksamen Anträge in der Budgetdebatte gestellt. Das mag schon stimmen, nur, Herr Abgeordneter Zittmayr, etwas anderes stimmt auch, nämlich daß erstens eine ganze Reihe sehr wohl kostenwirksamer Anträge von Ihnen im Haus liegt, auch wenn Sie diese nicht gerade bei der Budgetdebatte eingebracht haben, und daß zweitens auch während der Debatte in diesen letzten Wochen immer wieder von Rednern Ihrer

Elfriede Karl

Partei kritisiert wurde, die eine oder andere Ausgabe sei zu nieder, der eine oder andere Einnahmenverzicht, siehe Abgabenänderungsgesetz, sei ebenfalls zu nieder. Ich brauche Sie hier nur an die Debatte von vorgestern zu erinnern. Daß man während der Budgetdebatte keine schriftlichen Anträge auf Ausgabenerhöhungen einbringt, sagt in diesem Zusammenhang überhaupt nichts aus. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Auch heute zieht sich wieder wie bereits in den letzten Wochen wie ein roter Faden die Kritik und die Aussage der Opposition durch die Debatte, mit diesem Budget wäre eine Konsolidierungschance vertan worden. Weiters wird die Höhe der Staatsausgaben und die Höhe des Defizits kritisiert.

Ich glaube, man muß daher mit aller Deutlichkeit noch einmal sagen, daß erstens die Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts, wenn man sie mit der voraussichtlichen Gebarung 1984 vergleicht, weniger steigen, als die für 1985 erwartete Steigerung des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, und daß zweitens das geplante Budgetdefizit nicht nur absolut etwas niedriger ist als im Jahre 1984, sondern vor allem auch der Anteil des Nettoabgangs am Bruttoinlandsprodukt zurückgeht, und zwar, wenn man das für die letzten beiden Jahre, also von 1983 auf 1985, betrachtet, von 5,44 auf 4,37 Prozent. Das ist rund ein Fünftel.

Das, meine Damen und Herren, ist ein ganz beachtlicher Konsolidierungsschritt. Es ist allerdings eine Konsolidierung, die mit Vorsicht und Augenmaß sowie mit Rücksicht auf Folgen für die Betroffenen stattfindet. Denn Staatsausgaben sind ja nicht Selbstzweck, sondern sie bedeuten Einnahmen, direkte Einkommen für Tausende von Menschen, sie bedeuten ebenso Förderung, Aufträge und Einkommen für viele Betriebe. Und das, glaube ich, muß man auch sehen, wenn man über die Höhe der Bundesausgaben, über die Höhe des Budgetdefizits und auch über die Abgabenquote diskutiert.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dieses Budget ein weiterer Schritt in jene Richtung ist, die es ermöglicht, daß sich Österreich in wichtigen Wirtschaftsdaten — überall dort, wo es die Menschen besonders trifft: Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Kaufkraft der Einkommen, Preisentwicklung — vorteilhaft von der Entwicklung in anderen Industriestaaten abhebt. *(Beifall bei SPÖ und*

FPÖ. — Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Die Debatte dieses Herbstes ist sehr stark von Steuerfragen gekennzeichnet gewesen. Wir haben vorgestern einen Beharrungsbeschluß zum Abgabenänderungsgesetz gefaßt. Es enthält die Kürzung der Zinsertragsteuer, es enthält einige hundert Millionen Steuererleichterungen für die Wirtschaft, es enthält steuerliche Erleichterungen für Investitionen im Bereich des Umweltschutzes sowie eine ganze Reihe von Verwaltungsvereinfachungen und geht eigentlich in die Richtung, die Sie immer wieder reklamieren; vorgestern der Herr Dr. Schüssel, heute der Herr Präsident Sallinger.

Sie haben trotzdem diesem Gesetz Ihre Zustimmung verweigert und wieder auf Ihr Steuerkonzept verwiesen, dessen Verwirklichung alles in allem nach den Berechnungen des Finanzministeriums etwa 30 bis 35 Milliarden Schilling kosten würde. Sie schlagen gleichzeitig die Kürzung der direkten Wirtschaftsförderung vor, Dr. Schüssel hat im Ausschuß gemeint, daß hier sozusagen eine Gegenrechnung möglich wäre, daß eine solche angestellt werden könnte.

Herr Präsident Graf! Ich will jetzt nicht untersuchen, ob direkte oder indirekte Wirtschaftsförderung zweckmäßiger wäre. Ich glaube, das ist kein Glaubensbekenntnis, sondern das ist wirklich eine Frage der Zweckmäßigkeit, das kann in dem einen Fall das eine und in dem anderen Fall das andere sein, wahrscheinlich eine Kombination aus beiden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auf etwas anderes hinweisen, was mich an dieser Debatte stört. Die ÖVP wirbt auf Plakaten für dieses Steuerkonzept. In Salzburg jedenfalls hängen diese Plakate in den Schaukästen der ÖVP, und zwar wird nicht nur für die erste Etappe, sondern für das gesamte Konzept geworben. Nur: Auf diesen Plakaten sagen Sie von Ihrem Wunsch, Ihrem Vorschlag, oder wie immer man das nennt, nach Kürzung der direkten Wirtschaftsförderung nichts. Das heißt, dort erwecken Sie den Eindruck, als ob das zusätzlich zum bisherigen Instrumentarium geschehen solle. Gleichzeitig gibt es aber Ihre Forderung nach Senkung des Defizits.

Das heißt, Sie erwecken hier den Eindruck, als ob Ihnen sozusagen die Quadratur des Kreises gelingen würde. Und das, glaube ich, ist in einer Auseinandersetzung, die man führen kann — direkte Wirtschaftsförderung

Elfriede Karl

gegen indirekte über die Steuern —, unehrlich und unseriös. Solche Tricks, meine Damen und Herren, sollten eigentlich auch in der Öffentlichkeitsarbeit unterbleiben. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Dr. Schüssel hat vorgestern über eine Studie über die Wirkungen der Höhe der Staatsquote beziehungsweise die Beschäftigungswirkung von Staatsausgaben oder auch die Wirkungen der Senkung der Staatsquote gesprochen. Und er hat in diesem Zusammenhang dann, sozusagen als Beleg für die Auffassungen, die er dabei vertreten hat, auf den Wirtschaftsaufschwung in den USA als Folge der massiven Einkommensteuersenkung hingewiesen. Er hat dabei zunächst einmal übersehen, daß diese Politik der Regierung Reagan mit einer massiven Kürzung der Sozialausgaben verbunden war und zunächst einmal einen sehr, sehr starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, das heißt, daß das zu Lasten der sozial Schwächsten gegangen ist.

Dann gibt es allerdings auch andere Meinungen über die Ursachen des Wirtschaftsaufschwungs in den USA, nämlich daß dieser auf ein massives Deficit spending im Zusammenhang mit der Forcierung der Rüstung und auf die damit verbundene gewaltige Ausweitung der Staatsausgaben, des Budgetdefizits und auf die dadurch ausgelöste zusätzliche Nachfrage zurückzuführen ist.

Das heißt, die Entwicklung in den USA ist sicherlich nicht als Beweis dafür zu betrachten, daß man über Steuerpolitik allein Wirtschaftswachstum erzielen kann, sondern dazu bedarf es anderer Maßnahmen, auch direkter Wirtschaftsförderung, vor allem wenn es um Strukturpolitik geht, darüber hinaus aber auch nachfrage- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen. Für mich ist die Entwicklung in den USA eigentlich vielmehr der Beweis dafür, daß Keynes seinerzeit recht hatte, als er auf die Bedeutung von Zukunftserwartungen der Unternehmer, auf die Bedeutung von Erwartungen zur Nachfrageentwicklung hingewiesen hat.

Zu dieser Studie ist auch noch etwas anderes zu sagen. In einer CA-Publikation, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigt, werden drei Studien über die Beschäftigungswirkung von Staatsausgaben oder einer Erhöhung der Staatsausgaben zitiert. Eine davon ist vom Institut für Höhere Studien; ich weiß nicht, ob es die gleiche ist, die Herr Dr. Schüssel zitiert hat.

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis dieser drei Studien, das da angeführt wird, ist sehr unterschiedlich. Die beiden anderen Studien kommen zu wesentlich höheren Beschäftigungswirkungen von Staatsausgaben als das IHS. Das heißt, es ist also auch hier offensichtlich Berechnungsmethode, Meinung und so weiter unter Fachleuten unterschiedlich und nicht unumstritten.

Zur Situation der Wirtschaft in Österreich, die ja immer wieder besonders schwarzgemalt wird — auch der Herr Präsident Sallinger hat das heute getan —, möchte ich noch auf folgendes hinweisen:

Es gibt in der Zeitschrift des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Arbeiterkammer und des BFI Oberösterreich einen Artikel, der sich mit Gewinn, Steuerentwicklung und Arbeitskostenentwicklung für den Zeitraum 1981 bis 1983 — also einen wirtschaftlich eher problematischen Zeitraum — auseinandersetzt. Und in diesem Artikel wird aufgezeigt, daß im Zeitraum 1981 bis 1983 die Gewinne aus Besitz und Unternehmung insgesamt um 27,3 Prozent gestiegen sind und gleichzeitig das Aufkommen an den direkten Gewinn- und Vermögensteuern um 2,7 Prozent zurückgegangen ist. Das wirft schon ein Licht auf die Aussagen zur Steuerbelastung. Dazu kommt — auf einen längeren Zeitraum bezogen — ein Vergleich der Arbeitskosten je Produktionseinheit in der Industrie, der zeigt, daß von 1977 bis 1983 die Arbeitskosten in Österreich wesentlich geringer gestiegen sind als im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten, nämlich, unter Bereinigung der Wechselkursschwankungen, in Österreich um knapp 14 Prozent und im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten um 29 Prozent.

Ich glaube, daß man diese Fakten der doch oft sehr heftigen Schwarzmalerei der Opposition entgegensetzen muß und daß sie in einer sachlichen Diskussion wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme zu beachten sind.

Meine Damen und Herren! Der Bundesvoranschlag für 1985 enthält neben einer doch recht beträchtlichen Ausweitung von Investitionen und Investitionsförderung — es sind insgesamt etwa 9 Prozent, und damit ist das eine stärkere Steigerung als der gesamte Ausgabenrahmen — auch eine ganze Reihe von anderen Verbesserungen für die Menschen in diesem Land, die im Zuge der Budgetberatungen, der Beratungen in diesem Haus in den letzten Tagen ausführlich diskutiert worden sind. Ich brauche daher jetzt nicht mehr darauf einzugehen.

Elfriede Karl

Ich glaube, daß es sich hier um ein sehr ausgewogenes Budget handelt, das neben notwendigen Konsolidierungsschritten auch die nötigen wirtschafts- und sozialpolitischen Impulse enthält und damit zu einer weiteren positiven Entwicklung in Österreich beitragen kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.11

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky.

14.11

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ende der parlamentarischen Debatte über den Bundesvoranschlag 1985 fällt auch mit dem Ende eines Kalenderjahres zusammen, und es lohnt sich, Ende 1984 Bilanz zu ziehen über den Bundeshaushalt. Der Bundeshaushalt wird — das ist gar nicht selbstverständlich und in der historischen Darstellung nicht häufig — dem Vollzug entsprechen.

Dazu kommt eine Reihe wichtiger Einzelheiten. Es wird gelingen, daß wir Ende 1984, verglichen mit Ende 1983, um 6,8 Milliarden Schilling weniger Auslandsschulden haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Das ist ganz besonders wichtig, weil wir damit nicht nur unsere Bewegungsfreiheit auf den internationalen Kapitalmärkten stärken, sondern dadurch auch unter Beweis gestellt haben, daß wir ein Nettodefizit auch ausschließlich im Inland decken können. Es sind weiters in den letzten Wochen geeignete Maßnahmen ergriffen worden, den österreichischen Kapitalmarkt aus seiner Stagnation herauszuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So wie die Zinsertragsteuer, wie Sie alle genau wissen, nicht die einzige Ursache für die Kapitalmarktschwäche ist, so ist auch die Senkung der Zinsertragsteuer nicht die einzige Ursache für die Wiederbelebung des Kapitalmarktes, sondern da waren viele kleine, detaillierte und wichtige Einzelschritte notwendig, wie etwa das Akkordieren mit dem Kreditapparat, die Wiederherstellung eines Vertrauensverhältnisses in den langfristigen Markt, klare Feststellungen hinsichtlich der Ertragsentwicklung der österreichischen Geldinstitute.

Auch wenn Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, immer wieder Sorgen darüber machen, ob meine eigenen Ideen in Regierung und Partei zum Durchbruch kommen

oder nicht: Ich würde Ihnen empfehlen, sich anderen Dingen zuzuwenden. Ich bin bei mir selber in sehr guten Händen und bedanke mich für diese Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Obwohl Sie immer wieder zur Zinsertragsteuer Sparbuchsteuer sagen, obwohl Sie immer wieder das Abfließen österreichischer Anlageformen ins Ausland nur auf die ZEST zurückführen, wissen Sie so gut wie ich, daß das nicht ausschließlich der Fall ist. Wenn Sie es aber zu Ihrer persönlichen Dramaturgie brauchen, dann fahren Sie fort damit. Ich bin aber nicht beeindruckt davon, ebenso auch nicht vom Industrie-Clearing. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das heißt aber nicht, daß wir uns selbstzufrieden zurücksetzen können. Ganz im Gegenteil: Wir haben weiter große Anstrengungen zu machen, den österreichischen Kapitalmarkt flott zu halten und funktionell abzusichern. Dazu gehört auch, sehr geehrter Herr Abgeordneter Zittmayr, die Sorge um die österreichischen Geldinstitute. Dazu gehört, daß ich zusammen mit dem Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank die Institute dringend eingeladen habe, nach dem Rechten ihrer Ertragslage und ihrer Reservenbildung zu sehen. Dazu gehört auch die von Ihnen relevierte Angelegenheit der Einbindung in den Wettbewerb der Österreichischen Postsparkasse. Es gibt auch auf diesem Gebiet Problembewußtsein, und ich werde mit den Instituten alles unternehmen und alles versuchen, um zu einer Lösung zu kommen.

Daß es immer wieder unterschiedliche Auffassungen gibt, liegt in der Natur der Dinge. Ich erinnere mich an die Debatte hier im Hohen Haus, als der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel erst gestern die Beseitigung der Zinsertragsteuer nur für die Wertpapiere gefordert hat, wogegen vor einigen Wochen der Abgeordnete Dr. Graff dieses als ganz unmöglich ausgeschlossen und sich große Sorgen um die kleinen Sparer gemacht hat. Also die Meinungsvielfalt ist ja ein typisches Zeichen unseres Systems.

Meine Damen und Herren! Zum Budget 1985 gibt es selbstverständlich Probleme, wie in allen anderen Bereichen der Wirtschaft auch. Aber, Herr Abgeordneter Zittmayr, wenn Sie das „Budgetdebakel“ und diesen einen Horwitz-Artikel aus der „Presse“ zitieren, so haben Sie nicht zitiert, daß dieses „Budgetdebakel“ ja, wie es dort dargestellt wird, nicht auf Vranitzky zurückzuführen ist, und Sie haben auch nicht gesagt, daß das überhaupt nichts Neues ist.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Ich hoffe, Sie sind nicht erst bei der Lektüre dieses Berichtes draufgekommen, daß es ein budgetäres Problem gibt. Wir werden uns ganz sicher dieses Problems annehmen, ohne Illusion und Hoffnung, daß das in wenigen Monaten zu bereinigen ist; das wird sicherlich eine Aufgabe für mehrere Jahre sein.

Wir werden alle miteinander keine absolute Erfolgsgarantie abgeben können. Aber wir werden uns eben sehr anstrengen, und zwar schon im Vollzug des Budgets 1985, wo ich in der Regierung bestimmte Vorgangsweisen vorschlagen werde. Wir werden uns daher aber auch die strukturelle Komponente anlegen lassen, nämlich die einzelnen Budgetkapitel kritisch zu untersuchen. Dazu bedarf es aber doch einer sehr genauen Diagnose, wie in einem einschlägigen Bericht etwa des Wirtschaftsforschungsinstituts nachgelesen werden kann.

Sie haben geklagt, meine Damen und Herren von der Opposition, daß die Investitionen im BVA 1985 zurückgehen beziehungsweise einen neuen „Tiefpunkt“ erreicht haben. Die antizyklische Budgetpolitik wurde nicht erst gestern und nicht von mir erfunden. Ich glaube, daß sie vor vielen Jahren Herr Professor Kamitz als ein wichtiges Instrument im Köcher der Budgetpolitik bezeichnet hat. Wenn wir also die Konjunkturprognosen für 1985 Revue passieren lassen, so ist auf Grund dieser Prognosen nicht eine starke Expansion der Investitionsausgaben naheliegend, sonst würde ja das Prinzip der antizyklischen Budgetpolitik nicht eingehalten werden.

Dennoch aber vergleichen sich die Investitionen im BVA 1985, wenn Sie es nachrechnen, gar nicht so schlecht, denn es gibt auch 1985 gegenüber 1984 eine Steigerung, und zwar insgesamt von 6,8 Prozent zu laufenden Preisen, wenn ich nach dem Verbraucherpreisindex bereinige, so ergibt das immerhin eine Steigerung um 4,5 Prozent. Ich sehe darin ganz sicherlich keinen Tiefpunkt.

Sie haben die Personalentwicklung beklagt. Ich kann Ihnen dazu sagen, daß in 15 Jahren — also von 1970 bis 1985 — die Planstellen in den Zentralstellen insgesamt von 1,86 auf 1,94 Prozent gestiegen sind. Ich halte das in einer 15jährigen Periode nicht für dramatisch, füge aber hinzu, was vielleicht etwas wesentlicher ist als das, daß man sich nämlich von 1978 bis 1985 bei der Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst nicht nur um die Köpfe, sondern auch um die Personen gekümmert hat. Das zeigt, daß wir in den Jahren 1978 bis 1985 zum Beispiel um insgesamt 2 500

mehr jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge aufgenommen haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ein wichtiger Punkt ist selbstverständlich auch in allen Teilen der Finanzpolitik die Umweltpolitik. Daher ist Umweltpolitik, Umweltschutz, Umweltgestaltung ein ganz wichtiger Schwerpunkt auch im Bundesvoranschlag 1985. Ich beziehe mich auch auf die Rede des Herrn Präsidenten Sallinger, der meinte, die Einrichtung des Umweltfonds sei ein erster kleiner Schritt.

Die Errichtung des Umweltfonds ist weder ein erster noch ein kleiner Schritt, ein erster schon deshalb nicht, weil wir seit vielen Jahren aus vielen Bereichen der öffentlichen Finanzen — aus dem Wasserwirtschaftsfonds, aus der Papieraktion, aus der Gewerbestrukturaktion und so weiter — sehr viel unternommen haben gerade zum Thema Umweltschutz.

Wir haben zum Beispiel in ganz Österreich überhaupt nur mehr zwei Zellstofffabriken umweltschutzpolitisch zu bereinigen. Dann sind wir mit diesem Programm fertig.

Ich erinnere weiters an die verschiedenen Rauchgasentschwefelungsanlagen, an die Abwasseranlagen, an das komplette Programm der Seenreinhaltung, an das Programm der Lawinenbauten, der Schutzbauten, der Wasserschutzbauten, der Muren. Also ein „erster“ Schritt ist das bestimmt nicht.

Zweitens ist es auch kein kleiner Schritt, denn der Umweltfonds von 1 Milliarde Schilling läßt es zu, daß wir, weil es ja ein Stützungssystem ist und ein System verlorener Zuschüsse, damit allein in einem Jahr ein Investitionsvolumen von rund 3 Milliarden Schilling fördern können. Das ist für mich ziemlich viel Geld, und es ist daher kein kleiner Schritt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Im übrigen finde ich es bemerkenswert, daß der Herr Präsident Sallinger als der erste Sprecher der österreichischen Wirtschaft das als einen kleinen Schritt bezeichnet hat, wo ja doch die Unternehmungen in Wirklichkeit die Investitionen selber durchgeführt haben und all diese Aktionen und Aktivitäten zu schmälern oder zu verniedlichen gleichzeitig auch eine Verniedlichung der Investitionen in den Unternehmungen bedeutet.

Wenn der Herr Präsident meint, der Erfolg der guten Wirtschaftslage sei nicht nur ein Erfolg der Wirtschaftspolitik der Bundesre-

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

gierung, sondern ein Erfolg der Wirtschaft, so kann ich nichts anderes, als ihm hundertprozentig zuzustimmen. Denn Inhalt der Wirtschaftspolitik ist es ja, nicht selber zu wirtschaften, sondern Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft zu schaffen, was auch Sie, Herr Abgeordneter Zittmayr, gesagt haben. Und wenn der oberste Wirtschaftssprecher Österreichs die gute Wirtschaftsentwicklung lobt, dann lobt er damit gleichzeitig die guten Rahmenbedingungen, die die Regierung geschaffen hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich habe in einem Informationsgespräch die Herren der Österreichischen Volkspartei darüber informiert, daß es in einigen Industrieunternehmen, die der Creditanstalt-Bankverein nahestehen, wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt. Dem ist aber mehreres hinzuzufügen.

Erstens: In diesem Bereich gibt es auch etliche Unternehmen, die sehr erfolgreich wirtschaften und die sehr gut dastehen. Es ist notwendig, auch darauf einmal hinzuweisen, daß dort gute Erträge erzielt werden, Dividenden ausgeschüttet werden, Reserven gebildet werden, Steuern gezahlt werden und viele Arbeitnehmer beschäftigt werden. Dennoch haben wir in einigen Unternehmen, was ja bekannt ist, wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ich habe, wie gesagt, die Herren der Österreichischen Volkspartei darüber informiert. Wir werden zu diesem Thema im nächsten Jahr im Gespräch bleiben.

Es ist verständlich, wenn Sie, Herr Abgeordneter Zittmayr, eine rasche und gründliche Bereinigung fordern. Das ist vielleicht eine nicht ganz zutreffende Einschätzung der Situation in großen Industrieunternehmen, wo rasches und gründliches Arbeiten auch einer gewissen Zeit bedarf. Aber ich stimme Ihnen zu, daß das ein sicherlich auf dem Tisch liegendes Problem da und dort ist. Es wird hier keine allgemeingültigen Regelungen und Lösungen geben, weil ja zwischen einer Glasfabrik und einer Traktorenfabrik doch maßgebliche Unterschiede bestehen.

Sie haben etliche Zeitungsartikel vorgelesen, haben sehr viel zitiert. Unter anderem haben Sie auch gemeint, daß ich den Ländern beziehungsweise den anderen Gebietskörperschaften im Finanzausgleich um 100 Prozent mehr gegeben habe, als sie das selbst erhofft haben. Ich habe dem eigentlich nichts anderes entgegenzusetzen, Herr Abgeordneter, als die Wortmeldungen Ihrer Fraktionskollegen, die sehr bedauert haben, das sei eigentlich

alles noch viel zuwenig. Ich habe da aber ein ziemlich reines Gewissen, fühle mich jedoch geehrt, daß Sie sich mit meiner Person so beschäftigen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Ja, Sie haben mehreres zitiert, aber Sie erlauben mir doch, daß ich nicht auf alles eingehe, was Sie zitiert haben.

Ihr Fraktionskollege Steidl, der sich auch — ich fühle mich auch da sehr geehrt — mit meiner Person beschäftigt, hat mich einmal Cunctator, zu Deutsch den Zauderer, genannt. Ich möchte wirklich in aller Deutlichkeit für mich hier feststellen: Die staatsfinanziellen Aufgaben bedürfen der intensiven und gründlichen Vorbereitung.

In diesem Zusammenhang zitiere ich Dr. Lehner vom Institut für Wirtschaftsforschung, der im Budget sicherlich daheim ist. Er hat unter anderem einmal gesagt: Wenn man nicht vorher genau diagnostiziert, dann kann es passieren, daß man bei neuen Maßnahmen Fehler macht. Und das will ich nun doch auch nicht.

Ein weiteres Zitat. Im Brockhaus wird Quintus Fabius Maximus, 217 vor Christus, zitiert. In Rom wurden ihm bedeutende Vollmachten erteilt. Da er trotz vieler Anfeindungen planvoll die offene Schlacht vermied und da er durch geschicktes, sorgfältiges Taktieren weitere Niederlagen — gegen Hannibal damals — vermied und die Voraussetzungen für Erfolge auf anderen Kriegsschauplätzen schuf, hatte er den Beinamen Cunctator. Es ist nicht von ungefähr, daß sein wichtigster Gegenspieler Gaius Flaminius der Windige war, der Bläser. *(Allgemeine Heiterkeit und lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Das Ende der Budgetberatungen ist nicht nur Ort und Zeit, die finanzgesetzliche Debatte zu beenden, sondern es ist auch von der Warte des Finanzministers zu vermerken, daß wir den Bundeshaushalt, das Finanzausgleichsgesetz mit den vielen Infrastrukturmöglichkeiten für Länder und Gemeinden beschlossen haben, daß das Hohe Haus ein Gesetz über die Verbesserung der Möglichkeiten des Katastrophenfonds mit besonderen Schutzbestimmungen gefaßt hat, daß das Abgabenänderungsgesetz, das sehr viele Vereinfachungen mit sich bringt, beschlossen wurde und daß nicht zuletzt ein

Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds eingerichtet wurde, mit dem das Hohe Haus noch befaßt werden wird.

Meine Damen und Herren! Wir werden weiterarbeiten an weiteren steuerlichen Verein-

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

fachungen im nächsten Jahr, und ich werde Ihnen dann wieder einen Vorschlag über weitere Schritte machen. Die Wirtschaftsaussichten für 1985 sind gut. Wir haben die finanzgesetzliche Absicherung für unsere Arbeit geschaffen. Als Finanzminister bedanke ich mich bei allen Damen und Herren des Hohen Hauses, die den finanzgesetzlichen Anträgen ihre Zustimmung gegeben haben. 1985 kann kommen — wir haben uns gerüstet! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.28

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Steidl.

14.28

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es richtig ist, Herr Finanzminister, daß die Ausgaben eines Budgets einer gründlichen Prüfung und Vorbereitung bedürfen, dann kann ich verstehen, daß dieses Budget 1985 nur zum geringsten Teil Ihre Handschrift tragen kann, denn Sie hatten wirklich zu wenig Zeit, sich mit den Einzelheiten dieses Budgets zu befassen. Sie haben ja auch in Ihrer Stellungnahme unter Beweis gestellt, daß Sie sich kaum mit dem Budget 1985 beschäftigt haben, weil ein Großteil Ihrer Ausführungen sich auf den Budgetvollzug 1984, auf aktuelle Fragen bezogen hat und weil Sie Ausflüge in die Geschichte unternommen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen damit nicht Kindeswegelung unterstellen, sondern ich wollte damit zum Ausdruck bringen, daß ich Ihre Distanzierung von diesem Budget verstehe, denn es ist wirklich bei Gott kein schönes Kind, und ich hoffe, wir haben im Jahre 1986 ein besseres von Ihnen zu erwarten.

Es bedrückt mich, daß Sie, meine Damen und Herren, wenn der Herr Finanzminister erklärt, die Auslandsschulden seien vermindert worden — was auch unseren Beifall findet —, begeistert klatschen. Aber mit genau der gleichen Begeisterung haben Sie Beifall gezollt, als der Herr Finanzminister die Auslandsschulden erhöhte. Ja, meine Damen und Herren, was wollen Sie nun wirklich? Sie zollen der Erhöhung Beifall und Sie zollen der Verminderung Beifall. Was ist nun wirklich dasjenige, was Sie wollen?

Ihre ambivalente Haltung zur Frage der Schuldenpolitik weist sehr deutlich darauf hin, daß Sie zu wenig Vorstellungen haben, daß Sie nicht wissen, was Sie im Budget unterbringen wollen und was nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Zum Finanzausgleich einige Worte. Ich bekrittelle nach wie vor, daß die kleinen Gemeinden auch beim jetzigen Finanzausgleich schlecht ausgestiegen sind. Die Gemeinden haben mehr bekommen, was zu begrüßen ist, aber in erster Linie die finanzstarken Großgemeinden und nicht die kleinen Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Auf Grund der Kürze der Zeit möchte ich mich nur mit zwei Fragen befassen.

Sie sagten in Ihrer Budgetrede folgendes — ich zitiere—: „Mit dem Bundesvoranschlag 1985 konnte die Manövrierbarkeit des Bundeshaushaltes neuerlich verbessert werden.“ Und nur einige Sekunden später trafen Sie die Feststellung: „Ein rasch zunehmender Schuldendienst engt die konjunktur- und strukturpolitische Einschätzbarkeit des Budgets ein.“

Also: Entweder ist die Manövrierbarkeit des Budgets vergrößert oder aber die konjunktur- und strukturpolitische Einsetzbarkeit des Budgets eingeengt worden. Beides gleichzeitig geht ebensowenig, wie der Auslandsverschuldung in ihrer Zunahme und in ihrer Abnahme Beifall zu zollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn dazu im nächsten Jahr wieder Schuldenaufnahmen von 94 Milliarden Schilling erforderlich sein werden, dann bedeutet das, daß Sie sich pro aktiver Bankwoche mehr als 2 Milliarden Schilling auf dem Geldmarkt beschaffen müssen. Es sind 2 Milliarden mehr pro Woche, die Sie auf dem Geldmarkt zur Bedeckung der Staatsausgaben aufnehmen müssen.

Es ist nicht so sehr die Höhe der Staatsschuld, sondern die Zunahme dieser Staatsschuld das Beängstigende. In der Zunahme der Staatsschuld, Herr Finanzminister, sind wir sicherlich auf der Überholspur, und es gibt gar nicht wenige Fachleute, die der Meinung sind, hier seien wir bereits Weltmeister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Zittmayr hat es bereits gesagt: Wenn wir einen Anstieg der Zinsen und Spesen von 5,34 im Jahre 1970 auf 19,81 im Jahre 1985, immer berechnet auf die Nettosteuerereinnahmen, haben, dann ist das eine Entwicklung, die zu Angst und Sorge Anlaß gibt, weil mit diesen Budgetausgaben, die nur der Bedeckung eines Teiles des Schuldendienstes dienen, Gelder für investive Maßnahmen des Bundes fehlen.

Dr. Steidl

Horst Knapp hat vor wenigen Wochen in dem Artikel „Rien ne va plus — Nichts geht mehr“ gesagt, daß sich die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates abzeichnen. Ich glaube, Herr Finanzminister, daß wir diese Aussage außerordentlich ernst nehmen sollten.

Er meinte auch in weiterer Folge, um ein Rezept zu geben, daß sich neue Staatsaufgaben nur in dem Maße erfüllen lassen, wie alte Staatsaufgaben abgebaut oder zumindest eingeschränkt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist, glaube ich, mehr als bedenkenswert, wenn er wortwörtlich schreibt — ich zitiere —: „Die 470 Milliarden Schulden, die der Staat in diesen elf Jahren gemacht haben wird, kosten nach dem derzeitigen Stand jährlich 36,8 Milliarden Schilling an Zinsen, und das ad infinitum. Denn per Saldo sinken wird der Schuldenstand nie wieder, so daß auch noch unsere Kinder und Kindeskinde alljährlich ihren Tribut dafür werden entrichten müssen, daß wir seit 1975 ein Medikament, daß von Keynes zur Behandlung eines akuten konjunkturellen Kreislaufkollapses entwickelt worden war, als Langzeittonikum bei chronischer Wachstumsschwäche einsetzen.“

Die Frau Abgeordnete Karl hat sich darüber mokiert, daß wir das Abgabenänderungsgesetz abgelehnt haben. Dies geschah deshalb, weil wir der Ansicht sind, daß die Zinsertragsteuer nicht vermindert, sondern total abgeschafft gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihr seinerzeitiger Chef, Herr Finanzminister Dr. Vranitzky, der Generaldirektor der Creditanstalt, erklärt in der Ausgabe „CA-Exklusiv“ vom Dezember 1984: „Die Einführung der Zinsertragsteuer beeinträchtigte das Sparklima und trug zu den Problemen auf dem Kapitalmarkt bei.“ Das ist eine Aussage, die Sie trotz Ihrer anderen Position, die Sie heute einnehmen, sehr, sehr beachten sollten.

Es ist schon richtig, Frau Abgeordnete Karl, daß die Steuerreform allein die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern wird, wenn nicht insgesamt eine andere Wirtschaftsgesinnung eintritt. Diese andere wirtschaftliche Gesinnung, dieses andere wirtschaftliche Klima, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, zu schaffen, dafür sind Sie verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)* An Ihnen liegt es, durch eine entsprechende Einstellung, durch entsprechende Maßnahmen dieses andere Wirtschaftsklima zu schaffen.

Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß die Frau Abgeordnete Karl erklärt, wir wären unehrlich, weil wir in unserer Information der Öffentlichkeit nichts von der direkten Investitionsförderungseinschränkung berichtet haben. Natürlich kann auf Plakaten nicht jede Einzelheit eines Reformvorschlages untergebracht werden. Natürlich können nur Schwerpunkte herausgenommen werden. Aber wir haben immer und überall in unseren Äußerungen in der Öffentlichkeit und in unseren Schriften darauf hingewiesen, wie wir unsere Steuerreform mitfinanzieren wollen.

Lassen Sie mich drei Beispiele dafür geben, weil Sie uns immer wieder vorwerfen, wir würden nur fordern, aber nie Einsparungsvorschläge machen. Es ist für mich überhaupt sehr merkwürdig, daß Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, uns vorwerfen, keine Einsparungsvorschläge zu machen, und uns vorwerfen, die Steuerreform nicht finanzieren zu können; gerade Sie, die Sie es ohne weiteres hingenommen haben, daß wir in den Jahren 1982 und 1983 Budgetüberschreitungen von mehr als 30 Milliarden so mit der linken Hand finanziert haben. Mit diesen Budgetüberschreitungen 1982 und 1983 allein könnten wir zehn Jahre hindurch die erste Stufe der ÖVP-Steuerreform finanzieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir könnten allein mit den Zinsen dieser Schulden, die wir für die Budgetüberschreitungen aufnehmen mußten, sozusagen auf immerwährende Zeit diese erste Stufe der Steuerreform finanzieren.

Wir haben aber ganz konkrete Vorschläge gemacht. Ich darf daran erinnern, daß die Kollegen Graf und Taus in ihrer Pressekonferenz am 26. November vier Punkte herausgestellt haben, die von der Bundesregierung zu beachten wären und bei deren Beachtung allein diese erste Stufe spielend finanziert werden könnte. Denken Sie daran, daß die komplizierte Steuer- und Abgabeneinhebung der Wirtschaft allein 2,3 Milliarden Schilling kostet. Wenn Sie weiters berücksichtigen, daß dem Staat die Steuereinnahme laut Sektionschef Bauer 2 Prozent der Bruttoeinnahmen abfordert, dann sehen Sie, daß das allein Milliardenbeträge sind, die zum Teil bei einer Vereinfachung eingespart werden könnten.

Ich erinnere an den Vorschlag von Professor Tichy in der „Wochenpresse“ vom 6. September 1983, wo er die Bereiche aufgezählt hat, wo derartige Einsparungen vorgenommen werden könnten.

Ich darf Sie schließlich daran erinnern, daß auch Ihr Parteifreund Professor Fremuth —

Dr. Steidl

Schüssel hat ihn zitiert — gesagt hat, und zwar in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterausschusses Bundesbetriebe in der Verwaltungsreformkommission — ich zitiere —: „Bei rationellerer Arbeitsweise wie in der Privatwirtschaft wären Einsparungen von 6,5 Milliarden Schilling möglich.“

Das, meine Damen und Herren, sind nur einige Vorschläge. Das Institut für Höhere Studien hat in einem Simulationsmodell dargestellt, daß sich die erste Stufe der Steuerreform von selbst finanzieren würde, allerdings erst in einem Zeitraum von etwas mehr als fünf Jahren. Machen Sie uns also bitte nicht den Vorwurf, wir würden nur fordern. Wir haben von uns aus entsprechende Einsparungsvorschläge gemacht!

Meine Damen und Herren! Das Budget 1985 ist ein Budget der versäumten Gelegenheiten. Sie haben eine versäumte Gelegenheit dadurch unter Beweis gestellt, daß Sie das Steuerreformkonzept der Österreichischen Volkspartei nicht diskutieren wollen. Wir haben es deshalb neuerlich eingebracht, weil wir glauben, daß dieses Steuerreformkonzept der Österreichischen Volkspartei ein Weg ist, das Wirtschaftswachstum zu steigern, die Zahl der Beschäftigten anzuheben, kurz, jenes Wirtschaftsklima zu schaffen, das notwendig ist, damit es bei uns in Österreich auch in den nächsten Jahren aufwärtsgeht, so wie wir momentan durch die ausländische Konjunktur einen Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Helfen Sie uns bitte, dieses Reformkonzept zu verwirklichen, das Steuersenkungen auf der einen Seite und Einsparungen bei den unnötigen Staatsausgaben auf der anderen Seite beinhaltet! *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.40

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Haigermoser.

14.41

Abgeordneter **Haigermoser (FPÖ)**: Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Bundesminister! Keine Angst, ich werde dieses Buch *(ein Buch vorzeigend)* nicht zur Verlesung bringen. Aber da ja der Fremdenverkehr fast schon als Wissenschaft gesehen wird, will ich damit dokumentieren, daß man sich mit diesem wichtigen Wirtschaftszweig eben ganz spezifisch befassen muß. Diese Untersuchung von Walter Leitner, dem seinerzeitigen Landesrat für Fremdenverkehr im Lande Salzburg, betitelt „Winterfremdenverkehr Entwicklung, Erfahrungen, Kritik, Anregungen“, zeigt ganz

deutlich, daß man sich in zunehmendem Maße mit dem Fremdenverkehr befassen muß, um zu guten Ergebnissen zu kommen.

Der Herr Vizekanzler hat heute bereits verkündet, daß es in den westlichen Bundesländern schon schneit, und ich als Fremdenverkehrssprecher der freiheitlichen Fraktion verbinde damit die Hoffnung, daß wir eine gute Wintersaison vor uns haben. Ich glaube auch, daß dies der Fall sein wird. *(Ruf bei der ÖVP: Bitte nicht wieder umfallen!)*

Herr Kollege Dr. Steidl! Wir sind jetzt in der Adventzeit, und dies ist, glaube ich, auch Anlaß, etwas über den Stil in diesem Hause nachzudenken. Ich bin der letzte, der gegen harte Auseinandersetzungen von diesem Pult aus ist. Aber gegen Untergriffe möchte ich mich verwahren! Wenn von Ihrer Seite aus zum Beispiel die berufliche Qualifikation eines Abgeordneten oder eines Ministers angegriffen wird, dann ist das nicht diese harte Auseinandersetzung, sondern eher der Untergriff und der Tritt gegen das Schienbein. Und dagegen verwahren wir uns, Herr Kollege Dr. Steidl! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich habe Ihnen gesagt, Herr Kollege Dr. Steidl: Selbstverständlich harte, sachliche Auseinandersetzungen. Aber die berufliche Qualifikation haben Sie nicht zu beurteilen, das ist anderen überlassen, das ist den Bürgern dieses Landes überlassen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute unter dem Budgetkapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, mit der Wirtschaft dieses Landes auseinandersetzen, so kann und darf der Fremdenverkehr nicht ausgeklammert werden. Wie in vielen anderen Wirtschaftszweigen entstand auch im Fremdenverkehr ein zunehmender Anpassungsdruck. Die Herausforderungen einer völlig neuen Konkurrenzsituation gerade im Sommerfremdenverkehr — dort treten ja die größten Schwierigkeiten auf — bringen auch neue Probleme in den Markt.

Es steht fest, daß sich das Urlaubsverhalten der Gäste aus den meisten, wichtigsten Herkunftsländern verändert hat. Die Gäste aus der Bundesrepublik stellen nach wie vor den Löwenanteil der Incominggäste, während aber gleichermaßen andere Länder, insbesondere im Städtetourismus, nach vorne rücken. Die jüngsten Zahlen aus dem vergangenen Sommer beweisen, daß der Städtetourismus eine besondere Wachstumsmarke zeigt.

Haigermoser

Diese Beispiele machen deutlich, meine Damen und Herren, daß die Flexibilität und das ständige Ringen um neue Gäste eine noch stärkere Herausforderung nach sich ziehen werden.

Hohes Haus! Ich möchte mich heute in meinen Ausführungen zum Fremdenverkehr klar und eindeutig dazu bekennen, daß der wichtige Wirtschaftszweig Fremdenverkehr keine Spielwiese parteipolitischer Grabenkämpfe sein darf und sein kann. Gerade aus freiheitlicher Sicht ist in diesem Zusammenhang, ohne daß ich mich deswegen in die Belange eines Bundeslandes einmischen möchte, die Entscheidung über die Besetzung der Referate in der Landesregierung nach der Wahl im südlichsten Bundesland skeptisch zu betrachten.

Nun zurück zur Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Volkswirtschaft unseres Landes. — Sie lachen, Herr Kollege Gorton, aber ich bezweifle, ob ein Mitglied Ihres müden Haufens in Kärnten den Fremdenverkehr auf Vordermann bringen wird. Der „müde Haufen“ kommt nicht von mir, sondern das war die Diktion Ihres Herrn Generalsekretärs. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Ruf: Es ist Aufgabe des Landeshauptmannes, die Referate in der Landesregierung zu besetzen!)*

Das gebe ich zu, Herr Kollege, ich habe aber gleichzeitig auch bemerkt, daß ich mich nicht einmischen möchte. Ich wollte das nur anmerken, weil ich der Meinung bin, daß Fremdenverkehr ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, der über der Parteipolitik stehen soll. *(Abg. Dkfm. Gorton: Wieso wollen Sie ihm die Qualifikation absprechen?)* Wir werden ja das Ergebnis bald messen können, Herr Kollege.

Viel zu wenige wissen — passen Sie jetzt auf, damit Sie die Zahlen dann auch im Kopf haben, wenn Sie gefragt werden —, daß 11 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt Österreichs von der Fremdenverkehrswirtschaft in die Scheuer gebracht werden. Dies ergibt den eindrucksvollen fünften Rang auf der internationalen weltweiten Liste der Gastgeberländer.

Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Wirtschaftszweiges Fremdenverkehr wird dadurch beleuchtet, daß knapp unter 39 000 kleine und mittlere Unternehmen als Arbeitgeber von mehr als 160 000 Menschen auftreten.

Diese Zahlen sollen aber auch einmal dazu Anlaß sein, aus freiheitlicher Sicht jenen

Menschen zu danken, die — ob als Arbeitnehmer oder als Arbeitgeber — Gewaltiges für unsere Zahlungsbilanz leisten, aber auch vieles zur Verbesserung unser aller Lebensqualität beitragen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wer die Begeisterung, ja manchmal fast die Besessenheit kennt, mit der alle, Dienstgeber und Dienstnehmer, zu später Stunde genauso wie an manchem Feiertag für unser leibliches Wohl sorgen, wird diesen Menschen nicht nur eine gute, eine ausgezeichnete Entlohnung vergönnen, sondern auch den Wert dieser Betriebe respektieren.

Wenn ich vom starken föderalistischen Dasein des Fremdenverkehrs sprach, meine Damen und Herren, so darf aber trotzdem die wichtige Funktion des Handelsministeriums als der zusammenführenden Klammer nicht übersehen werden. Ich habe mir auch die Aufgabe gestellt, den Handelsminister stets zu mahnen, für den Fremdenverkehr tätig zu werden, nichts zu versäumen, und ich verspreche Ihnen, daß ich ihm wie eine Laus im Pelz sitzen werde, um diese Ziele für den Fremdenverkehr zu erreichen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Graf: Das glaube ich sofort! So schauen Sie aus! Ein herrlicher Vergleich!)*

Die zahlreichen Förderungen, Hilfestellungen, Konzepte und so weiter, die aus dem Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie kommen, sind starke Impulsgeber für den Fremdenverkehr. Diese Impulse sind neben anderem sicher auch dafür verantwortlich, daß ich die folgende Meldung aus den „Salzburger Nachrichten“ von heute zitieren kann. Das sind auch Zahlen für den Herrn Kollegen Gorton *(Abg. Graf: Er hört sowieso zu, ununterbrochen!)*: „Reiseverkehrsbilanz verbessert, Deviseneinnahmen stiegen von Jänner bis Oktober um 6,1 Prozent.“ Oder sind Sie auch der Meinung, daß dafür jeder verantwortlich ist, nur nicht diese Bundesregierung? Ich glaube, daß diese Zahlen zu einem Teil auch auf die positive Wirtschaftspolitik dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung zurückzuführen sind. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

„Trotz des Rückganges“ — steht in diesem Artikel — „der Übernachtungszahlen bietet die Reiseverkehrsbilanz neuerlich ein deutlich verbessertes Bild. Von Jänner bis Oktober 1984 betrugen die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr 79 256 Millionen Schilling. Sie waren damit, wie erwähnt, um 6,1 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies trotz leichtem Rückgang der Nächtigungszahlen.“

6660

Nationalrat XVI. GP — 74. Sitzung — 14. Dezember 1984

Haigermoser

Diese Meldung zeigt klar und eindeutig, daß der vom Handelsminister geprägte Wahlspruch „Klasse statt Masse“ im Fremdenverkehr zu greifen beginnt.

Wir Freiheitlichen betonen, daß dieser Erfolg Ausdruck einer positiven Zusammenarbeit ist, einer Zusammenarbeit, zu der sich hoffentlich auch Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, bekennen.

Eine weitere Meldung in den „Salzburger Nachrichten“ von heute bestätigt, daß auch in den Orten draußen das ständige Mahnen ohne dirigistischen Eingriff bereits entscheidende Früchte trägt.

Als Beweis darf ich einen weiteren Satz aus den Aussagen von heute, 14. Dezember, zitieren, um auch die Probleme zu beleuchten, die selbstverständlich in diesem Wirtschaftszweig vorhanden sind. Überschrift: „Überangebot an Betten ist eine Gefahr.“ — Das war eine Versammlung des Verkehrsverbandes Saalbach-Hinterglemm, ein großes Fremdenverkehrsgebiet, das im Winter und im Sommer von sehr vielen Gästen aufgesucht wird. Hier steht:

„Vor einer Vermehrung des Angebotes in allen Bereichen warnte Mittwoch abend bei der Jahreshauptversammlung des Verkehrsverbandes Saalbach-Hinterglemm Direktor Hannes Fürstauer. Überangebot führe zu schärferem Wettbewerb, zum Auseinanderleben innerhalb der Bevölkerung und gefährde die Auslastung und Wirtschaftlichkeit. Im Glemmatal solle ferner die Erholungslandschaft nicht mehr weiter belastet werden.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Daraus ersieht man, daß der Umweltschutzgedanke in den Gemeinden bereits tief verwurzelt ist und auch in der Fremdenverkehrswirtschaft in zunehmendem Maße den Geboten des Umweltschutzes nachgekommen wird.

Heute hat der Herr Handelsminister bekanntgegeben, daß eine neue Offensive in der Werbung für den Fremdenverkehr in Angriff genommen wird. Eine 7prozentige Erhöhung des Werbebudgets der österreichischen Fremdenverkehrswerbung wird wertvolle Hilfe leisten für eine bessere Bettenauslastung im Fremdenverkehr. Denn auch im Fremdenverkehr gilt: Wer nicht wirbt, stirbt.

Wir Freiheitlichen sind jedenfalls stolz auf diese Aktivitäten und fremdenverkehrsfreundlichen Maßnahmen der Bundesregie-

rung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Gerade heute hat der Herr Handelsminister, wie schon beim ersten freiheitlichen Fremdenverkehrstag in Kitzbühel und auch beim Österreichischen Fremdenverkehrstag in Graz, die zahlreichen Förderungsmöglichkeiten im Fremdenverkehr aus seinem Ministerium dargestellt, Förderungsmöglichkeiten, die zum Beispiel auch der Gemeinde des Kollegen Abgeordneten Westreicher derzeit in hohem Maße zugute kommen.

Der Fremdenverkehr ist ein tragender wirtschaftlicher Faktor. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache. Aus dieser Tatsache resultieren auch die verschiedenen Probleme, welche diese Branche bewegen.

Es wird daher notwendig sein, über die fachlichen Bereiche hinaus weitere fiskalische Diskussionen zu führen und an den Herrn Finanzminister die Bitte zu richten, das Endziel aus freiheitlicher Sicht und auch aus Sicht der Sozialistischen Partei, die sich ja in ihrem Fremdenverkehrskonzept zu einer Reform der Getränkesteuer bekannte, weiter zu betreiben. Dazu bedarf es aber auch der klaren und eindeutigen Mithilfe der Gemeinden und Länder.

Die Verbesserung der Eigenkapitaldecke der Fremdenverkehrsunternehmen ist nach den ersten Erfolgen, die ja nachweisbar vorhanden sind, erreicht durch eine ausgewogene Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung, ein weiteres Ziel freiheitlicher Fremdenverkehrspolitik im Dienste der kleinbetrieblichen und mittelständischen Wirtschaft.

Neben diesen wichtigen steuerlichen Maßnahmen ist aber auch das Umfeld, in das der Fremdenverkehr eingebettet ist, in die Gesamtschau mit einzubeziehen. Es ist unbestritten, daß es in der Geschichte noch nie einer so großen Zahl von Menschen so leicht möglich war, in ferne Länder, in fremde Länder zu fahren und die Kulturen und die Menschen dort kennenzulernen. Die Bevölkerung, vor ein, zwei Generationen noch in kriegerische Auseinandersetzungen verstrickt, empfände es heutzutage vermutlich als Zumutung, auf höhere Weisung aufeinander loszugehen.

Deshalb ist der Fremdenverkehr nicht nur als Wirtschaftszweig wichtig, sondern er trägt auch zu einer aktiven Friedenspolitik bei, meine Damen und Herren. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Haigermoser

Zum Abschluß darf ich aus freiheitlicher Sicht das Bekenntnis zur Absicherung eines freien, ungehinderten internationalen Tourismus abgeben. Die gesamte Bundesregierung steht zu diesem liberalen Bekenntnis. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 14.55

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Landgraf.

14.55

Abgeordneter **Landgraf** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Fremdenverkehrssprecher der Freiheitlichen Partei, Herrn Abgeordneten Haigermoser, aufrichtig danken, daß er das Angebot gemacht hat, den Fremdenverkehr außer politischen Streit zu stellen und zusammenzuarbeiten. Das ist auch meine Ansicht, das habe ich bereits gesagt. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Herr Kollege Haigermoser! Nur zu zwei Dingen möchte ich Ihnen schon etwas sagen. Sie stellten fest, daß die Eigenkapitalbildung in den Fremdenverkehrsbetrieben zunehmend greife. Da muß ich Ihnen jetzt wirklich entgegenhalten, Herr Kollege: Man merkt halt doch, daß Sie nicht selbst im Fremdenverkehr tätig sind, so wie ich zum Beispiel als Gastwirt, sonst würden Sie sehr gut wissen, wie es bei den Betrieben wirklich aussieht.

Was die Förderungsmöglichkeiten betrifft, die Sie auch angeschnitten haben, wird Ihnen mein Kollege Westreicher noch Antwort darauf geben.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP ist sich dessen bewußt, daß ein funktionierender Fremdenverkehr in Österreich Arbeitsplätze und insbesondere Arbeitsstellen für Lehrlinge erhalten und absichern kann, aber auch für die Handelsbilanz als ein entscheidender Devisenbringer weiterhin tätig sein kann. Und letztlich gibt er auch noch — ich glaube, das ist sehr wesentlich —, ausgehend von den Fremdenverkehrsbetrieben, immer wieder Impulse für die ganze Wirtschaft.

Der Fremdenverkehr ist daher ein sehr wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei.

Um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein, ist es allerdings unerlässlich notwendig, die besonderen Bedingungen und Bedürfnisse dieses Wirtschaftszweiges zu berücksichtigen. Daher fordert die ÖVP in allen Bereichen Flexibilität, denn nur so kann

den besonderen Gegebenheiten dieses Berufsstandes Rechnung getragen werden.

Wir von der ÖVP vertreten eine umfassende und koordinierte Fremdenverkehrspolitik, und zwar auf allen Ebenen: Bund, Land, Gemeinde, auch unter Berücksichtigung der einschlägigen Berufsvertretungen.

Auf politischer Ebene ist die Einbeziehung des Fremdenverkehrs in die Außenwirtschaft, in die Verkehrs-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik ebenso wie in die Geld-, Kredit-, Lohn-, Umwelt- und Bildungspolitik unerlässlich.

Fremdenverkehr, meine Damen und Herren — Herr Präsident Sallinger hat es heute schon betont —, ist Export einer Dienstleistung, ein Gut, auf das Österreich nicht verzichten kann, weil es langfristig zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz beiträgt.

Im österreichischen Fremdenverkehr, der über Gastronomie und Hotellerie weit hinausgeht, sind über 130 000 Dienstnehmer beschäftigt. Wenn man die Familienmitglieder und die Unternehmer dazuzählt, so sind es über 300 000 Menschen, die in diesem Berufszweig Beschäftigung und Arbeit finden.

Über 16 900 Lehrlinge konnten im vergangenen Jahr in unseren Betrieben eingestellt und ausgebildet werden, und im Jahre 1984 ist neuerlich ein Zuwachs zu verzeichnen.

Eines lassen Sie mich bitte auch noch feststellen: Trotz der hier teilweise aufgezeigten widrigen Umstände, gesamtwirtschaftlich gesehen oder den Rückgang aus Deutschland betreffend — ich erinnere an die Streiksituation in Deutschland, die leider sehr dazu beigetragen hat, daß wir Verluste hinnehmen mußten —, sind doch immerhin die Betriebe im Fremdenverkehr relativ beständig geblieben.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Haigermoser hat das nur ein bißchen angezogen, und ich darf Ihnen daher noch einmal sagen: Daß es zu dieser Beständigkeit und zu den bisherigen Erfolgen gekommen ist, ist in erster Linie den großen Anstrengungen und der enormen Arbeitsleistung der Betriebe, die zu fast 80 Prozent Klein- und Mittelbetriebe sind, zu verdanken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! An die Adresse des Herrn Sozialministers gerichtet auch eine klare Feststellung: Er möge doch bitte auch einmal daran denken, welche Arbeitsleistung

6662

Nationalrat XVI. GP — 74. Sitzung — 14. Dezember 1984

Landgraf

die Unternehmer in diesen Kleinbetrieben vollbringen, und da ganz besonders die Unternehmerinnen und die Wirte, die, ohne Über-treibung — das ist eine klare Feststellung —, 14 bis 16 Stunden täglich arbeiten müssen, um den Betrieb überhaupt halten zu können.

Es wird allerdings den Unternehmern in den Fremdenverkehrsbetrieben nicht leicht gemacht. In den Jahren der sozialistischen Alleinregierung wurde kaum in einem Bereich den spezifischen Erfordernissen Rechnung getragen. Vielmehr sind die steuerlichen und bürokratischen Belastungen immer drückender geworden. Ich glaube, das ist ein echtes Spiegelbild falscher sozialistischer Wirtschaftspolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Ausmaß an öffentlichen Zwangsabgaben, staatlichen Auflagen und der damit verbundene Administrationsaufwand mindern die Wettbewerbsfähigkeit. Die komplizierten und nicht mehr überschaubaren Vorschriften in Klein- und Mittelbetrieben, die unkalkulierbaren Risiken, Auflagen und Strafen sind derart groß geworden, daß sie unübersehbar geworden sind, und, so traurig das klingt, sie führen auch manchmal zu menschlichen Tragödien. Wir haben hier leider einmal darüber debattieren müssen. Und erst eine jüngste Meldung aus dem Burgenland hat dies neuerlich bestätigt.

Ich sagte schon: Diese Auflagen auch administrativer Arbeit behindern die produktive und die ursprüngliche Arbeit in einem unzumutbaren Ausmaß. Ich gebe Ihnen zu bedenken: Elfeinhalb Stunden pro Woche oder umgerechnet 18 Prozent der Arbeitszeit müssen für unproduktive, unbezahlte und dann teilweise auf schikanöse Art und Weise kontrollierte Verwaltungsarbeit aufgebracht werden!

Die ÖVP fordert daher Entbürokratisierung und eine entsprechende Reform der Verwaltungsvorschriften. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe hier im Hause wiederholte Male auf die wettbewerbsverzerrende Steuerpolitik der Regierung hingewiesen. Heute möchte ich neuerlich, aber beispielsweise, nochmals auf die volkswirtschaftlich widersinnige Besteuerung des Dienstleistungsanteils bei der Getränkesteuer und der Alkoholsonderabgabe hinweisen.

Da die österreichische Umsatzsteuer vom Getränkepreis einschließlich Alkoholsonderabgabe und Getränkesteuer zu berechnen ist,

also eine Steuer von der Steuer ist, führt dies zu einer weiteren zusätzlichen Belastung und Wettbewerbsbenachteiligung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft.

Die Reform der Getränkesteuer ist daher überfällig. Besonders der ausländische Gast stellt infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Situation nunmehr genauere internationale Preisvergleiche an. Die überhöhte Getränkebesteuerung in Österreich bewirkt entweder eine Einschränkung des Getränkekonsums in der heimischen Gastronomie oder gar ein Ausweichen auf andere Urlaubsländer. Ich habe mir vor kurzer Zeit erlaubt, auf diese schwierige Situation gerade im Grenzbereich Oberösterreich — Bayern hinzuweisen. Ich glaube, an einer drohenden Wegsteuerung von Arbeitsplätzen ins Ausland kann doch niemand in Österreich ein Interesse haben!

Der Herr Vizekanzler hat bei seinem Amtsantritt einige Erklärungen abgegeben, an die ich kurz erinnern möchte. Er sagte, im Gegensatz zu seinem Vorgänger fasse er seine Tätigkeit primär als eine wirtschaftliche auf und er werde, so glaubte er, in Zukunft durch seine Amtsführung — Koordinierung zwischen Minister und Vizekanzler — auch größere Chancen für den Fremdenverkehr haben.

Der Herr Vizekanzler meinte auch, daß die bisher von der Fremdenverkehrswirtschaft zu Recht bemängelte Koordination durch seine Amtsführung besser gestaltet werde, und er erklärte auch, daß er sich von seinen Kompetenzen nichts werde wegnehmen lassen.

Zur Steuerreform — meine Damen und Herren, das ist sehr interessant — sagte der Herr Vizekanzler damals: Die Steuerreform liegt nicht beim Finanzministerium. Die Steuerreform ist die Koalitionsfrage schlechthin. Im Gegensatz zu meinem Vorgänger bin ich zugleich der Vizekanzler der Koalitionsregierung, und deswegen gibt es auch neue Chancen für dieses Ressort.

Man könnte diese Ausführungen, die er so locker hinstreute — er sagte das wortwörtlich —, noch weiter fortsetzen.

Aber jetzt kann ich dem Herrn Vizekanzler und Handelsminister den Vorwurf des Umfal-lens auch nicht ersparen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Vizekanzler hat nicht nur diese seine Versprechungen und Ankündigungen nicht gehalten *(Zwischenruf)*, der Herr Vize-

Landgraf

kanzler hat es auch persönlich in der sozialistischen Koalitionsregierung mit abgelehnt, es hinsichtlich unseres Steuerreformkonzeptes, das auf Jahre hinaus geplant ist, überhaupt zu einer Diskussion kommen zu lassen.

Ähnlich ist es auch bei den Kompetenzen. Der Vizekanzler und Handelsminister hat sich im Falle der Berufsausbildungsvorschriften konträr verhalten.

Ich möchte ihn von dieser Stelle aus fragen, wie er sich denn nun wirklich als Anti-Dallinger dazu stellt, daß der Herr Sozialminister beabsichtigt, die Kompetenz hinsichtlich der Berufsausbildung für sich in Anspruch zu nehmen, obwohl in letzter Instanz de jure das Handelsministerium dafür zuständig wäre. Wir sind schon sehr, sehr neugierig darauf, wie sich der Herr Handelsminister nunmehr zur Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes, des Dallinger-Programms in 26 Punkten verhalten wird. Nun zu einigen Details, meine Damen und Herren: Viel und berechtigte Aufregung hat im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft, ganz besonders aber im Burgenland, die Errichtung von Hotels in Ungarn durch österreichische Baufirmen hervorgerufen. Ich möchte klar und deutlich feststellen: Es geht dabei nicht darum, daß österreichische Baufirmen im Ausland ein Projekt errichten. Uns geht es darum, daß hier eine Umsatzgarantie von 60 Millionen Schilling gegeben werden mußte! Und wenn man von der diesbezüglichen Auseinandersetzung im Burgenländischen Landtag gehört oder gelesen hat, dann kann man sich nur wundern, daß der Fremdenverkehrsreferent dieses Bundeslandes, nämlich der Herr Landeshauptmann Kery, praktisch dazu überhaupt nichts gesagt hat.

Aber der Prokurist der federführenden Baufirma sagte, er habe bei dieser Angelegenheit kein gutes Gefühl, sie fühlten sich von Ungarn — wortwörtlich sagte er das — wieder einmal überfahren.

Wenn man dann die Reaktionen von Hoteliers im Burgenland auch nur ahnt, versteht man die Äußerung eines sehr prominenten Hoteliers. Ich zitiere: „Wenn das Beispiel Schule macht, dann werde ich meinen Tischler dazu vergattern, bei mir mit seiner Familie zwanzig Jahre lang zu essen.“

Aber das ist noch nicht alles, meine Damen und Herren! Ich frage jetzt den Herrn Vizekanzler (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Wenn er da ist!*), ob er davon weiß und was er im Falle, daß das stimmt, zu tun gedenkt, wenn

ich ihm sage, daß ich im Besitze einer Vorinformation hinsichtlich von Kuraufenthalten in Bulgarien bin. Es sollen Gespräche der Generaldirektoren der Wiener und Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse in Bulgarien mit den zuständigen bulgarischen Stellen stattgefunden haben, ob Angehörige der Krankenkasse ihre Kuraufenthalte in Bulgarien verbringen können. Beide Gebietskrankenkassen sahen das wirklich problematisch.

Aber weiters wurden Gespräche mit Herrn Generaldirektor Androsch und Herrn Generaldirektor Apfalter im Hinblick auf den Aufenthalt von Betriebsangehörigen geführt. Generaldirektor Apfalter soll diesbezüglich eine Veröffentlichung im Betrieb vorgenommen haben. Generaldirektor Androsch hat auch im Hinblick auf die Einschaltung der „Universale“ in Bulgarien mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Lukanov gesprochen und seine grundsätzliche Bereitschaft in dieser Frage erklärt. Er meinte allerdings, man könne niemanden zwingen, in Bulgarien Kuraufenthalt zu machen.

Meine Damen und Herren! Ich sage kein Wort mehr dazu. Ich überlasse das Ihrer eigenen Beurteilung.

Ich glaube, ich muß aber von dieser Stelle aus den Herrn Handelsminister und Fremdenverkehrsreferenten doch auffordern, er möge sich dafür einsetzen, daß österreichische Heilvorkommen und Kuranstalten durch den Österreichischen Sozialverband intensiver genutzt werden (*Beifall bei der ÖVP*), und das sowohl im Sinne einer kostengünstigen Vorsorge als auch zur Stützung der heimischen Wirtschaft.

Als oberösterreichischer Abgeordneter darf ich noch kurz auf ein Problem an der Donau eingehen.

Die attraktiven Möglichkeiten des Tourismus auf und an der Donau wurden bisher zuwenig genutzt, verursacht sicherlich auch durch die derzeit nicht ausreichenden Kapazitäten der Binnenschifffahrt. Die Aufrüstung der weißen Flotte der DDSG ist daher ein dringendes Anliegen der oberösterreichischen, niederösterreichischen und auch Wiener Fremdenverkehrswirtschaft.

Ich glaube, wir sind uns einig, daß die Erschließung neuer Märkte dringend erforderlich ist, insbesondere die von Überseemärkten.

Günstige Flugverbindungen zu internatio-

Landgraf

nal vertretbaren Tarifen sind von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn ein Wirtschaftszweig über 90 Milliarden Schilling im Jahr an Devisen für dieses Land erwirtschaftet, dann sollten auch die Forderungen nach einer freizügigeren Luftfahrtspolitik ernst genommen werden.

Ich stelle erfreut fest, daß hinsichtlich der Finanzierung des Budgets der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung Einigung erzielt werden konnte und eine Aufstockung um 7 Prozent erfolgt ist. Nachdem die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft einen Zuschuß in der Höhe von 7 Prozent zugesagt hat, ist es nach eingehender Prüfung dank des positiven Einsatzes des oberösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck auch im Finanzreferentengremium zum Plazet gekommen.

Ich möchte hier, meine Damen und Herren, sagen, daß Herr Ministerialrat Dr. Würzl — ich habe gehört, er liegt leider im Spital und ist daher heute nicht hier — durch das Ansehen und Vertrauen, das er genießt, auch wesentlich dazu beigetragen hat. Ich möchte ihm aber gerne generell Dank für sein Verständnis und für seinen Einsatz für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft aussprechen. Diesen Dank spreche ich selbstverständlich auch gern Herrn Sektionschef Dr. Jagoda aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In wenigen Tagen feiern wir das Weihnachtsfest, und es möge den Menschen in unserem Lande gegönnt sein, einige ruhige und besinnliche Tage zu verbringen.

Ich danke von dieser Stelle aus allen jenen Menschen in unserer Heimat, die nicht nur in diesen Tagen, sondern ein ganzes Jahr über Dienst am Gast leisten.

Ich danke allen Mitarbeitern, allen Unternehmen, ganz besonders aber den Tausenden Wirtinnen, die — oft unter Hintanstellung ihrer Familien — Dienst zum Wohle unserer Gäste, aber auch zum Wohle unseres Staates leisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zusammenfassend und abschließend stelle ich nochmals fest, daß die ÖVP im Hinblick auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs für Österreichs Wirtschaft kooperationsbereit ist. Wir haben unsere Vorstellungen betreffend den Fremdenverkehr in unserem Programm „Impulse für den Fremdenverkehr“ präzisiert. Ich darf Ihnen, Herr Staatssekretär, das für den Herrn Minister überreichen. *(Staats-*

sekretär Dr. Schmidt: Sie können es auch mir geben. — Abg. Graf: Ein Zweitstück werde ich Ihnen schicken, Herr Doktor. Ich Sorge dafür!) Es soll ein Zeichen für die Kooperationsbereitschaft sein.

Meine Damen und Herren! Bedauerlich ist, so stelle ich fest, daß der Herr Vizekanzler und Minister entgegen seiner Ankündigung nicht in der Lage war, vielleicht in manchem auch nicht willens war, sich innerhalb der sozialistischen Koalitionsregierung durchzusetzen.

Der alte Kurs der SPÖ wird also fortgesetzt, fortgesetzt auch mit der Unterstützung der Freiheitlichen Partei, und somit wird weiterhin eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben. Aus diesem Grunde lehnen wir dieses Budget ab. *(Beifall bei der ÖVP.) 15.14*

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Köck.

15.14

Abgeordneter Köck (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich als Zentralbetriebsratsobmann der Österreichischen Donaukraftwerke heute die Gelegenheit benütze, anlässlich der Beratungen über das Kapitel Handel und damit auch Energie einige Bemerkungen zu der derzeitigen Situation im Hinblick auf das geplante Donaukraftwerk Hainburg zum Ausdruck zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die Arbeiter und Angestellten der beim Bau des Donaukraftwerks beschäftigten Unternehmungen betätigen sich immer und bei jeder Gelegenheit im Sinne unserer Wirtschaft und im Sinne unseres Landes entsprechend ihrer Aufgabenstellung. Sie haben seinerzeit mit Freude und Genugtuung die Aufnahme des geplanten Baus des Donaukraftwerkes Hainburg in die Regierungserklärung als Folge der Gründung der kleinen Koalition zur Kenntnis genommen.

Sie haben selbstverständlich, meine Damen und Herren, nach all dem, was in der Zwischenzeit geschehen ist, was sich entwickelt und abgespielt hat, noch mehr die positive Entscheidung des zuständigen und demokratisch gewählten Landesrates Brezovszky im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Genehmigungen begrüßt.

Sie waren erleichtert, daß kurze Zeit darauf auch der zuständige Minister Haiden in der

Köck

wasserrechtlichen und forstrechtlichen Frage seine Genehmigung erteilt und damit eigentlich auch schon die rechtliche Voraussetzung zum Baubeginn dieses Donaukraftwerkes geschaffen hat.

Meine Damen und Herren! Die Arbeiter und die Angestellten, wir alle, die wir davon überzeugt sind, daß es notwendig ist für diese Wirtschaft, für dieses Land und für unsere Energieversorgung, daß in Österreich die vorhandenen Wasserkräfte sinnvoll ausgebaut werden, haben diese Entscheidung mit Genugtuung und mit Erleichterung zur Kenntnis genommen.

Dies nicht nur, weil wir damit für viele Tausende Arbeiter und Angestellte in der österreichischen Wirtschaft und für ihre Familien auf Jahre hinaus wieder Arbeit und Einkommen und damit die Sicherung des sozialen Status erreicht haben, sondern auch, weil es unserer Auffassung nach höchste Zeit war, daß verantwortungsbewußte Politiker den Mut und die Kraft aufgebracht haben, in einer sehr sensiblen und emotionellen Problematik eine gerechte und ausgewogene Entscheidung herbeizuführen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und das, meine Damen und Herren — wir können uns alle erinnern und haben es verfolgt —, unter einem ungeheuren psychischen Druck eines Teiles der österreichischen Medienlandschaft.

Diese Entscheidung hat uns, die wir diesen Bau von Hainburg so herbeisehnen, aber nicht übermütig gemacht. Wir haben es auch nicht als einen Sieg betrachtet, und es war kein Triumph. Warum nicht?

Erstens, weil die Entscheidung in einer so heiklen Rechtsproblematik, egal, wie sie ausgeht, wie sie lautet, für keine der Parteien Grund zum Jubeln darstellt und auch keinen Sieg bedeuten kann.

Zweitens, meine Damen und Herren, weil das Wort „Sieg“ — jedenfalls für mich und für viele meiner Freunde — immer einen bitteren Beigeschmack hatte und hat und weil es niemandem so recht ansteht, über andere, auch wenn sie in einer bestimmten Frage eine andere Meinung vertreten und versuchen, diese Meinung durchzusetzen, zu triumphieren.

Und drittens, weil es im Laufe der bisherigen Auseinandersetzung um Hainburg meiner Auffassung nach allzuviel Widerwärtigkeiten gegeben hat, weil allzuviel Porzellan

zerschlagen wurde und weil die Begleitscheinungen bis zum heutigen Tage jeden aufrechten Demokraten zutiefst deprimieren müssen.

Wir erleben seit Wochen und seit Monaten, ja seit Jahren, meine Damen und Herren, eine noch nie dagewesene Medienkampagne gegen die österreichische Elektrizitätswirtschaft ganz allgemein und im besonderen gegen Kraftwerksbauten jeglicher Art, ob das kalorische Kraftwerke sind, Wasserkraftwerke oder andere Kraftwerkstypen, also im besonderen gegen Hainburg.

Wir erleben das buchstäblich tagtäglich in gewissen Medien und Zeitungen.

Aber auch der ORF — das möchte ich ganz ausdrücklich heute hier bei dieser Gelegenheit betonen, denn so oft hat ein einfacher Zentralbetriebsratsobmann der Donaukraftwerke ja nicht die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit zu sprechen — hat ganz bewußt Stimmung gegen Hainburg und gleichzeitig auch gegen die gesamte Elektrizitätswirtschaft Österreichs gemacht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Jener ORF, der auf Grund des Gesetzes als öffentliche Anstalt zu einer ausgewogenen Berichterstattung geradezu verpflichtet wäre.

Da erleben wir, wie jahrelang permanent Arbeiter und Angestellte der Unternehmungen, die am Bau von Kraftwerken beteiligt sind, herabgesetzt werden, verunglimpft werden, diffamiert werden, als Verschandler der Umwelt hingestellt werden, als Verbetonierer und als Umweltverschmutzer.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich brauche es hier in diesem Raum nicht allzu vielen zu sagen; nicht allzu vielen, ich sage das sehr bewußt. Glauben Sie denn wirklich, daß die Arbeiter und die Angestellten, die am Kraftwerksbau beteiligt sind, nicht auch Kinder haben, nicht auch Enkelkinder haben und daß diese Arbeiter und Angestellten nicht auch wollen, daß ihre Umwelt, die Umwelt der Kinder und die Natur für die Kinder und Enkelkinder in bestmöglicher Weise gesichert werden? Glauben Sie das allen Ernstes, meine Damen und Herren? *(Beifall bei SPÖ, FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.)* Jahrelang haben die Arbeiter und Angestellten, die jahrzehntelang nichts anderes getan haben, als dort, wo man sie hingestellt hat, ihre Pflicht zu erfüllen, dabei ihre Gesundheit, nicht selten auch ihr Leben eingesetzt und es oft auch verloren. Denken Sie an die Hunderten von Toten etwa in Kaprun und denken Sie an die -zig Toten beim Kraftwerk Ybbs-Persenbeug. Ich möchte gar nicht von anderen reden.

Köck

Meine Damen und Herren! Und nun erleben wir in diesem demokratischen Land im Zusammenhang mit dem Bau von Hainburg allen Ernstes buchstäblich eine Machtprobe zwischen einer demokratisch gewählten Bundesregierung, einer demokratisch gewählten Landesregierung und einem demokratisch gewählten Landesrat von Niederösterreich auf der einen Seite und einer bestimmten marktbeherrschenden Zeitung, wenn Sie wollen, zwei Zeitungen, in Wirklichkeit und ganz genau genommen den Eigentümern dieser Zeitungen auf der anderen Seite.

Im Zusammenhang mit Hainburg haben wir in den letzten Monaten und Jahren alle miteinander erlebt, wie diese Zeitung oder diese Zeitungen permanent versucht haben, ihre Meinung, ihre ureigenste Meinung oder die ihrer Eigentümer zur öffentlichen Meinung zu machen, zur Meinung von uns allen, meine Damen und Herren. Ich glaube, darüber sollten wir in dieser Zeit alle miteinander, egal welcher Partei wir angehören und wo wir stehen, ein bißchen mehr als sonst im Interesse unserer Demokratie nachdenken.

Meine Damen und Herren! Die Hainburger Au ist seit Tagen von sogenannten, aber auch von ehrlichen und überzeugten Umwelt- und Naturschützern belagert, um den Beginn der Bauarbeiten zu verhindern. Auch wenn es uns nicht leichtfällt — das muß ich ganz offen sagen —, wenn man da mitten drin steht, wir müssen trotz allem die Kraft aufbringen, mit diesen jungen Menschen zu reden und ihnen bewußt zu machen, daß wir Verständnis haben für ihre berechtigten Anliegen, daß wir Verständnis haben, daß sie sich für diese Umwelt und für diese Natur einsetzen wollen.

Aber im gleichen Atemzug müssen wir diesen jungen Menschen sagen, daß sie Gefahr laufen, Handlanger für dunkle Kräfte zu werden, die in Wirklichkeit ganz etwas anderes zum Ziel haben als die Verhinderung eines Kraftwerksbaues. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Die meisten sind mündig genug, das zu entscheiden!)* Ja, ja, das wissen wir schon, Kollegin Hubinek. Ich kann mich nur wundern über Ihre Haltung. Ich kann und will Ihnen dazu nicht mehr sagen.

Meine Damen und Herren! Eines muß aber auch einmal klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden: Es kann in einer Demokratie — wir leben in diesem Land in einer Demokratie — von der Mehrheit, auch wenn sie zunächst noch immer eine schweigende Mehrheit ist, auf die Dauer nicht hingekom-

men werden, daß eine Minderheit in diesem Lande bestimmt, was in diesem Land rechtens ist, was gesetzlich ist und was demokratisch ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir, die Arbeiter und Angestellten aus allen Teilen unserer Wirtschaft, haben in all den Jahren und Jahrzehnten bewiesen, daß wir diesem unserem gemeinsamen Vaterland Österreich ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein, ein hohes Maß an Pflichtbewußtsein entgegengebracht haben. Wir werden dies ganz sicher auch in Zukunft tun.

Ich muß allerdings bei dieser Gelegenheit auch die Frage stellen: Wie halten es denn die anderen sozialen Gruppen in diesem Lande mit dem Pflichtbewußtsein und mit dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber diesem Staat und diesem unserem gemeinsamen Vaterland? Was ist denn, bitte sehr, mit unseren Studenten und Hochschülern, mit den Professoren, die sich seit Tagen in der Hainburger Au aufhalten, die nicht zuletzt deshalb die Chance und die Möglichkeit haben, zu lernen und zu lehren, weil wir alle ihnen die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir sind auch froh darüber, daß die Bundesregierung, der Bundeskanzler an der Spitze, für die Kraftwerksgegner so viel Geduld aufgebracht hat und mit ihnen so viele Stunden diskutiert hat, ganz einfach deswegen, weil wir wissen, was in einer solchen Frage für uns alle auf dem Spiel steht.

Wir Arbeiter und Angestellten passen sehr gut auf, ob das, was bei diesen langen Sitzungen vereinbart wurde, auch eingehalten wird. Da hört man zum Beispiel, daß die Hochschülerschaft nach wie vor davon schreibt und Aufrufe herausgibt, daß die Studenten jederzeit die Möglichkeit haben, einen Autobus kostenlos zu benützen, um in die Hainburger Auen zu kommen. Kostenlos, bitte sehr!

Und das, obwohl eindeutig versprochen wurde, daß alle Abstand von solchen Transporten nehmen, und die Bundesregierung gleichzeitig zugesagt hat, daß auch deswegen nicht weiter gerodet wird.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß am Sonntag zum Beispiel um 7.48 Uhr, wenn ich es richtig im Kopf habe, vom Praterstern aus ein Sonderzug in die Hainburger Auen geführt werden wird.

Da erhebt sich natürlich auch für uns als

Köck

Steuerzahler dieses Landes die Frage: Wer steht denn da dahinter, wer zahlt denn das alles? Sind das die dunklen Kräfte, von denen ich vorhin gesprochen habe, oder gibt es ander Geldquellen für diese Leute?

Meine Damen und Herren! Eines möchte ich noch klar und deutlich zum Ausdruck bringen: Wir werden aufpassen, wie sich die Situation in Hainburg entwickelt, darauf könne Sie sich verlassen!

Wenn am Montag nur die Vertreter aller Arbeiter und Angestellten, die beim Kraftwerksbau beschäftigt sind, also die Betriebsräte, nach Hainburg fahren, um dort zu tagen, dann ist das nur deswegen zustande gekommen, weil wir ein so hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein haben, weil wir genau wissen, was alles daraus resultieren könnte.

Aber eines steht fest, meine Damen und Herren: Wir haben vor einem halben Jahr ohne große Schwierigkeiten 40 000 Kolleginnen und Kollegen zu einer Demonstration für Hainburg auf den Heldenplatz gebracht. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.*) Sie könne uns glauben, daß es uns gelingen wird, mit einer Leichtigkeit ohnegleichen noch vor Weihnachten, liebe Kollegin Hubinek, dieselbe Anzahl von Kolleginnen und Kollegen nach Hainburg zu bringen, wenn es uns auf Dauer gesehen wirklich einmal notwendig erscheint; aber das, bitte sehr, soll das letzte Mittel sein, weil wir diesem Staat und unserem gemeinsamen Staatswesen ein zu großes Verantwortungsbewußtsein entgegenbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gäbe noch viele Fragen an die Kraftwerksgegner zu stellen, wie zum Beispiel die, warum Sie Ihr Volksbegehren nicht rechtzeitig gestartet haben, was Sie bewogen hat, welche taktischen Gründe es waren, es erst jetzt anlaufen zu lassen. Es gäbe viel zu fragen, vor allem in die Richtung: Wer bezahlt alle diese Aktionen, wer übernimmt die Kosten dieser Aktionen, die da gestartet werden und permanent durchgeführt werden? Diese Frage richte ich nicht nur an das Hohe Haus, diese Frage richte ich auch an alle Österreicherinnen und Österreicher. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Ing. Hobl: Wer macht die Logistik dieser Leute!*)

Meine Damen und Herren! Natürlich hätte ich auch einige Fragen an bestimmte Abgeordnetenpersönlichkeiten der Opposition, der Österreichischen Volkspartei, im Zusammenhang mit ihrem Verhalten zu Hainburg. Ich

stelle sie heute nicht, weil ich der letzte bin, der den vorweihnachtlichen Frieden stören möchte, und weil ich glaube, daß es in Summe gesehen besser ist, wenn wir alle miteinander über die Weihnachtszeit ein bißchen mehr darüber nachdenken, was für Österreich, seine Wirtschaft und für die Menschen auf dem Spiele steht, wenn wir nicht in der Lage sind, in diesem Bereich Ordnung zu machen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{15.31}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Frizberg.

^{15.31}

Abgeordneter Dr. **Frizberg** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Köck, Betriebsratsobmann der Donaukraftwerke, hat zu Hainburg Stellung genommen. Ich werde mir erlauben, auf seine Ausführungen im Verlauf meiner Rede zurückzukommen.

Die Energieproblematik ist auch ein von der Regierung leider unbewältigtes Problem, auch der Handelsminister hat hier — mit Ausnahmen — keine Erfolgserlebnisse. Wenn der Herr Vizekanzler von der österreichischen Handelsbilanz redet, dann spricht er gern von den Exporterfolgen unserer dynamischen Betriebe, die allerdings von der internationalen Konjunkturbelebung und der davon ausgehenden Nachfrage profitieren.

Auf der anderen Seite äußert sich der Herr Vizekanzler nicht so gerne dazu, welche Bereiche die österreichische Handelsbilanz besonders belasten. Zu diesen Belastungen unserer Volkswirtschaft zählt in erster Linie die steigende Energieeinfuhr, was auch der Herr Abgeordnete Heindl bereits zugeben mußte.

Ganz kurz ein paar Zahlen dazu. Während von 1982 auf 1983 die Energieimporte durch die Rezession und die damit verbundene geringe Auslastung vor allem der energieintensiven Grundstoffindustrie rückläufig waren — Sie haben das damals als großen Erfolg Ihrer ein paar Monate alten Politik als Energieminister verkündet —, sind die Energieimporte bis Oktober 1984 um 22,4 Prozent gestiegen: um 22,4 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Diese Steigerung um mehr als 22 Prozent bedeutet, daß Österreich dieses Jahr knapp 60 Milliarden Schilling an Belastungen durch Energieimporte zu tragen hat, 60 Milliarden Schilling. Österreich ist auf dem Sektor Energie von Importen abhängig; das ist richtig.

Dr. Frizberg

(Ruf bei der SPÖ: Darum müssen wir Hainburg bauen! — Abg. Resch: Hainburg und Zwentendorf sind notwendig!) Ich komme darauf zurück, keine Angst!

Selbst wenn man die geringen Energieexporte von den Energieimporten abzieht, machen die verbleibenden Nettoimporte noch immer 60 Prozent des Gesamtenergiebedarfes Österreichs aus, 60 Prozent!

Bei genauerer Betrachtung sieht man allerdings, daß lediglich der Sektor Elektrizität, bedingt durch den hohen Anteil an Wasserkraft, einen hohen Grad an Eigenaufbringung aufweist, neben Holz und Biomasse, deren Bedeutung noch gering ist. *(Abg. Probst: Haben Sie eine Beziehung zur Elektrizität? — Abg. Graf: Ja, hat er!)* Elektrizität macht nur knapp 18 Prozent des Energiebedarfes in Österreich aus. Herr Kollege Probst, Sie werden das auch noch lernen!

Sowohl bei Erdöl und Erdölprodukten, Erdgas und sogar Kohle — nur Braunkohle kann für die nächsten Jahrzehnte in Österreich noch abgebaut werden — ist Österreich weitestgehend von Importen abhängig, als Folge einer verfehlten Energiepolitik der Regierung, der Vorgänger des Herrn Handelsministers, aber auch des Herrn Handelsministers selbst.

Welche Maßnahmen sind bisher gegen diese Abhängigkeit getroffen worden? — Überhaupt keine! Im Gegenteil: 1984 steigt der Energieverbrauch insgesamt wieder um 3,6 Prozent an, also um mehr, als das Wirtschaftswachstum ausmacht. Wo bleibt die Entkoppelung des Energieverbrauches vom Wirtschaftswachstum? *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Da hätten Sie heute das „Morgenjournal“ des ORF anhören sollen... Ich bedaure, daß Sie das nicht gehört haben!)* Um 3,6 Prozent steigt der Energieverbrauch in Österreich an, und das Wirtschaftswachstum macht leider nur 2,5 Prozent aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf die erforderlichen Maßnahmen, Herr Kollege Hobl, komme ich schon noch zu sprechen. *(Abg. Ing. Hobl: Sie müssen ja hören und lesen, bevor Sie reden!)* Herr Kollege Hobl! Sie sind sicher für den ARBÖ zuständig, aber lassen Sie die Energiepolitik, das tut Ihnen besser! *(Abg. Graf: Was sind das für Töne! Herr Kollege Hobl, lassen Sie ihn reden! Was sind das für Töne? — Abg. Ing. Hobl: Ich gebe ihm einen Hinweis, wo er sich informieren kann! — Abg. Graf: Aber reden muß er dürfen! — Abg. Ing. Hobl:*

Darf er! — Abg. Graf: Danke!) — Ist in Ordnung. *(Abg. Graf: Solche Dinge kann man nicht einreißen lassen!)*

Herr Kollege Hobl! Die Energieimporte Österreichs sind deswegen besonders kritisch zu beurteilen, weil sie unter Außerachtlassung jeglicher strategischer, außenpolitischer und neutralitätspolitischer Überlegungen einseitig aus dem Ostblock erfolgen. Der Herr Vizekanzler hat mir im Finanzausschuß zugesichert, daß er mir die Frage, ob es westeuropäische Länder gibt, die bei ihren Energieimporten noch abhängiger vom Ostblock sind als Österreich, beantworten wird. Offensichtlich hat er bis jetzt einen solchen Staat noch nicht gefunden, sonst hätte ich die Antwort von ihm schon bekommen.

1983 mußten 70 Prozent der Kohleimporte, 98 Prozent der Erdgasimporte, 26 Prozent der Rohölimporte, 47 Prozent der Mineralölprodukteimporte und immerhin 47 Prozent der Stromimporte aus Ostblockländern getätigt werden. Das ist eine einseitige Abhängigkeit, die nicht akzeptiert werden kann und die unsere Neutralität in einer Krise gefährdet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum tut der Minister nichts dagegen? Eine Streuung der Energieimporte wäre eine kurzfristige Maßnahme, deren Durchführung für den Energieminister vor allem deshalb nicht so schwierig ist, weil es ohnedies staatliche Unternehmen sind, die den Löwenanteil der Energieimporte durchführen, wie zum Beispiel die ÖMV.

Aber gerade bei der Erdgaswirtschaft — ich darf Sie daran erinnern — wurde vom damaligen Finanzminister ein Vertrag, der Importe aus Algerien vorgesehen hätte, verhindert. Warum, weiß ich nicht. Es mußten jedenfalls zig Millionen Schilling an Abstandsgeldern, an Stornogeldern bezahlt werden, bloß weil dieser Vertrag in seiner Endfassung nicht zustandegekommen ist.

Langfristig betrachtet, kann nur eine neue Energiepolitik Erfolge bringen, eine Energiepolitik, die unter verstärkter Nutzung heimischer Energiequellen die Möglichkeiten des Energiesparens und neuer Technologien nicht länger mißachtet.

In Ihrem Budget sieht man jedoch keinen Ansatz zu einer solchen neuen Energiepolitik.

Aufgabe Nummer eins in einer neuen Energiepolitik ist jedenfalls das Energiesparen. Durch die Einsparung von bis zu 30 oder

Dr. Frizberg

40 Prozent des Energieeinsatzes für die Raumwärme, vor allem durch Wärmedämmungsmaßnahmen, durch den Einsatz von neuen Geräten in der Warmwassergewinnung, zum Beispiel Kleinwärmepumpen, wird längerfristig ein Drittel des Energiekonsums im Haushaltsbereich eingespart werden können.

Die gewerbliche Wirtschaft und die Industrie erzielen durch neue Technologien bereits jetzt wesentliche Einsparungen. Denken wir zum Beispiel an die Wärmerückgewinnung!

Im Energiebericht weist sogar der Herr Vizekanzler auf solche Möglichkeiten hin. Aber was tut er denn, um diese Entwicklung zu beschleunigen?

Wir von der Volkspartei haben eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die aufzeigen, welche Maßnahmen zu treffen sind.

Der Grundtenor aller Überlegungen kann nur die Tatsache sein, daß die marktwirtschaftlichen Gesetze die Probleme über den Preis am besten lösen. Deshalb sind energiesparende Technologien in der Wirtschaft aus Kostengründen als erstes eingesetzt worden. Es fehlt jedoch derzeit der geeignete Rahmen dazu, es fehlt an Anreizen, den Einsatz energiesparender Technologien zu beschleunigen. Vor allem der private Haushalt reagiert auf die technischen Veränderungen — so wie Herr Kollege Resch — noch zu wenig.

An Vorschlägen erwähne ich nur die von uns geforderte Einführung von Energiesparbriefen, die Erleichterung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen durch Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer, deren Bemessung bei den benzinbetriebenen Kraftfahrzeugen nach dem Treibstoffverbrauch, nicht nach dem Hubraum erfolgen sollte.

Der Treibstoffverbrauch in den Kraftfahrzeugen sollte überhaupt nach oben gesetzlich begrenzt werden.

Der Einsatz der Fernwärme und regenerierbarer heimischer Energieträger, wie zum Beispiel von Holz und Biomasse, ist steuerlich zu entlasten.

Der Einsatz von Biosprit aus heimischen Produkten der österreichischen Landwirtschaft, zu dem sich alle Fraktionen dieses Hauses bekannt haben, ist endlich zu verwirklichen — ein wesentlicher Beitrag zum

Ersatz von Energieimporten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierung hat darüber hinaus die Möglichkeit, über die staatseigenen Energieunternehmen, wie zum Beispiel die ÖMV, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen, ebenso wie steuerliche Maßnahmen und Maßnahmen der Tarifpolitik. Warum geschieht hier nichts?

Sie empören sich über ein sogenanntes Geheimpapier der E-Wirtschaft natürlich lieber, als daß Sie sich als Eigentümervertreter, Herr Vizekanzler, in den bundeseigenen Energiegesellschaften zu Ihrer Verantwortung bekennen und die Maßnahmen setzen, die Sie als Forderung an diese Unternehmen richten. *(Abg. Probst: Warum ist dann der Strom so teuer?)* Da müssen Sie jemand anderen fragen.

Nach dem Energiesparen wird der Nutzung heimischer regenerierbarer Energiequellen die größte Bedeutung zukommen. Hier hat die Wasserkraft für die Volkspartei jedenfalls Vorrang. *(Abg. Ing. Hobl: Weiß das auch die Frau Hubinek?)* Gerade wegen der Belastung unserer Volkswirtschaft aus Energieimporten befürworten wir auch den Bau von Hainburg, selbstverständlich unter Sicherung des Trinkwassers, des Grundwassers sowie der Heilquellen von Deutsch-Altenburg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber so einfach, wie es sich die Kollegen von der sozialistischen Fraktion und der Herr Kollege Köck als Zentralbetriebsratsobmann der Donaukraftwerke machen, so einfach ist dieses Problem nicht, denn die Vorgangsweise, die Landesrat Brezovszky und die Regierung in dieser Frage gewählt haben, machen es der Bevölkerung nicht leicht, ja zu Hainburg zu sagen. Im Gegenteil: Es ist Ihre Vorgangsweise, die dazu führt, daß die Emotionen der Bevölkerung erst richtig geschürt werden.

Wenn Zweifel an der korrekten Verwendung von Gutachten nicht sofort einwandfrei geklärt werden können, wenn die Bevölkerung über die Trinkwasserversorgung im Zweifel gelassen wird, wenn nicht einmal Gespräche geführt werden mit den Initiatoren des Volksbegehrens, bevor mit den Arbeiten begonnen werden sollte, geschweige denn, daß mit dem Bau bis zur Behandlung des Volksbegehrens im Parlament gewartet wird, dann muß in der Bevölkerung Unbehagen entstehen. *(Abg. Ing. Hobl: Wissen Sie auch, wer in der Au sitzt?)*

Dr. Frizberg

Diese „Mir-san-mir-Haltung“ der sozialistischen Koalitionsregierung, ausgedrückt auch in der beiläufigen Ankündigung von organisierten Gegendemonstrationen, diese Haltung ist es, die dafür sorgt, daß Projekte wie Hainburg erst recht in Zweifel gezogen werden, auch wenn an und für sich die Entscheidung für Hainburg energiepolitisch richtig gewesen sein mag. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hainburg — ja!, aber Holzhackersozialismus — ich zitiere hier den „Kurier“ vom Mittwoch — nein, danke! *(Abg. Ing. Hobl: Sie wissen nicht, was Sie sagen, das entschuldigt Sie!)*

Einen ersten richtigen Schritt in dieser Frage hat die Bundesregierung ja entsprechend den schon lange geäußerten Vorstellungen der Volkspartei und unseres Bundesparteibüro mit Aufnahme der Verhandlungen mit den Vertretern der Hainburg-Demonstranten bereits gesetzt. Es war auch höchste Zeit, wenn nicht schon zu spät. *(Abg. Schermer: Welcher Dilettant hat Ihnen denn die Rede aufgesetzt?)*

Eine Beruhigung der verunsicherten Bevölkerung, der Emotionen, die sich bei den Umweltschützern aufstauen, wird erst dann eintreten, wenn Sie den Mut zu einer neuen Energiepolitik haben — nicht nur verbal, nicht nur in leeren Floskeln wie im Energiebericht, sondern durch Taten. Zu solchen Taten sehe ich jedenfalls im Budget 1985, im Budget der versäumten Chancen, keinerlei Ansätze.

Aber da ja der Herr Vizekanzler Steger für die Energiepolitik verantwortlich ist, habe ich noch jede Hoffnung, daß sich etwas ändern wird. Der Herr Vizekanzler ist schon so oft umgefallen, leider in all den Fällen, in denen er nicht umfallen hätte sollen. Aber vielleicht fällt er auch dann einmal um, wenn es zum Positiven gereicht. Wir werden ihn dann nicht kritisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.45

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Resch.

15.45

Abgeordneter Resch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu Ihnen, Herr Kollege Frizberg: Ihre Parolen können wirklich nur Emotionen wecken, sie trüben das Konsensklima in diesem Hause. Ich glaube, Sie sind sich nicht darüber im klaren, was ein Holzhacker ist. Aber etwas freut mich besonders, Herr Kollege Frizberg: Es ist Ihnen heute gelungen, die Kollegin Hubinek

zu einem Applaus für Hainburg zu bewegen. Ich danke Ihnen dafür sehr, sehr herzlich.

Wenn ich mich heute im Rahmen der Budgetdebatte ebenfalls mit einigen Energiefragen befasse, dann darf ich eines vorweg feststellen: Ich sage eindeutig und klar ja zur Stromerzeugung aus Wasserkraft *(Abg. Ing. Hobl: So wie der Landeshauptmann a. D. Wenzl!)* — sehr richtig! —, aber auch ein ebenso klares Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Da applaudieren einige in Ihrer Regierungsmannschaft nicht mit!)*

Frau Kollegin Hubinek! Bei uns sind es einige wenige, aber bei Ihnen applaudieren sehr viele mit oder würden sehr gerne mitapplaudieren, wenn sich nicht die Scharfmacher und die sich grün Gebärdenden in Ihrer Partei in letzter Zeit wieder durchgesetzt hätten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Diese beiden erwähnten Arten der Erzeugung der elektrischen Energie sind mit Abstand am umweltfreundlichsten und am kostengünstigsten. Jeder Umweltschützer müßte allein darum mit ganzer Kraft und Energie dafür eintreten, daß jede andere Energieart weitestgehend durch Strom aus Wasserkraft- und Kernkraftwerken ersetzt wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Arbeiter, Techniker, Ingenieure, die 1953 als die Helden von Kaprun einen Markstein in der Geschichte der E-Wirtschaft errichteten, werden heute auch von den Medien als Umweltzerstörer an den Pranger gestellt. Man will den Menschen vorgaukeln, daß Wasserkraftwerke die Umwelt vernichten.

Die widerrechtliche Besetzung der Au bei Hainburg und die dortigen Vorgänge beeinflussen das innenpolitische Geschehen in starkem Maße. Die Bundesregierung ist sich dieser Problematik voll bewußt, und ich danke daher dem Herrn Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz sehr herzlich für seine klare und konsequente Haltung auch in dieser Frage. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wo gibt es, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Regierungschef, der mit Rechtsbrechern 15 Stunden lang verhandelt, mit Rechtsbrechern, die viele Gutgläubige für ihre Ziele mißbrauchen? Wenn daher am Montag, dem 17. Dezember, Betriebsräte für Hainburg demonstrieren, dann ist dies keine Gefahr für die Republik, sondern der Ausdruck des Willens der arbeitenden Bevölke-

Resch

rung, für Recht und Ordnung, für Arbeit und Umwelt jederzeit einzutreten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Kraft: Ist der Herr Cap auch ein Rechtsbrecher? — Abg. Ing. Hobl: Cap ist nicht in der Au!)* Herr Kollege Kraft, Cap ist hier. Aber schauen Sie, wo Ihr Karas ist!

Ich bedaure es daher wirklich persönlich, daß ein Teil der Opposition in dieser Frage den Weg des scheinbar geringsten Widerstandes geht.

Sie vergessen dabei, meine Damen und Herren, aber eines: Österreich würde, wenn auch die Regierung diesen Weg ginge, in kürzester Zeit unregierbar werden. Sie übersehen, daß diese Aktionen gegen das Kraftwerk Hainburg keine Spontanaktionen sind, sondern nach bereits in der Bundesrepublik Deutschland praktizierter Methodik ablaufen *(Abg. Ing. Hobl: SA-Methoden!)* und vom Ausland mitgesteuert werden.

Übersehen wir aber auch nicht: Diese Zweite Republik, die unsere Väter nach den furchtbaren Ereignissen der dreißiger Jahre und nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam aufgebaut haben, kann in Gefahr kommen.

Ich bin mit dem Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer Industrieller Professor Krejci einer Meinung, wenn er im Zusammenhang mit Hainburg sagt — ich zitiere —:

„Hut ab vor jenen, die den Mut haben, sich zu dieser Entscheidung zu bekennen.“

Schöne, reine Umwelt, Erhaltung der Natur: ja. Aber mit dem Einsatz der modernen Technik, mit der Leistung und der Qualitätsarbeit der österreichischen Arbeiter, Angestellten, Techniker und Wissenschaftler.

Bruder Baum in Ehren. Aber zuerst sollte Bruder Mensch kommen, und der braucht eine gesunde, wettbewerbsfähige Wirtschaft ebenso notwendig wie reine Luft und reines Wasser, einen unversehrten Wald.

Nicht derjenige, der sich als Vollpragmatischer an einen Baum bindet, ist der bessere Österreicher, sondern derjenige, der Hand anlegt, daß wir beides haben: eine gesunde Wirtschaft und eine gesunde Umwelt.“ — Ende des Zitates. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Daß der Strom aus der Steckdose kommt, wissen bereits alle. *(Abg. Ing. Hobl: Nein!)* Wie er aber hineinkommt, meine sehr verehr-

ten Damen und Herren, ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln.

Zigtausende Menschen arbeiten Tag und Nacht bei Sonne, Regen und Schnee, und dafür verdienen sie es nicht, daß man ihre Arbeit geringschätzt.

Wir sorgen dafür — das sage ich als einer, der in einem E-Werk beschäftigt ist —, daß in Österreich die Stromerzeugung klaglos funktioniert. Als Betriebsrat eines EVU verahre ich mich auch dagegen, daß man uns sogenannte freiwillige Sozialleistungen als Privilegien vorwirft und sie in Frage stellt. Auch wir haben, wenn es darum geht, wie andere Berufsgruppen eine Schmerzgrenze.

Daß Mängel, wie sie der Rechnungshof aufzeigt, beseitigt werden müssen, ist für uns selbstverständlich. Wenn der Rechnungshof bei der Belegschaft einiger EVU überhöhte Löhne und Gehälter feststellt, ohne die hohe Qualifikation, die Taggelder, die Nächtigungen, die Erreichbarkeit, den kontinuierlichen Schichtdienst samt Zulagen zu berücksichtigen, dann weisen wir dies entschieden zurück. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn im Energiebericht der Bundesregierung die Forderung enthalten ist, daß nicht vertretbare Sondervorteile besonders im Bereich höherer Führungsebenen abzubauen sind, dann kann ich Ihnen hier berichten, daß dies über Antrag des sozialistischen Landesparteibürobes von Oberösterreich Dr. Karl Grüner geschehen ist. Der bei der OKA ab 1986 neubestellte kaufmännische Vorstandsdirektor wird 75 Prozent der derzeit geltenden Bezüge erhalten.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Karl Grüner hat richtig gehandelt. Genauso richtig ist die Forderung nach sparsamer Öffentlichkeitsarbeit, verbunden mit der Förderung des Energiesparens.

Es ist die Aufgabe der E-Wirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, in puncto Glaubwürdigkeit verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen. Die Glaubwürdigkeit kann ihr aber nicht aberkannt werden von einem Mann, der, zeitweise als Rothirsch auftretend, von Altbundeskanzler Dr. Kreisky einmal „politischer Wurschel“ genannt wurde und der froh ist, daß es Hainburg gibt, denn sonst wäre er längst in Vergessenheit geraten.

Die Probleme des Umweltschutzes können mit Sicherheit nicht mit einer Aussteigermen-

Resch

talität gelöst werden. Auch profundes Nichtwissen, Herr Kollege Kohlmaier, wie dies vom Bundeskassier der ÖVP Dr. Gruber Ihrem ÖAAB-Generalsekretär Heinzinger bescheinigt wird, kann nicht helfen.

Wer bereit ist, in die Wälder zu gehen, um von wilden Beeren zu leben, darf sagen: Hainburg — nein, danke! Wer aber Plaketten auf seinen Erst- oder Zweitwagen klebt, der ist entweder naiv oder unaufrichtig. Das Auto ist nämlich genauso ein Teil der Zivilisation, aus der der Strom nicht wegzudenken ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.54

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Franz Stocker.

15.54

Abgeordneter Franz Stocker (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir eingangs doch den Hinweis, daß nun schon einige Zeit hindurch auf der Regierungsbank kein Vertreter des Handelsministeriums zu finden ist. In der Zwischenzeit ist der Herr Handelsminister als Abgeordneter eingetroffen. Ich hoffe, daß das nicht ein Hinweis darauf ist, welche Wertschätzung das Parlament und möglicherweise auch die Wirtschaftspolitik und die Energiepolitik bei Ihnen genießt. *(Abg. Dr. Steger, auf dem Weg zur Regierungsbank: Herr Kollege, bitte um Entschuldigung! Ich bin irrtümlich als Abgeordneter gekommen!)* Ich werde mich dafür insofern bedanken, daß ich mich Ihnen besonders bei der Energiepolitik widme.

In der grundsätzlichen Auseinandersetzung über die zukünftige Industriepolitik, über Wirtschaftswachstum und Umweltschutz steht die Energiepolitik im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Dabei steht die Elektrizitätswirtschaft in einem Maße im Vordergrund, das weder durch den Anteil am Gesamtenergieverbrauch, aber auch nicht durch den Anteil an den Gesamtumweltbelastungen sachlich begründet werden kann.

Offensichtlich wird die Elektrizitätswirtschaft stellvertretend sozusagen als Symbolfigur für Großtechnologien und industrielle Produktionsformen in der Öffentlichkeit angegriffen und verteufelt. Im Lichte der widersprechenden Behauptungen von Experten, aber auch Politikern und der zum Teil unversöhnlichen extremen Standpunkte sowohl von Gegnern und Befürwortern von verschiedenen Projekten sind viele Menschen verunsichert und zwischen den gegensätzlichen Standpunkten hin- und hergerissen.

Zu dieser Verunsicherung haben Sie als für die Energiefragen zuständiger Minister durch Ihr Verhalten maßgeblich beigetragen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben viel zu lange zu wichtigen Fragen der Energiepolitik geschwiegen und auf einen kommenden Energiebericht verwiesen. Nun liegt dieser Bericht vor, und schon bei flüchtiger Durchsicht merkt man, daß darin doch einige Widersprüche enthalten sind.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist, daß in wichtigen energiepolitischen Fragen die Regierung überhaupt keinen einheitlichen Standpunkt findet.

Zum Energiebericht selbst wird ja noch Gelegenheit sein, in diesem Hause Stellung zu nehmen.

Ich hätte mir von einem Minister, der für Energiefragen zuständig ist, erwartet, wenn ein so wichtiger Wirtschaftszweig wie die Elektrizitätswirtschaft manchmal in sehr unsachlicher Form in der Öffentlichkeit angegriffen wird, daß er zur Versachlichung beiträgt und nicht mit verbalen Kraftakten — unter anderem ist ja auch der Hinweis gefallen, er wird die Energiewirtschaft an die Kandare nehmen — das Klima noch zusätzlich anheizt.

Herr Minister! Sie brauchen nur die Ziele vorzugeben, Sie brauchen nur zu sagen, was Sie von der Energiewirtschaft, von der Elektrizitätswirtschaft erwarten, und Sie können dann sicher sein, daß diese Zielvorstellungen auch verwirklicht werden.

Es fehlen in wichtigen Fragen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, konkrete Aussagen, vor allem unter dem Gesichtspunkt, wie es in der Energieversorgung in Hinkunft weitergehen soll. Die Bedeutung der Fernwärme, die Bedeutung der Blockheizwerke, die Biomasse, das Energiesparen, alles steht in Diskussion, es wird allgemein darüber gesprochen. Selbst im Energiebericht wird zwar der Ist-Zustand dargestellt, aber zur zukünftigen Entwicklung finden wir keine Aussagen. Welche konkrete Bedeutung diese einzelnen Zweige haben, wieviel an Einsparungen unter Einsatz welcher Mittel erreicht werden kann, welche Kosten alternative Energieformen verursachen: das sind entscheidende Fragen für die Zukunft, die bis jetzt nicht beantwortet worden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um zu der widersprüchlichen Haltung zu kommen: Einer der wesentlichsten Kritik-

Franz Stocker

punkte sind die Aussagen zur Kernenergie. Auf der einen Seite finden wir im Energiebericht Aussagen in der Richtung, daß die aus Kernenergie gewonnene elektrische Energie kostenmäßig günstig wäre, daß sie befürwortet wird, und auf der anderen Seite wissen wir, daß Ihre Partei, die FPÖ, die friedliche Nutzung der Kernenergie ablehnt. Daher hätten wir doch erwartet, daß Sie als zuständiger Minister jetzt einmal klar sagen, was Sie davon halten, wie Sie dazu stehen, denn letzten Endes fällt es ja in Ihren Verantwortungsbereich.

Aber diese widersprüchliche Haltung ist nicht neu. Wir wissen auch von Ihrem Minister Ofner, daß er zwar als Landesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Niederösterreichs gegen Hainburg auftritt, im Ministerrat bei der Regierungserklärung aber mitgestimmt hat. Das ist offensichtlich jene Form der Liberalität, die man jetzt noch findet. Wenigstens bei sich selbst sind Sie noch liberal und nehmen für sich in Anspruch, jeden Tag eine andere Haltung einnehmen zu dürfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich will nicht verschweigen, daß ich persönlich von Beginn an für die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf war und noch immer bin. Aber ich respektiere auch jene, die aus einer echten Sorge heraus diese Form der Energiegewinnung ablehnen. Nur, eines ist auch für mich, der ich zwar ein Befürworter bin, klar: Voraussetzung, um über Zwentendorf weiterreden zu können, ist, daß die Regierung einmal klar sagt, was sie will.

Ich schätze den Kollegen Klubobmann Wille sehr. Ich habe seine Ausführungen am Beginn der Budgetdebatte verfolgt. Ich glaube ihm, daß er persönlich bemüht ist, einen gemeinsamen Weg aus dieser verfahrenen Situation zu finden, und daß diese Bemühungen ernst gemeint sind. Nur, die Meinung, daß man jetzt mit formalen Tricks sagt, die Entscheidung muß eigentlich im Parlament fallen, das ist nicht Sache der Regierung, das bedeutet, was er zu Recht gesagt hat, daß in dieser Frage von allen Fehler gemacht worden sind und daß man diese Fehler nicht fortsetzen sollte. Wenn man diesen Weg wirklich ernsthaft gehen will, dann ist das schon der Schritt zum nächsten Fehler.

Denn über eines muß man sich klar sein: Man muß schon mitberücksichtigen, was einer Opposition zumutbar ist. Gerade der Herr Kollege Wille als Gewerkschafter, der gewohnt ist, zu verhandeln, weiß, daß man

immer dann bei Verhandlungen erfolgreich ist, wenn man auch die Grenzen des Partners abzuschätzen und zu berücksichtigen vermag. Und es ist halt ein bißerl viel verlangt von einer Opposition, wenn die Regierung Schwierigkeiten mit Hilfe der Opposition zu überbrücken versucht. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich sehe in diesem Bemühen, im Nationalrat diese Frage offen zu diskutieren und eine offene Abstimmung vorzunehmen, nichts anderes als ein formales Ablenkungsmanöver.

Es wurde in der Zwischenzeit zugegeben, daß die Frage Zwentendorf bei den Regierungsverhandlungen, bei den Koalitionsgesprächen eine Rolle gespielt hat und daß man sich darüber nicht einigen konnte. Konsequenterweise muß man sagen, daß die sozialistische Seite der Regierungskoalition damit entweder zum Ausdruck gebracht hat, daß ihr die kleine Koalition lieber ist als die Inbetriebnahme von Zwentendorf — dann muß sie das sagen und dazu stehen — oder daß sie vielleicht gehofft hat, im Laufe der Zeit den kleinen Koalitionspartner noch umzustimmen. Das ist Ihnen offensichtlich nicht gelungen. Dann müssen Sie das aber auch sagen und zu verstehen geben, statt sich in irgendwelche Ausreden zu flüchten.

Und selbst wenn man von der Überlegung ausgeht, im Nationalrat darüber zu diskutieren, stellt sich noch immer die Frage, worüber eigentlich diskutiert werden soll. Denn die Bereitschaft, hier darüber zu reden, setzt voraus, daß neue Fakten auf den Tisch gelegt werden, über die man diskutieren kann. Diese neuen Fakten sind von der Regierung vorzulegen und können nicht durch einen Initiativantrag ersetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat an den nationalen Konsens appelliert und gemeint, in einer so wichtigen und so schwierigen Frage sollten alle zusammenstehen und gemeinsam um eine Lösung bemüht sein. Man kann schon einmal eine wichtige Frage im nationalen Konsens lösen. Aber auch hier ist ein nationaler Konsens doch nur sinnvoll, wenn eine Regierung in einer wichtigen Frage die Unterstützung der Opposition und damit eine gemeinsame Lösung sucht. Aber wenn nicht einmal die Regierung eine einheitliche Meinung hat, wie soll denn dann ein nationaler Konsens aussehen?

Das zeigt wieder eine Widersprüchlichkeit auf, denn ich kann mich noch erinnern — es

6674

Nationalrat XVI. GP — 74. Sitzung — 14. Dezember 1984

Franz Stocker

ist noch nicht lange her —, wie die Österreichische Volkspartei den Antrag hier zur Diskussion gestellt hat, unser Wahlrecht in Richtung auf mehr Persönlichkeitswahlrecht zu verbessern. Das wurde von Ihnen abgelehnt. Damals haben Sie sich gegen das Persönlichkeitswahlrecht ausgesprochen, und jetzt, in dieser Frage, appellieren Sie an die persönliche Entscheidung eines jeden einzelnen Abgeordneten!

Aber Konsensbereitschaft setzt ja mehr voraus, das kann sich ja nicht nur auf eine bestimmte Frage beziehen. Eine Regierung, die auf die Mitarbeit und auf die Meinung der Opposition Wert legt, kann das nicht nur dann zum Ausdruck bringen, wenn sie sich in Schwierigkeiten befindet, sondern sie muß auch in anderen wichtigen Fragen Signale in Richtung Konsensbereitschaft setzen.

Das ist bisher nicht geschehen. Sie haben die Opposition ununterbrochen abqualifiziert, zum Teil verhöhnt, Sie haben ständig den Vorwurf erhoben, wir hätten keine Konzepte und könnten daher auch gar nicht Regierungsverantwortung tragen. Und dort, wo wir Konzepte vorgelegt haben, haben Sie darüber nicht einmal diskutiert, sondern sind schlicht und einfach mit der Abstimmungsmaschine darübergefahren.

Nun noch dieses Thema aus der freiheitlichen Sicht, wie Sie so gerne sagen. Die Freiheitliche Partei hat sich gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen und erklärt jetzt: Aber bitte, wenn im Nationalrat bei einer Abstimmung die Mehrheit der Abgeordneten dafür ist, dann wollen wir uns dem beugen, dann muß man das zur Kenntnis nehmen, sozusagen: einer Vergewaltigung müssen wir uns halt beugen. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Das ist halt Demokratie!*)

Das hat mit Demokratie an sich noch nichts zu tun. Denn wenn Sie den Wählern versprochen haben, als Freiheitliche Partei gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie aufzutreten, dann entbindet Sie ein Mehrheitsbeschluß im Nationalrat von diesem Versprechen überhaupt nicht. Sie sitzen ja in der Regierung, und Sie haben die Möglichkeit, in der Regierung alles zu verhindern. (*Abg. Graf: Und niemand weiß, warum Sie in der Regierung sitzen! — Vizekanzler Dr. Steger: Von Ihrem Standpunkt! — Abg. Graf: Ich sagte gerade, Sie sitzen in der Regierung, und keiner weiß, warum! Das ist nicht mein Standpunkt, das ist seiner!*)

Jedenfalls ist eines völlig klar: Wenn Sie

tatsächlich zu dem stehen — und vor kurzem hat man im Fernsehen die Aufzeichnung einer Wahlveranstaltung gesehen, in der Ihr Abgeordneter Grabher-Meyer gesprochen und dort erklärt hat, Zwentendorf sei eine Regierungsfrage, und wenn das Kraftwerk in Betrieb genommen werde, würde die Koalition auseinandergehen, das wäre für ihn ein Anlaß, aus der Regierung zu gehen —, dann ist das ja eine ganz klare Sache. Dann brauchen wir uns nicht mehr auf eine Abstimmung im Nationalrat auszureden, dann ist es eine Regierungsfrage.

Damit wird langsam klar, worum es wirklich geht: Es ist der Versuch einer Kindesweglegung und gleichzeitig vorbeugend einer Schuldzuweisung an die Opposition. Das wird Ihnen aber nicht gelingen!

Sie haben im Ausschuß gemeint — das ist mir auch noch so im Gedächtnis —, die Freiheitliche Partei und Sie werden der Opposition die Möglichkeit geben, einen klaren Standpunkt einzunehmen. — Sie haben uns das nicht vorzuwerfen. Sagen Sie uns zuerst einmal Ihren klaren Standpunkt, bevor Sie andere dazu auffordern! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich glaube, Energiefragen sind von einer derart wichtigen Bedeutung für unsere Wirtschaft, aber auch für die Menschen in diesem Lande, daß wir wirklich erwarten müssen, daß Sie mit mehr Ernst und mit mehr Einsatz in dieser Frage in der Bundesregierung tätig werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) 16.11

Präsident: Nächster Redner: Abgeordneter Auer.

16.11

Abgeordneter Auer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als es heuer durch Bundeskanzler Sinowatz allen vorherigen Ankündigungen zum Trotz letztendlich zu einer Regierungs-umbildung gekommen ist und der Finanzminister ausgewechselt wurde, haben die österreichischen Sparer Hoffnung gehabt. Der Wechsel von Salcher zu Vranitzky hat die Hoffnung erweckt, daß die vom jetzigen Finanzminister vorher so lange bekritteltte Sparbuchsteuer beseitigt werden würde. — Nun, so lange er sie vorher bekrittelt hat, so schnell hat er sie nachher als Finanzminister leider vergessen.

Auch wir von der Österreichischen Volkspartei sind um eine Hoffnung ärmer geworden, um die Hoffnung, daß mit einem neuen

Auer

Finanzminister ein Budget für die Zukunft zu erwarten wäre.

Ich gebe Ihnen schon recht, Herr Finanzminister, daß Budgetsanierung überlegt und langfristig zu erfolgen hat, aber letztendlich doch zielstrebig, um die Aufgaben für die Zukunft zu meistern.

Budgetpolitik ist langfristig zu sehen, ohne hier etwas zu überstürzen, aber ich meine, alle Mitglieder dieses Hohen Hauses sollten sich doch gegenseitig zugestehen, daß jeder in bester Absicht handelt.

Ob von Ihnen, Herr Finanzminister, eine vorausschauende Finanz- und Budgetpolitik zu erwarten ist, das wage ich in Zweifel zu ziehen, nachdem Ihre schnelle Meinungsänderung in der Frage der Sparbuchsteuer sicherlich nicht die Gewähr bietet, daß langfristige Budgetpolitik gemacht wird. Langfristige Budgetpolitik kann man nur dann erreichen, wenn ein Klima des Vertrauens geschaffen, eine Politik des Kalkulierbaren und eine Politik für die Wirtschaft gemacht wird, damit diese wieder bereit ist zu investieren (*Beifall bei der ÖVP.*), um Innovation, die in Österreich ohne Zweifel vorhanden ist, auch in Erfolge umsetzen zu können, denn — darüber sind wir uns sicherlich alle einig hier im Hohen Haus — nur eine erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik ist der Garant für eine positive Arbeitsplatzsicherung. Nur Betriebe, die schwarze Zahlen schreiben, die Gewinne machen, sichern auf die Dauer die Arbeitsplätze, und die Steuern der Klein- und Mittelbetriebe sind es und waren es, welche es ermöglichten und ermöglichen, daß Staatszuschüsse für die anderen gegeben werden können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie es mir schon nicht glauben: In der Broschüre „Gewinn“ ist ein Artikel des ehemals angeblich besten Finanzministers Dkfm. Dr. Hannes Androsch, wo er unter anderem die Meinung vertritt und kundtut, daß er an den tüchtigen Unternehmer glaubt. Er schreibt dann weiter:

„Einen wesentlichen Anteil an dieser hoffnungsvollen Entwicklung haben unsere vielen kleinen und mittleren Unternehmen, deren Erfindungsreichtum, Anpassungskraft an veränderte Marktverhältnisse und Flexibilität schon bisher einen wichtigen Teil unseres Wirtschaftsaufschwunges darstellten.“ (*Abg. Hofer: Ganz unsere Meinung!*)

Die Bedeutung dieser Klein- und Mittelbetriebe, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, wird — und das gestehe ich allen zu — zwar manches Mal auch in Sonntagsreden von den Politikern der Mehrheit dieses Hauses anerkannt, welchen Stellenwert man diesen Betrieben aber tatsächlich zumißt, das kann man am besten dann erkennen, wenn festzustellen ist, daß im neuen Budget 1985, das heute unter anderem diskutiert wird, die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in wichtigen Bereichen real gekürzt wird.

Daher halten wir unsere Behauptung aufrecht, daß dieses Budget 1985 ein Budget der versäumten Möglichkeiten ist, wenn trotz Mehreinnahmen aus dem Belastungspaket keine Sanierung von der Ausgabenseite her zu erkennen ist, kein Abbau des Budgetdefizits, wenn keine Steuerreform erfolgt, obwohl in der Regierungserklärung angekündigt — und diese Regierungserklärung ist ja doch von einem SPÖ-Bundeskanzler vorgetragen worden! —, kein Versuch, die Verschwendung zu stoppen.

Wie „gut“ die derzeitige Budgetlage beurteilt wird, ist auch in einer Informationsbroschüre der CA nachzulesen. Diese Darstellung möchte ich Ihnen doch nicht vorenthalten:

„Während sich die weltwirtschaftlichen Faktoren auf die heimische Wirtschaft überwiegend positiv auswirkten, gingen vom Maßnahmenpaket kurzfristig deutlich negative Effekte aus. Die Inflation beschleunigte sich von 3,3 Prozent auf etwa 5¼ Prozent und bewirkte einen leichten Rückgang der Real-löhne. Dadurch und durch die in das Jahr 1983 vorgezogenen Käufe dauerhafter Konsumgüter schrumpfte der private Verbrauch. Die Einführung der Zinsertragsteuer beeinträchtigte das Sparklima und trug zu den Problemen auf dem Kapitalmarkt bei.“

Gleichzeitig“ — so heißt es weiter — „ist allerdings festzuhalten, daß das Maßnahmenpaket nichts an den erwähnten ungünstigen Trends ändert, sondern nur eine einmalige Niveauverbesserung bewirkt hat.“

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit weiterer Schritte zur Budgetsanierung, wodurch der Aktionsspielraum der Fiskalpolitik bis Ende dieses Jahrzehnts stark eingeschränkt wird.“

Leider, meine Damen und Herren — ich bedaure dies besonders —, sind die Ansichten über eine Budgetreparatur zwischen den Fraktionen dieses Hauses unterschiedlich, sie liegen weit auseinander. Während Sie der

Auer

Ansicht sind, durch mehr Steuern und noch mehr Steuern eine Sanierung des Budgets erreichen zu können, glauben wir, durch eine Steuerreform zur Schaffung von Anreizen zum Risiko, zur Leistungsfreude des einzelnen den aus dem Ausland kommenden Wirtschaftsaufschwung verstärken zu können.

Wenn der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung selber eine rasche Steuerreform ankündigt, warum haben Sie dann nicht den Mut, sich des Konzepts der ÖVP zu bedienen?

Wir alle — und darunter leidet sicherlich auch die Glaubwürdigkeit der Politik — sollten nicht immer von vornherein die Vorschläge der anderen ablehnen, nur weil sie von einer anderen Partei, von einer andersdenkenden Gruppe kommen, wir sollten nicht immer zu diesen Vorschlägen von vornherein nein sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da erwiesen ist, daß Ihre Belastungspakete, Ihre Wirtschaftspolitik keine Wende zum Besseren gebracht haben — siehe CA-Broschüre —, und sich das nächste Budgetdebakel im Bereich der Sozialreform ankündigt, wie im „Kurier“ vom 13. Dezember dieses Jahres zu lesen ist, wäre es doch wünschenswert, daß Sie sich der Vorschläge der ÖVP bedienen würden. Hier wird bereits angekündigt, daß trotz der erhofften Einsparungen durch die Pensionsreform, durch dieses Belastungspaket von rund 8 Milliarden, die Pensionen nur durch eine erneute große Reform gesichert werden können. Beitragserhöhungen sind aber praktisch auszuschließen, denn mit einer sozialen Abgabenquote von 43 Prozent der Durchschnittseinkommen ist bei uns die Grenze des Möglichen sicherlich erreicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher sieht unser Steuerreformkonzept in der Phase 1 einen Aufschwung vor. Es wäre notwendig, nicht nur im Bereich der Zentralstellen des Bundes, in den Ministerbüros oder durch die Anzahl der Staatssekretäre, Arbeit zu schaffen. Dieser 3-Phasen-Plan enthält ja auch für uns Bauern zukunftsweisende Vorschläge.

Seit Bundesminister Haiden im Amt ist — der Grüne Bericht hat das wieder aufgezeigt und auch die Diskussion am vergangenen Montag über das Landwirtschaftskapitel —, müssen die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen ständige Einkommensverluste hinnehmen. Es wurde eine Politik betrieben, die ein Weiterwirtschaften auf unseren Höfen sehr schwierig gemacht hat, speziell in kleine-

ren Betrieben. Letztlich — das wird auch nachgewiesen — ist es kein Wunder, wenn seit 1971 täglich 26 Haupterwerbsbauern ihren Betrieb aufgeben mußten.

Der Grüne Bericht — er wurde nicht von uns erstellt, sondern von fachkundigen Beamten — hat wieder den Verfall des bäuerlichen Einkommens nachgewiesen. Nur ertragreiche und eigenkapitalstarke bäuerliche Betriebe sind in der Lage, auf Dauer gesunde Nahrungsmittel, eine gesicherte Rohstoffproduktion und die Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft sicherzustellen.

Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung für unsere jungen Bauern wären daher steuerliche Entlastungen, wie sie in unserem Konzept vorgeschlagen werden, sowie eine entsprechende Berücksichtigung der forstlichen Einheitsbewertung.

Laut Gesundheitsminister Steyrer sind über 600 000 ha Wald geschädigt. Das Schadensausmaß beträgt mehrere Milliarden Schilling; eine Umweltbelastung, an der wir alle einen gewissen Anteil haben, der eine mehr, der andere weniger. Nur: Den Schaden muß der Forstbesitzer allein tragen. Ich meine, daß der Wald, der bisher eine kostenlose Wiederaufbereitungsanlage unserer verdreckten Luft war, wert wäre, erhalten zu werden. Daher wäre die Forderung der Bauern nach einer gerechteren Einheitsbewertung, nach einer kleinen Abgeltung der Schäden diskussionswürdig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen, Herr Finanzminister, konzedieren, daß Sie auf Grund einer Anfrage meines Kollegen Präsident Deutschmann mitgeteilt haben, es bestehe eine gewisse Bereitschaft, in der Einheitsbewertung verschiedene Regelungen sicherzustellen, um vielleicht auf Grund individueller Anträge diese Schäden zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Problem beziehungsweise ein weiterer Vorschlag: In vielen Gebieten Österreichs werden Naturschutzgebiete eingerichtet, werden bestimmte Teile von Landschaften unter Naturschutz gestellt. Das ist richtig. Auch in meiner Gemeinde gibt es ein derartiges Naturschutzgebiet. Ich bekenne mich dazu.

Aber wofür ich absolut kein Verständnis habe, das ist, daß man zwar dem Bauern beziehungsweise dem Grundbesitzer vorschreibt, was er mit derart gewidmeten Flächen tun darf und was nicht, aber bei der Einheitsbewertung keine Rücksicht darauf

Auer

nimmt. Der einzelne darf mit seinem Grund und Boden nur mehr bedingt machen, was er will. Diese Naturschutzgebiete werden mehr oder minder allen zur Verfügung gestellt, die Steuern muß aber der Bauer allein tragen.

Hier könnte man das Umweltbewußtsein einem Test unterziehen. Hier sollte es doch, meine ich, zu einer Änderung kommen. Da für uns die Einheitswerte auch für die Sozialversicherungsbeiträge und alle Abgaben, Gebühren, Verträge von Hofübergaben et cetera als Grundlage genommen werden, ist die Belastung durch die ständige Erhöhung der Einheitswerte auf Dauer unzumutbar.

1970 betrug die Belastung des landwirtschaftlichen Einkommens durch Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge 4 Prozent, 1982 hingegen 14 Prozent. Die nichtkostendeckenden Agrarpreise beziehungsweise die ständig steigenden Belastungen haben den Verschuldungsgrad in der Land- und Forstwirtschaft beträchtlich erhöht, und daher haben sich auch die Ansuchen um Konsolidierungen vervielfacht.

Das Zugestehen von kostendeckenden Agrarpreisen für die Bauern neben steuerpolitischen Maßnahmen wäre eine Politik, welche einer wirtschaftlichen Zweiteilung Österreichs in ländliche Regionen und in Ballungsgebiete entgegenwirken könnte. Der Bauer investiert alles, was er hat, alles, was er verdient, alles, was er erwirtschaften kann, in Maschinen, Geräte und Baulichkeiten und sichert damit Arbeitsplätze. Wenn aber durch ständig steigende Belastungen dem einzelnen die Möglichkeit dazu genommen wird, dann wird es weitere Fälle von Maschinenfabriken geben, die Strukturhilfen benötigen. Durch das Abhalten einer Regierungsklausur in Steyr kann man diese Probleme nicht lösen.

Wie vernünftige Finanz- und Budgetpolitik zu machen wäre, kann man an dem neuen Budget in Oberösterreich sehen. — Wenn Sie auch dazwischenrufen, Herr Vizekanzler, Ihre Partei hat auch zugestimmt! — Bei einem Budget von 23,5 Milliarden Schilling sind die Schwerpunkte Wirtschaftsförderung und Umweltschutz und weniger Schulden. Der Schuldenstand in Oberösterreich beträgt ein Drittel des Gesamtbudgets, und das, meine Damen und Herren, in einem Wahljahr, im Jahre 1985! Derart positive Zahlen, sehr geehrter Herr Finanzminister, werden für Ihr Budget weiterhin unerreichbare Ziele sein.

Wenn man nicht einmal nach mehreren Belastungspaketen und daher erhöhten Ein-

nahmen in der Lage ist, eine Budgetkorrektur vorzunehmen, dann bezweifle ich, daß hier ein Budget erstellt werden kann, mit dem die Probleme der Zukunft gelöst werden können.

Allein in Oberösterreich werden für den Umweltschutz — und das ist zugegebenermaßen einer der wichtigsten Bereiche — 120 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Würde im Bundesbudget derselbe Anteil zur Verfügung gestellt werden, so müßten im Vorschlag des Bundes 1985 weit über 2 Milliarden Schilling vorgesehen sein. Außerdem: In Oberösterreich wurden diese 120 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, ohne daß man einen Katastrophenfonds ausgeräumt hat.

Herr Bundesminister! Ich verstehe schon, daß Sie auf Grund der bisherigen sozialistischen Finanzpolitik Schwierigkeiten haben, ein Budget der Vernunft zu erstellen. Jetzt rächt sich die Politik der lockeren Hand, die Politik der versäumten Strukturreformen. Jetzt sind Sie gezwungen, zu reagieren statt zu agieren, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Eines erlaube ich mir als Bauer schon auch zu sagen: In der sogenannten Strukturphase der Landwirtschaft, als Hunderttausende abgewandert sind, hat man von Strukturhilfen nichts gehört. Als sich diese hunderttausenden Menschen neue Arbeitsplätze suchen mußten, waren sie auf sich selbst angewiesen. Wenn heute ein Betrieb mit einigen hundert Arbeitsplätzen Schwierigkeiten bekommt, so tritt man zusammen, um Strukturhilfen zu geben. Ich bekenne mich auch dazu, aber ich meine: Strukturhilfen sollte es nicht nur für Betriebe, sondern auch für die Landwirtschaft geben!

Die Verwirklichung des Biospritprojektes wäre eine solche Strukturhilfe und zugleich eine arbeitsplatzsichernde Maßnahme für die Landwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich ersuche Sie daher, dem Steuerreformkonzept der Österreichischen Volkspartei näherzutreten. Schaffen Sie ein Klima des Vertrauens in die Zukunft, ein positives Wirtschaftsklima anstatt mehr Schulden und Steuern! Denn — es wurde heute bereits einmal darauf hingewiesen —: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, und auf diese können wir als Junge absolut verzichten! *(Beifall bei der ÖVP.) 16.29*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Hietl.

Hietl

16.29

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts des letzten Tages der Budgetdebatte und angesichts der Zeit habe ich als Niederösterreicher, der doch täglich nach einer Autostunde die Schwelle seines Hauses betreten kann, für die Vertreter der westlichen und südlichen Bundesländer bestes Verständnis, daß sie nach fünftägiger Debatte nach Hause kommen wollen. Sehr kurz zu einem Thema, das ich auf Grund der Budgetberatungen im Handelsausschuß anziehen möchte. — Zwei Sätze vorher noch zu einem anderen Thema.

Es ist sicherlich kein Grund vorhanden, meine Damen und Herren, heute eine Energie-debatte loszulassen. Darüber zu sprechen, werden wir beim Bericht über das Energiekonzept Gelegenheit genug haben. Aber die beiden sozialistischen Vorredner Köck und Resch haben mich herausgefordert, als Bauer hier zwei Sätze zu sagen, als Bauer, der heute weiß, daß man in einem Betrieb, will man ihn ordnungsgemäß und rationell führen, ohne Technik einfach nicht auskommen kann. Daher hat man für verschiedenes Verständnis.

Als einer, der 1978 im Unterausschuß zur Atomfrage gesessen ist und dort mitdiskutiert hat, habe ich Sorge, daß auch heute so wie damals die Regierung nicht entscheidet. Der damalige Bundeskanzler und seine Regierung waren nicht bereit, die Verantwortung in dieser Frage zu übernehmen, und er hat einfach eine Volksabstimmung politisch beeinflußt, unabhängig von seiner persönlichen Einstellung dazu. Dadurch schwelt diese Frage weiter, sogar noch sechs Jahre später.

Jetzt haben wir eine Regierung, eine sozialistische Koalitionsregierung, die ebenfalls in der gegenwärtigen Frage nicht bereit oder nicht fähig ist, eine Entscheidung zu treffen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir sehen uns einer Situation gegenüber, mit der wir alle miteinander keine Freude haben können. Ich fordere diese Regierung im Interesse aller Menschen Österreichs auf, hier eine sachliche Entscheidung zu treffen! Mit uns von der Österreichischen Volkspartei — hier gibt es eine klare Aussage unseres Klubobmannes — kann man jederzeit darüber reden. Wenn Sie als Regierung — und Sie haben diese Regierungsverantwortung gemeinsam übernommen — eine Entscheidung in einer Frage treffen wollen, sind wir als ÖVP bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Hier sitzt der Vizekanzler und Handelsminister. Wenn er eine andere Meinung hat als die Regierung, ist das Ihre Sache. Er ist x-mal umgefallen. Ich weiß nicht, welche Haltung er in dieser Frage einnimmt.

Nehmen Sie eine klare Haltung ein, und dann wird man mit uns in dieser — ich sage es noch einmal — für uns so wichtigen Frage reden können! Als Bauer bin ich daran interessiert, da ich so wie meine Berufskollegen für die Umwelt größtes Verständnis habe.

Wenn Sie, Herr Vizekanzler, hinter meinem Rücken fragen, worum es geht, dann muß ich sagen: Ja wenn ein Vizekanzler und Handelsminister angesichts dieser Situation nicht einmal weiß, worum es geht, wie soll es dann zu einer Entscheidung kommen von dieser Regierung, meine Damen und Herren?! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Grabher-Meyer: Sie können sich ja nicht ausdrücken! Das versteht wirklich niemand!)*

Herr Grabher-Meyer! Herr Generalsekretär! Wollen Sie durch Zwischenrufe die Diskussion verlängern? Ich bin gern dazu bereit, aber ich glaube, daß alle unsere Kollegen heute wenig Verständnis dafür haben.

Treffen Sie eine klare Entscheidung, und dann werden wir darüber diskutieren, Herr Generalsekretär! Ich bezweifle, ob Sie das jemals können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu meinem eigentlichen Thema kommen. Gestatten Sie mir, zur Lage der österreichischen Landwirtschaft und zum agrarischen Außenhandel Stellung zu beziehen.

Es dürfte wohl jedem Menschen in unserem Lande bewußt sein, daß wir alle — und dies sei besonders jetzt vor dem Weihnachtsfeste ausgeführt — vor einem vollen Tisch sitzen können und uns im Gegensatz zu anderen Staaten keine Sorgen darüber machen müssen, wie es mit der Sicherung der Ernährung in unserem Staate aussieht. Wir können derzeit unbesorgt leben und feststellen, daß bezüglich der Ernährung unserer Bevölkerung keine wesentliche Abhängigkeit vom Ausland besteht.

Wenn wir jedoch die Bilanz des agrarischen Außenhandels des Jahres 1983 betrachten, so stehen agrarischen Ausfuhren von 13,2 Milliarden Schilling Einfuhren von 25,8 Milliarden

Hietl

Schilling gegenüber. Das heißt, das Defizit beträgt fast die Hälfte des Einfuhrvolumens. Es ist etwas unverständlich, daß unser Land neben jenen Projekten, die in Österreich nicht erzeugt werden können, allein durch die Einfuhr von Futtermitteln, ohne Getreide, sowie von tierischen und pflanzlichen Ölen und Fetten Waren im Wert von 4,1 Milliarden Schilling importiert. Gerade diese Zahl zeigt uns, wie notwendig der Anbau von Ölsaaten in Österreich sowie die Beimengung von Biosprit für unsere Landwirtschaft sind.

Ich glaube, Herr Handelsminister, hier wäre für Sie Gelegenheit, Positives nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für den gesamten österreichischen Staat zu tun, weil es dadurch eine wesentlich ausgeglichene Handelsbilanz gäbe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dadurch könnten die Importe verringert werden, was zu einem ausgeglicheneren Agrarhandelsdefizit führen würde. Wenn man bedenkt, daß die österreichische Landwirtschaft in einem verhältnismäßig kleinen Land ihre Produkte erzeugt, was vor allem in der Kleinstruktur zum Ausdruck kommt, wäre dies vor allem deshalb besonders wertvoll — ich weiß nicht, ob Sie, meine Damen und Herren, darüber schon einmal nachgedacht haben —, weil wir österreichischen Bauern auf der einen Seite der Farmerwirtschaft im Westen und andererseits dem Kollektiv des Ostens ausgesetzt sind und weil dazu auf dem Festland die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als großer Konkurrenzmarkt vorhanden ist.

Österreich importiert aus diesen Ländern Produkte im Wert von 12 Milliarden Schilling. Man darf nicht immer den Weltmarktpreis als Ausgangsbasis für die Verwertung der österreichischen Agrarprodukte nehmen. Man muß ja auch die schwierigen Bedingungen, die der österreichischen Landwirtschaft von der Natur her vorgegeben sind, sehen. Dies trifft besonders für den Bergbauern sowie für Spezialprodukte zu.

Ich muß in diesem Zusammenhang auch erklären, daß wir bei verschiedenen Produkten dafür Verständnis haben, wenn auf Grund der Weltmarktpreissituation der Staat eingreifen muß, weil dies im Interesse des österreichischen Arbeitsplatzes notwendig ist. Aber wir glauben, daß auch wir von der Landwirtschaft hier dieselbe Forderung stellen dürfen.

Es ist daher jetzt schon Vorsorge zu treffen, Herr Handelsminister und, bitte, auch Herr

Finanzminister, daß beim Beitritt Spaniens und Portugals zur EG Maßnahmen getroffen werden, damit keine Handelsdiskriminierung für Österreich entsteht. Insbesondere wird dies bei Obst und Wein zu geschehen haben. Es hat sich nämlich gezeigt — und darum betone ich das —, daß sich nach dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft Erschwernisse für den österreichischen Agrarhandel ergeben haben. Der überwiegende Teil der EG-Agrarausfuhren nach Österreich sind nichtgeregelte Produkte. 1983 betrug der Wert dieser Lieferungen nach Österreich 6,5 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Zwei Gründe können im wesentlichen für diese Entwicklung angeführt werden:

Einerseits die im Vergleich zu den Regelungen der gemeinsamen Agrarpolitik der EG wesentlich handelsfreundlicheren Importregelungen Österreichs und auf der anderen Seite eine bemerkenswerte Dynamik in den Exportbemühungen nahezu aller EG-Länder nach Österreich, wobei die Vielfältigkeit der Produkte und die Marketing-Techniken zu diesem Erfolg zweifellos beigetragen haben.

Zweitens erlauben die mit der EWG getroffenen Lieferungen des EG-Exporteurs Steigerungsraten, die erwarten lassen, daß in absehbarer Zukunft der geregelte Bereich wertmäßig noch über dem noch nicht geregelten Bereich zu liegen kommt. Auch hier könnte ich die unter Punkt eins angeführten Gründe wiederholen.

Für Österreich erwiesen sich die Regelungen auf dem Agrarhandelssektor als unerlässliche Voraussetzung dafür, den Ausfuhrwert landwirtschaftlicher Produkte halten und darüber hinaus in einigen Bereichen ausbauen zu können.

Bezüglich des Weinexportes sei darauf hingewiesen, daß bei Exporten von Prädikatsweinen dem Flaschenexport Zug um Zug der Vorrang einzuräumen ist. In diesem Zusammenhang sei daher auch der Wunsch an den Herrn Finanzminister deponiert, bei den Verhandlungen über Zollermäßigung bei Lieferungen in den EG-Raum die Wünsche der österreichischen Weinwirtschaft nach besten Kräften zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Obwohl das Jahr 1984 eine etwas kleinere Ernte auf dem Weinsektor erbrachte — und das richte ich jetzt an Ihre Adresse, Herr Handelsminister —, sind weitere Bemühun-

Hietl

gen auf dem Exportmarkt zu setzen. Durch den vorhandenen Vorrat der vergangenen Jahre ist die Versorgung in Österreich mit ausgezeichneten Weinen auch im Jahre 1985 garantiert. Es ist daher keinerlei Bedacht darauf zu nehmen, daß Importe — ausgenommen sind die gesetzlichen Handelsverträge — durchzuführen sind.

Gleichzeitig ist es auch die Frage der Besteuerung, um die sich — laut Auskunft in den Budgetberatungen — der Herr Handelsminister besonders annehmen wird. Es ist eine Reform durchzuführen, die darin enden muß, daß man dem österreichischen Weinbau die gleichen Chancen wie dem Weinbau in den übrigen europäischen Staaten einzuräumen hat.

Möge dieser Hinweis, meine Damen und Herren, gerade jetzt zu den bevorstehenden Feiertagen für alle zuständigen Stellen der Anlaß sein, darüber nachzudenken, wenn Sie in geselliger Runde diskutieren, daß die Hälfte des Preises dieses köstlichen Produktes dem Vater Staat abzuliefern ist. Ein unhaltbarer Zustand, der raschest einer Lösung bedarf. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.42

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Westreicher.

16.42

Abgeordneter **Westreicher** (ÖVP): Herr Minister! Herr Vizkanzler! Herr Finanzminister! Meine Damen und Herren! Ich werde auch versuchen, das Problem des Fremdenverkehrs, der Fremdenverkehrswirtschaft ohne Emotionen und sachlich zu behandeln, wenn es auch nicht leichtfällt, wenn man Jahr für Jahr eigentlich dieselben Probleme von derselben Stelle der Regierung immer wieder in Erinnerung rufen muß, auch Positivvorschläge bringt, aber sieht, daß überhaupt keine Reaktion folgt, daß sich die Regierung auf dem Ohr für den Fremdenverkehr taub stellt, daß sie den Fremdenverkehr mit seinen Problemen allein läßt. Da dieser Wirtschaftszweig 11 Prozent des Bruttonationalproduktes erwirtschaftet, könnte man wohl meinen, daß hier endlich einmal politische Signale gesetzt werden, und zwar wirtschaftspolitische, um den Menschen in den Unternehmen draußen Mut zu geben.

Das heurige Jahr hat drei Fremdenverkehrstage hinter sich gebracht. Die Positionen sind gestellt. Der Österreichische Wirtschaftsbund hat im Mai seinen Fremdenverkehrstag abgehalten, im September die Freiheitliche Partei, und im Oktober gab es dann

den allgemeinen Fremdenverkehrstag in Graz. Aber in der Wirtschaftspolitik sieht es so aus, daß man glauben könnte, nur mehr Dallinger mache Wirtschaftspolitik. Es wird über Arbeitszeitverkürzung gesprochen, darüber, daß Gebühren- und Tarifierhöhungen kommen, Beitragserhöhungen auf dem Sozialversicherungs- und auf dem Pensionssektor. Aber Signale, Mutsignale, fehlen.

Ich muß sagen: Entmutigt uns nicht in unserer Arbeit, denn sich nur bei Sonntagsreden mit den Federn, mit den Erfolgen des Fremdenverkehrs zu schmücken, ist einfach zuwenig! Was wir brauchen, das sind Taten!

Die Fremdenverkehrsbetriebe sind nach wie vor bereit, Arbeitskräfte aufzunehmen. Und als Beweis dafür bringe ich, daß wir im Jahre 1983 mehr als 3 000 mehr eingestellt haben. Es sind nun an die 140 000 unselbständig Beschäftigte.

Als weiteren Beweis kann ich bringen, daß nach wie vor die Hauptunterkunftsart der Vollbetrieb, der Hotelbetrieb ist. Es ist noch nicht so schlimm mit dem Ausweichen in Ferienwohnungen, was ja eine Flucht aus der Dienstleistung bedeuten würde.

Ich glaube, mit gutem Gewissen sagen zu können: Österreich ist ein Fremdenverkehrsland, Österreich ist aber auch ein Industrieland. Das ist kein Widerspruch in sich, schon von der geographischen Lage her nicht. Im Westen haben wir das Gebirge, die Erholungslandschaft, im Osten die Industrie und den Ballungsraum. Wir brauchen im Fremdenverkehr Raumordnungs- und Umweltpolitik.

Ich möchte mich ganz kurz mit den auf dem Fremdenverkehrstag angezogenen Problemen auseinandersetzen.

Im Oktober haben sich 500 Delegierte aus der Fremdenverkehrswirtschaft zusammengesetzt: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Vertreter von Gemeinden, den Ländern und des Bundes, der Kirchen, der Universitäten und wissenschaftlicher Institutionen, und haben versucht, politische Leitlinien für die nächsten Jahre zu setzen, die selbst bis in das Jahr 2000 hineinreichen sollen.

Ich will mich nur ganz kurz mit dem Fremdenverkehr, der Umwelt und mit den Menschen im Fremdenverkehr beschäftigen. Ich glaube, es ist sicher notwendig, daß wir bestrebt sein müssen, auch weiterhin eine notwendige Qualitätsverbesserung und eine Angebotsbereicherung zu erreichen, und zwar

Westreicher

im Lichte einer neuen touristischen Ethik. Von einer Umweltgesinnung her muß das alles gesehen werden, denn man kann von der einheimischen Bevölkerung nur eine Fremdenverkehrsgesinnung erwarten, wenn sie sich ihr Selbstwertgefühl zu bewahren imstande ist. Nur wer sich seiner selbst sicher ist, kann Gastlichkeit bieten, Gastfreundschaft gewähren, ohne Servilität, mit Selbstbewußtsein, ohne Überheblichkeit dem Gast gegenüber.

Darüber hinaus ist Fremdenverkehr sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden, denn nicht nur das Hotel, das Dorf, sondern auch die Natur im engeren und im weitesten Sinne stellen ihr Angebot dar. Daher ist für uns der Umweltschutz, insbesondere saubere Luft, sauberes Wasser, Lärmvermeidung, die Voraussetzung für eine effiziente Fremdenverkehrspolitik.

Natürlich muß man auch die Landschaft öfters den Bedürfnissen des Fremdenverkehrs entsprechend formen. Aber die Natur wird ja in diesem Sinne auch erhalten. Und damit sind wir mit dem Bauern vergleichbar und auf Zusammenarbeit mit ihm angewiesen.

Gefährlicher jedoch als die Gefahr der zerstörenden Ausbeutung der Natur scheint uns substanzlose Romantik zu sein, die nicht zur Kenntnis nimmt, daß das, was ihre Anhänger als Naturerlebnis preisen, zum allergrößten Teil das Erleben einer Kulturlandschaft ist. Und gerade hier gibt es für den sanften Tourismus Chancen, aber er braucht auch eine Infrastruktur. Der Aktivurlaub wird auch noch an Bedeutung zunehmen.

Meine Damen und Herren! Wie schaut nun die Zukunft des Tourismus aus? Wir können davon ausgehen, daß wachsende Freizeit und Familienorientierung sich in der Gesellschaft breitmachen werden. Es wird ein Trend zu aktiver Freizeitgestaltung vorliegen. Es werden sich aber auch die Wertvorstellungen, der Lebensgenuß verlagern, nämlich dahin gehend, daß der Gast, der Mensch, sich im Urlaub bis zur Selbstverwirklichung bewegen will.

Es wird auch eine ganz starke Betonung der Angebote für die Jugend erwartet. Die Gegenwartsorientierung muß dahin gehen, daß heute und nicht erst in Zukunft konsumiert werden will.

Aber das Umweltbewußtsein wird stärker denn je zum Tragen kommen. Und ich glaube,

gerade hier hat Österreich doch noch mit seinem Anspruch, der Dachgarten Europas zu sein, beste Voraussetzungen, Fremdenverkehrspolitik zu betreiben, wenn wir es mit Vernunft verstehen, unsere Umwelt heil zu halten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß man diese Grundstimmung, die heute in den Menschen liegt, auch nutzen müßte. Dies sicher in dem Bewußtsein, daß uns Wachstumsgrenzen gesetzt sind, daß sie erreicht sind, daß der Fremdenverkehr nicht mehr weiter expandieren soll. Aber man soll diese positive Grundeinstellung dahin gehend sehen, daß auch der Gast kritischer und preisbewußter, daß er informationsfreudiger geworden ist und daß er auch mehrere Angebote einholt und Vergleiche anstellt.

Das heißt gar nichts anderes, als daß wir doch zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Verkäufermarkt vorbei ist und daß wir zum Käufermarkt hinkommen. Dem müssen wir endlich Rechnung tragen. Denn die Informationsquellen, die der Gast nützt — wir wissen ja, wie er sie nützt —, müssen immer stärker in den Markt hineingehen. Wenn auch der Grundtenor nach wie vor die Mund-zu-Mund-Reklame, das persönliche Gespräch, das Gespräch mit Freunden, mit Kollegen ist, so hat aber schon zu mehr als einem Drittel der Prospekt als Informationsmaterial einen großen Stellenwert erreicht.

Hier, Herr Handelsminister, haben Sie eine Chance vertan. Seit zwei Jahren versuche ich, diese Förderung der Prospekte weiterzutragen, um eine Selbsthilfe aus den Betrieben heraus und damit eine Unterstützung der österreichischen Fremdenverkehrswerbung zu erreichen. Mit 1. Juli ist diese Aktion angelaufen. Aber ihre Handhabung ist mir viel zu bürokratisch, sie ist viel zu umständlich und sie wird nicht den von mir und von uns allen erwarteten Erfolg bringen. Insbesondere deswegen nicht, weil der Verkehrsminister mit 1. Januar wiederum die Postgebühren für das Auslandsporto erhöhen wird, und zwar gleich um 50 Prozent. Das sind gigantische Summen, die eine zusätzliche Belastung für den einzelnen Betrieb bedeuten, wo wir doch zu 90 Prozent und in manchen Orten sogar zu 95 Prozent von Ausländern abhängig sind.

Meine Damen und Herren! Von der Informationsquelle, vom Sich-Orientieren geht es natürlich auch hin zu einer Marktbeobachtung. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß sich das Konsumverhalten des Gastes — in den letzten Jahren zwar noch langsam, aber

Westreicher

in jüngster Zeit immer schneller — verändert. Es ist jetzt in Bewegung geraten. Es gibt neue Altersgruppen in der Hierarchie. Es gibt höhere Bildung bei den Reisenden. Es ist ein Wandel in den Wertvorstellungen feststellbar. All das haben wir zur Kenntnis zu nehmen und zu beobachten.

Eines wird ganz wichtig und notwendig sein: daß wir einen Kontrast zwischen der Stadt und dem Dorf sehen, den Kontrast zwischen dem Ballungsgebiet und dem Erholungsgebiet. In erster Linie ist die Motivation, Urlaub zu machen, Ruhe, Gesundheit, Entspannung und Erholung. Ich bin der Auffassung, daß wir ganz besonders den Dörfern bei der Bewältigung ihrer Verkehrsprobleme helfen sollen, so gut wie möglich helfen sollen, um ihnen den Mut nicht zu nehmen, unseren Ruf im Ausland immer stärker zu festigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist mir natürlich klar, daß ein Finanzminister mit einem Budget der leeren Kassen nicht große Aktionen setzen kann. Aber, Herr Finanzminister, was wir uns von Ihnen erwarten — obwohl es schon langsam emotional wird —, das sind nur Bagatellen, die ich nochmals wieder anschneiden will.

Mein Kollege Landgraf hat bereits die Getränkebesteuerung angeschnitten. Kürzlich hat Sie auch Abgeordneter Staudinger, der vom Finanzausgleich von der Warte der Gemeinden aus gesprochen hat, aufmerksam gemacht, daß auch hier ein konsumänderndes Verhalten festzustellen ist. Diese Diskriminierung kann man mit etwas gutem Willen ausräumen. Wir wollen gar nicht, daß den Gemeinden das Geld genommen wird, sondern wir wollen, daß es nur neu verteilt und gerechter besteuert wird.

Ebenso ist es mit dem Musikland Österreich. Wir haben einen Slogan geprägt, der manchmal umstritten war, aber ich glaube, er ist richtig: Österreich ist ein Musikland, in Österreich soll man noch leben können! Aber wenn man in Österreich die höchsten Vergnügungssteuern zahlen muß, dann ist das ein Widerspruch in sich. Hier könnte man, weil das Kleinigkeiten sind, auf die Vergnügungssteuer verzichten. Dadurch würde man eine Entlastung herbeiführen und dadurch das Musikleben in Österreich fördern.

Ein drittes Problem, Herr Finanzminister, ist die Mehrwertsteuer auf die Telefone. Wir haben leider zur Kenntnis nehmen müssen, daß drüben in Amerika schon inseriert wird:

Telefonieren Sie nicht in den Hotels in Österreich, es ist viel zu teuer!

Wir wissen um die Problematik, die es hier gibt; sie geht von der Instandhaltung bis zur Pflichtwartung. Aber das Schlimme daran sind die 20 Prozent Mehrwertsteuer ohne Vorsteuerabzug. Hier vertreten wir die Meinung, daß, da das Telefon im Zimmer steht, das als Einheit anzusehen wäre, genauso wie das Frühstück, daß man dem Telefon entweder den ermäßigten Steuersatz von 10 Prozent zuerkennt oder den Mehrwertsteuersatz streicht. Das ist eine Dienstleistung, die wir hier erbringen, und der Staat kassiert ja schon über die Impulsgebühr entsprechend.

Ähnlich verhält es sich mit der Personalverpflegung. Freiwillig geleistete Verpflegungen werden vom Finanzminister nach dem offiziellen Satz besteuert. Ein Unikum! Wenn ich jemandem etwas schenke, dann will der Finanzminister auch seinen Anteil durch die Besteuerung.

Last but not least geht es uns sehr darum, die Eigenkapitalbildung gerade in den Fremdenverkehrsbereichen zu stärken, weil immer wieder die Gefahr besteht, daß dann, wenn eine Saison ausfällt, größte Probleme auftreten. Wir haben das schon mit den Feuerwehraktionen des Jahres 1974 erlebt und auch wieder mit jenen des heurigen Jahres. Wenn man in einer Sommersaison oder in einer Wintersaison schlecht bilanziert, dann gibt es wieder große Probleme.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß kommend, möchte ich sagen: Wir alle brauchen den Fremdenverkehr. Er ist nicht nur eine volkswirtschaftliche Stütze, sondern er bringt auch durch seine Infrastruktur für die einheimische Bevölkerung ein höheres Maß an Lebensqualität. Ich glaube daher, daß der Fremdenverkehr ein nationales Anliegen sein und sich der Unterstützung aller im Hohen Hause vertretenen Parteien gewiß sein soll.

Bei nur einigem guten Willen wäre es möglich, den einen oder anderen von mir aufgezeigten Punkt zum Wohle des Fremdenverkehrs und damit auch zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft zu realisieren. Das wären positive Signale. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.57

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Robert Graf.

16.57

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es obliegt sicher

Graf

dem letzten Redner, insbesondere dann, wenn er ein Oppositioneller ist, die Regierung zu kritisieren, und ich gebe zu, ich habe das immer sehr gern getan, und Sie fühlten sich immer gekränkt. Aber ich glaube, daß noch nie eine Möglichkeit gegeben war für einen Oppositionellen, die Regierung aus derart begründeten Ursachen zu kritisieren, wie ich das jetzt tun möchte, bevor ich zum Budget komme.

Es ist Ihnen sicher mittlerweile bekannt: Die APA hat eine dringliche Meldung ausgesandt, die ich teilweise vorlesen darf:

Der Verfassungsgerichtshof hat heute, Freitag, die Eingabe der Bundesregierung vom 11. Dezember 1984 betreffend verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Landeshauptmannes von Salzburg ohne Entscheidung in der Sache zurückgewiesen, weil sie für eine Behandlung als Anklage im Sinne des Artikels 142 Bundes-Verfassungsgesetz nicht geeignet ist. *(Stürmischer langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben in wirtschaftspolitischen Debatten nie ein Hehl daraus gemacht — mein Kollege Taus, der Generalsekretär meiner Partei Michael Graff und ich —, daß wir der Meinung sind, daß von Ihnen als Regierung nicht viel zu halten ist. Ich halte das auch weiterhin aufrecht, denn die Ignoranz, die Sie bei verschiedenen Dingen, die selbstverständlich sind, an den Tag legen, ist durch nichts mehr zu überbieten.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß mein Parteiobmann Mock und sein Generalsekretär eine Pressekonferenz gemacht haben, bei der man Sie schon damals darauf aufmerksam gemacht hat, daß Ihre Einbringung dieser Anklage sicher dann sinnlos sein werde, wenn Sie nicht den Mut haben, das Wort „Anklage“ draufzuschreiben. Aber wer kann von Ihnen schon erwarten, daß Sie auf die Opposition hören!

Meine Damen und Herren! Es ist für mich ein liches Weihnachtswunder, daß Ihnen ein Höchstgericht eine derartige Blamage zugefügt hat, und ich bin außer mir vor Freude, Ihnen das hier mitteilen zu können. *(Lebhafter Beifall und ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Lassen Sie mich trotz der Kujonie der Zeit — auch ich glaube, daß es gut ist, wenn die Sitzung bald aus ist — zwei Sätze in dieser Sache noch sagen.

Der Vorgänger des Herrn Dr. Vranitzky hat bei einer Budgetauseinandersetzung, weil wir Oppositionelle es riskiert haben, seine Zahlen zu bezweifeln, erklärt, wir mögen uns unser Lehrgeld zurückgeben lassen. In der Zwischenzeit gibt es ihn nicht nur nicht mehr hier, sondern Sie wissen, daß wir leider recht hatten.

Und bei der Auseinandersetzung, als wir die dringliche Anfrage an die Regierungsparteien in der Sache Haslauer einbrachten, sagte der Herr Vizekanzler Dr. Steger zu meinem Kollegen Neisser mit satter Selbstzufriedenheit: Mit Ihnen, Herr Dr. Neisser, nehme ich es als Jurist noch auf! *(Lebhafte Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Sehr blamabel!)* Herr Vizekanzler, das hätten Sie besser nicht sagen sollen, denn der Neisser wußte damals schon, was Ihnen jetzt passiert. Es geschieht Ihnen recht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun, meine Damen und Herren — Hohes Haus... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.)* Mein Gott, Herr Dr. Schranz, ist Ihnen so etwas noch nicht passiert? *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.)* Nein, Herr Schranz, mir vor Freude und Ihnen vor Ärger könnte so etwas passieren! Ist durchaus möglich. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Ich tue mir nun etwas leichter, meine Enttäuschung über den Stil und auch über die Einfallslosigkeit dieser Budgetdebatte und dieser Vorlage darzustellen. Ich kann Ihnen das nicht verhehlen.

Wir stehen als Opposition am Ende einer langen Budgetdebatte, in der Sie, meine Damen und Herren Parlamentsmehrheit — ich muß Ihnen das sagen —, unter Ignoranz jedweder Zukunftsperspektive wider besseres Wissen ein mißratenes Budget als das einzig Sinnvolle und Mögliche zu rechtfertigen versucht haben, und in zehn Minuten werden Sie es beschließen, obwohl Sie wissen, es platzt aus allen Nähten, und es ist ein Budget der versäumten Chancen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben — ich darf das laut Fischer — Czerny: „Kommentar zur Geschäftsordnung“ sagen, ohne einen Ordnungsruf zu gewärtigen — mit der Präpotenz der Mehrheit alle unsere Verbesserungsvorschläge ignoriert. Und Sie werden jetzt einen Blankoscheck auf die wirtschaftliche Zukunft Österreichs ausstellen, den Sie nicht decken können.

Graf

Wenn Sie wünschen: Dieses Budget ist für mich ein von zwei Finanzministern beeinflusstes Zufallsergebnis, aber nicht der Ausdruck einer gezielten zukunftsorientierten Politik! Ich zähle Ihnen nur einige Punkte auf.

Mit diesem Budget werden Sie den Ausverkauf der Zukunft vorantreiben.

Sie werden die Chancen auf besseres Wachstum und höhere Beschäftigung über Bord gehen lassen.

Der Lebensstandard der sozial Schwächsten ist nicht gesichert, sondern er wird sich verringern, meinen Damen und Herren.

Ihr Budget gibt keine Antwort auf das drängende Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich.

Die gegebene Teilantwort im Bereich Umweltschutz, Hohes Haus, konzentriert sich einseitig auf Förderungen bürokratischer Art, wobei Sie die Höherdotation des Umweltschutzes aus dem Katastrophenfonds einfach heruntergenommen haben. Das ist nicht der Ausfluß eines planvollen Budgets.

Und vor allem, meine Damen und Herren, negiert dieses Budget, daß in Österreich die Grenzen der Steuerbelastung nicht nur erreicht, sondern schon überschritten sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie wissen es, daß wir recht haben, Sie wollen es nicht zugeben: Ein dauerhaftes Mehraufkommen an Steuereinnahmen kann nicht mehr durch Mehrbelastung, sondern nur mehr durch weniger Belastung und weniger Steuerdruck erreicht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Steuerschraube in Österreich ist völlig ausgeleiert — ich zitiere Horst Knapp —, weil der Staat bereits zu Unzeiten sich immer neue Steuerquellen erschlossen hat.

Meine Damen und Herren! Alle noch so vehement durchgeführten Steigerungsversuche der Belastung in den letzten Jahren haben nicht zum entsprechenden Mehraufkommen an Steuern geführt, weil Sie ja mit der Steuererhöhung einen doppelten Teufelskreis losgetreten haben, und zwar ist es zuerst der Teufelskreis zwischen Steuersatz und Bemessungsgrundlage, denn je höher der Steuersatz ist und je schärfer die Progression zu wirken beginnt, desto stärker werden bestehende Steuerausnahmsbedingungen genützt und desto stärker und größer ist der Druck nach neuen Ausnahmsregelungen. Und

das ist der zweite Teufelskreis: Je mehr die Steuerbemessungsgrundlage durch diese Ausnahmbestimmungen ausgehöhlt wird, desto höher müssen ja dann ceteris paribus wieder die Steuersätze sein.

Am Ende dieser Entwicklung steht eine Diskriminierung der Tüchtigen, die volkswirtschaftliche Vergeudung von Ressourcen und die bürokratische Fesselung unternehmerischer Kräfte. Das ist das Fazit Ihres heutigen Budgets, und es tritt, wenn Sie so wollen, ein illegaler Circulus vitiosus ein, denn je höher die Gesamtbelastung des Sozialprodukts, desto stärker entsteht ja die Verlockung, Aktivitäten in die Schattenwirtschaft — sei es Pfusch oder Kauf ohne Rechnung, Naturaltausch oder bloß ein verstärktes Do it yourself — zu verlagern. Je größer aber der Sektor, der solcherart quasi aus der gesamtwirtschaftlichen Besteuerung ausscheidet, desto höher wird ja die Abgabenbelastung der steuerlich erfaßten Umsätze und Einkommen der Betroffenen ausfallen.

Genau in dieser Sackgasse befindet sich Ihre Steuerpolitik heute.

Die Antwort der Regierung auf diese überdrehte Steuerschraube heißt leider nicht Steuerreform, sondern sie heißt Weitermachen durch Steuererhöhung via automatische Progressionsverschärfung, meine Damen und Herren, und Weitermachen unter zunehmender Mißachtung von Fairneß und Gerechtigkeit, indem man nunmehr die Inflationsabgeltung der sozial Schwächsten einer progressiven Besteuerung unterzieht und Klein- und Mittelbetriebe immer stärker steuerlich diskriminiert bis zur Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lebensform. Sozial ist diese Belastungspolitik wirklich nicht!

Wenn Sie, Hohes Haus, meine Damen und Herren, trotz des Milliardendefizits in der Regierung Sinowatz — Steger aufgrund Ihres Budgetkurses nicht mehr in der Lage sind, den Lebensstandard der sozial Schwächsten zu sichern, dann lassen Sie mich sagen, daß das eine gefährliche Entwicklung ist.

Ein von Dr. Salcher zweifellos falsch konzipiertes Budget wird nachträglich mit konjunkturellen Belebungsnotwendigkeiten begründet. Das ist, Herr jetziger Finanzminister, eine Antwort, die Ihrer nicht würdig ist, denn Sie sind angetreten, eine zukunftsorientierte Budgetpolitik in Österreich zu betreiben, Herr Dr. Vranitzky! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf.)*

Graf

Sie sagten uns, Herr Bundesminister für Finanzen, Sie wünschen, keine Ankündigungspolitik zu betreiben. Das wollen wir übrigens auch nicht von Ihnen. Aber dieser Satz darf doch um Gottes willen nicht dazu führen, daß Sie nun, Herr Minister, zu allen wichtigen Fragen schweigen oder auf arbeitende Gremien verweisen und inzwischen das Thema „Steuerreform via Maschinensteuer“ vom Sozialminister abhandeln lassen! Das ist nicht das, was Sie sich leisten sollten.

Wir von der Volkspartei, wir sind nicht bereit zu akzeptieren, daß Sie nicht willens oder nicht in der Lage sind, der Öffentlichkeit in groben Umrissen jenen Wirtschaftskurs darzustellen, den Sie in den zwei verbleibenden Jahren in dieser Regierung Sinowatz — Steger steuern wollen. Und wenn Sie wünschen: Für mich und meine Partei verdichtet sich die Vermutung, daß Sie, Herr neuer Finanzminister, zwar nicht ohne finanzpolitische Vorstellungen in Ihr Amt gegangen sind, aber sich nicht in der Lage sehen, ein fundiertes Aktionsprogramm mit neuen Wegen der Wirtschaftspolitik zu bestreiten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben jetzt die Situation, daß anstelle eines klaren, neuen wirtschaftspolitischen Kurses ein wirtschaftspolitisches Vakuum entsteht, wo niemand weiß, wohin die Budget- und Finanzpolitik Österreichs geht.

Sie haben, Herr Bundesminister für Finanzen — ich spreche Ihnen das Recht natürlich nicht ab —, ein zu hohes Budgetdefizit mit der Bemerkung von einem möglichen Konjunkturreinbruch verteidigt und Sie übersehen, sichtlich bewußt, völlig, daß Ihnen zu diesem Zweck ja ein angebliches Konjunkturausgleichsbudget zur Verfügung steht. Hier ist in der Argumentationskette einmal — mindestens einmal! — ein Trugschluß.

Herr Minister! Sie sehen sich trotz umfangreicher Dokumentation Ihres Hauses zur Steuerreform nicht in der Lage, ein Steuerreformkonzept zu konzipieren, weil Sie der Ansicht sind, die steuertheoretischen Unterlagen seien in sich widersprüchlich.

Ich möchte Ihnen jetzt etwas sagen: Die Österreichische Volkspartei hat das Steuerreformkonzept, das Sie hier — das ist Ihr gutes Recht als Regierungspartei — verlacht haben, aber keiner Ihrer Redner konnte den Beweis erbringen, daß unser Konzept falsch ist. Sie retteten sich mit falschen oder teilweisen Zitationen dieses Konzepts.

Und nun: Wir erwarten von Ihnen und wir billigen Ihnen noch immer guten Willen zu. Um eine neue Gesprächsbasis zu diesem Steuerpapier, von dem wir nicht — wie das so schön heißt — „äbakrauln“ werden, neu zu eröffnen, haben wir — es ist wahrscheinlich Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit entgangen — im Laufe dieser Woche als Selbständigen Antrag dieses Papier wieder eingebracht.

Herr Minister! Der Selbständige Antrag deshalb, weil wir Sie nicht belasten wollten mit der Meinung, Sie sollten jetzt dazu Stellung nehmen. Das wäre nicht seriös, das wollen wir nicht. Wir eröffnen Ihnen aber damit die Möglichkeit, über dieses Steuerpapier im kommenden Jahr mit uns zu reden.

Und bevor Sie uns insinuierten, wir wollen von Ihnen Geld haben: Wir wollen von Ihnen, daß Sie Geld sparen, und wir wollen von Ihnen, daß Sie Reformen durchführen, die Sie nicht viel kosten, aber die etwas bringen für die Wirtschaft! Wir glauben, daß Sie hier Gutes tun könnten. Wir sind bereit, mit Ihnen zu reden über die Neugestaltung von Risikokapital oder über die Belebung des Aktienmarktes und ähnliches mehr.

Ich muß kritisch vermerken, daß Sie, Herr Finanzminister — und ich sage wieder, ich bin überzeugt —, nicht willens waren, einen Sanierungsplan über die Staatsfinanzen hier während der Budgetdiskussion uns wenigstens zu skizzieren. Insgeheim bin ich der festen Überzeugung, daß Sie, sehr geehrter Herr Minister, sicher wissen, daß es zu einem Sanierungsplan der Staatsfinanzen innerhalb des nächsten Jahres kommen muß, denn wenn das nicht passiert — das ist keine böse Unterstellung eines Oppositionellen! —, dann wird 1985/86 Ihr Budget absolut und relativ explodieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun werde ich meine wohl vorbereitete Rede doch etwas abkürzen, aber ich komme zu einem Ergebnis für mich:

Die Regierung wurde a tempo umgebildet, wir haben neben einer Fülle von sehr tüchtigen Leuten neue Spitzenminister für wirtschaftliche Fragen bekommen, nämlich den Herrn Dkfm. Lacina und Sie, Herr Dr. Vranitzky.

Wir haben Ihnen damals eingangs Ihrer Tätigkeit nie abgesprochen, daß wir glauben, daß Sie wirtschaftlich hoch befähigt sind. Das hätten Sie übrigens vice versa nie getan; das darf ich nur vermerken. Ich muß aber jetzt feststellen: Sie halten sich merkwürdig

6686

Nationalrat XVI. GP — 74. Sitzung — 14. Dezember 1984

Graf

zurück, Sie halten sich bedeckt, und es hat für uns jetzt den Anschein, daß Sie nahtlos darauf eingehen, daß Sie zwar bessere Leute seien, aber keinen neuen Kurs steuern wollen.

Ich weiß, Herr Dr. Vranitzky, Sie haben uns heute gesagt, wir sollen uns um Ihre Person keine Sorgen machen, Sie wissen sich in Ihrer eigenen besten Hand. Unbestritten! Es geht uns nicht um die Sorge um Ihre Person, es geht darum, daß Sie mit Vorschußlorbeeren und mit Vorschußwissen, das Sie noch haben, ausgestattet in diese Regierung gegangen sind und sich nicht bemühen, den Kurs der Wirtschaftspolitik zu verbessern. Das wollten wir sagen. Denn eine Regierung, meine Damen und Herren, die nur mehr durch Feuerwehractionen das Kreisky-Erbe mehr schlecht als recht verwaltet, wird keine neuen Akzente setzen müssen.

Wir würden vielleicht eines glauben: Sie haben — Dr. Sinowatz und sein Team — Ihr Budget 1985 mit Ihrer Mehrheit über die Runden gebracht. Sie werden das in zehn Minuten besiegeln. Sie wissen selbst, es geht nicht um das Über-die-Runden-Kommen. Wir werden heute feststellen müssen: Die Regierung war nicht in der Lage, den wirtschaftspolitischen Aufschwung, der international kam, zu nützen!

Ich stelle fest, daß die Strukturpolitik verfehlt ist und daß wir im Jahresdurchschnitt 42 000 arbeitslose Jugendliche haben.

Und ich stelle fest: Die künftigen Budgets werden durch die zur Sanierung unwillige Regierung mit 240 Milliarden vorbelastet sein.

Und erinnern Sie sich an unsere Prophezeiung, daß der verstaatlichten Industrie die 16,6 Milliarden Zuwendung nicht reichen werden, wenn Sie sonst nichts tun. Wir befinden uns soweit. Wir werden in den letzten drei Jahren 25 Milliarden an Zuschüssen geleistet haben, und es sind trotzdem 10 000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Und, Hohes Haus, erlauben Sie mir, schon zum Schlusse kommend, folgende Feststellungen:

Die Verwaltung der Regierung Kreisky, zu der sich ja der Herr Bundeskanzler bekennt, bringt den Österreichern immer größere Opfer, ohne daß eine Sanierung am Horizont sichtbar wird.

Eine Kurskorrektur, die wir immer verlangt haben, ist trotz der neuen und sicher hochbefähigten Leute bis jetzt nicht sichtbar und sie kann kaum mehr erwartet werden, weil dafür fundamentale Voraussetzungen in Ihrem Koalitionsabkommen fehlen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die möglichst rasche Besetzung von Ministerposten war von den Verhandlern als wichtigstes Moment angesehen. *(Zwischenruf des Abg. Samwald.)* Herr Samwald, Sie werden an mich denken, wenn in Ternitz nichts anderes geschieht, als daß Sie hier jubeln! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie demonstrieren mit dem Budgetentwurf hier die Fortsetzung Ihres Weges in die wirtschaftspolitische, budgetäre Sackgasse.

Ich ende mit dem, mit dem ich begonnen habe: Wenn Sie zu solchen Fehlleistungen fähig sind, dann ist unsere Hoffnung, daß Sie das Budget sanieren, völlig zunichte geworden. Sie sollten in sich gehen. Wechseln Sie den Kurs, nicht nur jetzt in der Wirtschaftspolitik, auch in Ihrer Regierungsarbeit, es wird uns allen guttun! *(Starker anhaltender Beifall bei der ÖVP.)* 17.16

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Generalberichterstatter, Abgeordnete Remplbauer, ersucht um ein Schlußwort.

Generalberichterstatter **Remplbauer** *(Schlußwort):* Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einer Tradition folgend darf ich am Schluß der Beratungen zum Bundeshaushalt 1985 zum Ablauf eine kurze Bilanz ziehen:

Heuer wurden die das Haushaltsgesetz umfassenden 16 Budgetgruppen an neun Verhandlungstagen im Budgetausschuß und an sieben Verhandlungstagen im Plenum beraten.

Als Generalberichterstatter brachte ich den Eingangsbericht. Die 16 Spezialberichterstatter, die mit ihren Erläuterungen die Verhandlungen zu den einzelnen Budgetgruppen einleiteten, stellte insgesamt die sozialistische Fraktion.

Einschließlich der Einbegleitungsrede des Finanzministers zum Budget, die knapp eine Stunde, sowie der ersten Lesung, welche

Remplbauer

etwas mehr als sechs Stunden währten, befaßte sich der Nationalrat mit dem Bundesvoranschlag 1985 im Budgetausschuß insgesamt rund 68½ Stunden.

Es erfolgten 263 Debattenbeiträge von 151 Abgeordneten. Einschließlich der 34 Zweitwortmeldungen entfielen auf die SPÖ 100 Diskussionsbeiträge, auf die ÖVP 137 und auf die FPÖ 26. Regierungsmitglieder ergriffen im Ausschuß 45mal das Wort, um die zahlreich gestellten Fragen zu beantworten.

Im Plenum wurden die einzelnen Haushaltskapitel an sieben Verhandlungstagen diskutiert und beschlossen.

Es erfolgten 170 Debattenbeiträge von Abgeordneten und 22 Wortmeldungen der Regierungsmitglieder.

Auf die SPÖ entfielen davon 62 Diskussionsbeiträge, auf die ÖVP 85 und auf die FPÖ 23.

Einschließlich der Wortmeldungen der Bundesminister und der Staatssekretäre befaßte sich der Nationalrat mit dem Voranschlag 1985 im Plenum 65 Stunden und 41 Minuten.

Insgesamt gab es an neun Tagen Beratungen im Budgetausschuß und an sieben Tagen im Plenum 433 Wortmeldungen. Davon entfielen auf die SPÖ 162, auf die ÖVP 222 und auf die FPÖ 49.

Die Gesamtverhandlungszeit, einschließlich der 67 Wortmeldungen der Regierungsmitglieder im Budgetausschuß und im Plenum, beträgt 134 Stunden und 16 Minuten.

Gemessen an einer achtstündigen gesetzlichen Arbeitszeit pro Tag wären das nahezu 17 normale Arbeitstage.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Generalberichterstatter darf ich zum Schluß den 16 Spezialberichterstatlern, allen Diskussionsrednern für ihre Beiträge, den Regierungsmitgliedern für ihre Stellungnahmen zu den Diskussionsbeiträgen — besonders den Rednern, die sich an die vereinbarte Redezeit gehalten haben — und vor allem unseren drei Präsidenten des Nationalrates für ihre vornehme Vorsitzführung herzlich danken. *(Allgemeiner Beifall.)*

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungs-

gruppe IX des Bundesvoranschlages 1985 abstimmen.

Diese umfaßt das Kapitel 63 in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages 1985.

Diese umfaßt die Kapitel 50 bis 55, 57 und 59 sowie 74 bis einschließlich 76 in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 470 der Beilagen und die dazugehörenden Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde.

Es sind dies:

die Anlagen I a bis I c — Gesamtübersichten — und die

Anlage II a — Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages —,

jeweils unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Abänderungen zu den Beratungsgruppen II, III, VI bis einschließlich XI und XIV, ferner die

Anlage III — Stellenplan —,

der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie

der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

jeweils in der Fassung des Ausschlußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1985 samt Anlagen beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Somit ist das Budget für das Jahr 1985 verabschiedet.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1073/J bis 1080/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 23. Jänner 1985, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Nationalrat hat mit Erledigung der Tagesordnung seine Arbeiten im Kalenderjahr 1984 abgeschlossen. Nach der gemeinsamen Festsitzung vom heutigen Vormittag möchte ich mich kurz fassen und nur eine geraffte Rückschau auf dieses erste volle Jahr in der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates halten.

Wir hielten 1984 insgesamt 44 Plenarsitzungen ab. Weiters fanden heuer 100 Ausschusssitzungen und 111 Unterausschusssitzungen statt.

In den 44 Nationalratssitzungen dieses Jahres wurden 107 Gesetze verabschiedet; davon 85 einhellig und nur 22 mit Stimmenmehrheit. Ferner wurden dem Abschluß von 28 Staatsverträgen die Genehmigung erteilt, 2 Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung zugestimmt sowie 25 Berichte der Bundesregierung und zwei Berichte des Rechnungshofes zur Kenntnis genommen.

238 mündliche Anfragen gelangten in den 34 Fragestunden dieses Jahres zum Aufruf; 664 schriftliche Anfragen wurden bis zum heutigen Tage eingebracht, von denen sieben

als dringlich behandelt worden sind. Die Zahl der schriftlich eingelangten Anfragebeantwortungen bis heute beträgt 649.

Am Ende eines so arbeitsreichen Jahres ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen allen, meine Damen und Herren, und insbesondere den Mitgliedern der Präsidialkonferenz für die Zusammenarbeit zu danken, durch die eine so umfangreiche parlamentarische Arbeit erst ermöglicht wurde.

Ich möchte nicht verfehlen — auch in Ihrem Namen —, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Parlamentsdirektion für alle Leistungen, besonders während der anstrengenden Budgetberatungen, aufrichtig zu danken (*Allgemeiner Beifall.*)

Mein Dank gilt auch den Beamten des Bundeskanzleramtes, des Rechnungshofes und der Bundesministerien, deren Sachverstand und Kooperation in den Ausschüssen und Unterausschüssen für die parlamentarische Arbeit von nicht geringer Bedeutung waren.

Den Vertretern der Massenmedien bei Presse, Rundfunk und Fernsehen, die die Öffentlichkeit über die Volksvertretung stets auf dem laufenden halten, möchte ich auch an dieser Stelle meinen Dank aussprechen.

Schließlich ist es mir ein Anliegen, unseren Mitbürgern im In- und Ausland, insbesondere unseren Landsleuten, die in der Entwicklungshilfe oder bei den Vereinten Nationen im Interesse der Menschen schwerste Arbeit tun, herzliche Weihnachts- und Neujahrsgrüße zu übermitteln. (*Allgemeiner Beifall.*)

Auch Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich ein geruhames, besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr, in dem wir uns zu neuer und hoffentlich so erfolgreicher Arbeit wie bisher zusammenfinden mögen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Wille, Dr. Mock und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.*)

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 30 Minuten